

Wortprotokoll zu TOP 3 Einzelplan 27 und Kapitel 1320, Titel 54010 Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

11. Sitzung
6. April 2022

Beginn: 10.04 Uhr
Schluss: 18.24 Uhr
Vorsitz: Stephan Schmidt (CDU), stellv. Vorsitzender;
zeitweise Dr. Manuela Schmidt(LINKE),
zeitweise André Schulze (GRÜNE)

Vorsitzender Stephan Schmidt: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – [0200](#)
Drucksache 19/0200 Haupt (f)
**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023
(Haushaltsgesetz 2022/2023 – HG 22/23)**

hierzu:

Anlage zur Vorlage – zur Beschlussfassung – [0200-Anlage](#)
Drucksache 19/0200-Anlage

Mitberaten werden:

a1) Vorlage – zur Kenntnisnahme – [0174](#)
Drucksache 19/0225 Haupt
Finanzplanung von Berlin 2021 bis 2025

- a2) Bericht SenFin – II A – vom 10.03.2022 [0174 A](#)
**Finanz- und Investitionsplanung des Landes Berlin
2021 bis 2025** Haupt
- b) Bericht SenFin – II LIP – vom 07.03.2022 [0137 A](#)
**Fortschreibung des bisherigen
Haushaltsplanentwurfs 2022/2023
(Fortschreibungsrundschreiben 2022/2023 –
FR 22/23)
hier: Priorisierung der Investitionsmaßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 4. Sitzung vom 16.02.2022)** Haupt
- c) Bericht SenFin – IV D 35 – vom 14.02.2022 [0001 A](#)
**Gesetz zur Sicherstellung der
personalvertretungsrechtlichen Interessenvertretung
in der Berliner Landesverwaltung
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der
CDU
(Berichtsauftrag aus der 2. Sitzung vom 8.12.2021)** Haupt
- d) Bericht SenFin – II B – vom 04.03.2022 [0173](#)
FM-Titelliste Haupt
- e) Bericht SenFin – II B – vom 15.03.2022 [0200 A](#)
IKT-Titelliste Haupt

Zum Verfahren in den Haushaltsberatungen will ich auf folgende Festlegungen hinweisen: Die Einzelpläne werde ich in der ersten Lesung seitenweise aufrufen. Zurückstellungen von Titeln sind zu beantragen. Es gibt hier keine Abstimmung darüber. Titel und Kapitel, zu denen Berichte angefordert sind, gelten als zurückgestellt. Es besteht die Möglichkeit, Fragen bis Freitag, 14.00 Uhr, beim Hauptausschussbüro einzureichen. Ich bitte Sie, diese Fragen in der Sitzung anzukündigen.

Ich rufe nun auf den

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke

A. Bezirke (Anhörung)

Mitberaten wird:

Bericht SenKultEuropa – II C Se – vom 10.03.2022
Musikschulen
gemäß Auflage B. 110 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
(in der 6. Sitzung am 18.03.2022 zu den Haushaltsbera-
tungen 2022/2023 zurückgestellt)

[0177](#)
Haupt

Gibt es zu dem Bericht Wortmeldungen? – Bitte schön, Herr Hofer!

Torsten Hofer (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte diesen Bericht nur zum Anlass nehmen, anzukündigen, dass ich bis Freitag schriftlich Fragen zum Thema Musikschulen, zur grünen Nummer 0177, einreichen werde. Außerdem möchte ich ankündigen, dass ich schriftlich Fragen zum Thema Rekommunalisierung der Schulreinigung einbringen werde. Das mache ich dann auch bis Freitag, das kommt schriftlich ans Hauptausschussbüro.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen herzlichen Dank! – Frau Dr. Schmidt!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank! – Von unserer Seite wird es Rückfragen an die Bezirke zum Thema Rücklagen geben. Wir wollen bis zur Nachschau der Bezirke am 23. Mai einen Bericht zur Entwicklung der bezirklichen Rücklagen im Jahr 2022 und zur Prognose 2023 haben. Was uns dabei insbesondere interessiert, ist, welche dieser Rücklagen wie gebunden sind und welche Abflussprognose es für diese Mittel gibt. Diese soll dabei möglichst konkret dargestellt werden. Das werden wir bis Freitag noch mal schriftlich einreichen. Aber dann wissen die Bezirke, dass sie sich darauf schon mal einstellen können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Dr. Schmidt! – Herr Ziller!

Stefan Ziller (GRÜNE): Ich glaube, ich soll es formal auch noch mal ankündigen. Wir haben noch eine Reihe von Fragen als Koalition für die Bezirke, die wir auch bis Freitag einreichen werden, zur Nachschau für den Unterausschuss Verwaltung beantwortet haben wollen und dann auch diskutieren werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Balzer, bitte!

Frank Balzer (CDU): Danke, Herr Vorsitzender! – Ich darf mich meinen Vorrednern anschließen. Wir werden ebenfalls bis Freitag noch Fragen nachreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen herzlichen Dank! – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich möchte darauf hinweisen, dass die einzelnen Bezirkshaushaltspläne mit den

roten Nummern 0200 B bis 0200 M vorliegen und dem Unterausschuss Verwaltung zur Vorbereitung überwiesen worden sind.

Ich rufe die Berichte einzeln auf und bitte die Bezirksbürgermeisterinnen bzw. -meister um ihre Sicht auf den Doppelhaushalt 2022/2023. Vorgesehen ist hier ein Zeitblock von jeweils fünf Minuten. Ich würde mich sehr freuen, wenn dieser eingehalten werden würde.

Ich rufe als erstes den Bezirk 01 Mitte auf und begrüße Herrn Gothe in Vertretung von Herrn Bezirksbürgermeister von Dassel. Herzlich willkommen! – Bitte schön, Herr Gothe, Sie haben das Wort!

Stellv. Bezirksbürgermeister Ephraim Gothe (BA Mitte): Herzlichen Dank! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass ich hier nach einer konstruktiven Debatte mit der Senatsverwaltung für Finanzen, aber auch mit dem Abgeordnetenhaus insgesamt, noch mal die Gelegenheit habe, den Bezirkshaushalt von Mitte zu kommentieren. Ich vertrete heute Herrn von Dassel, der sich den 1.4. eingerichtet hatte und schon eine Reise gebucht hatte und durch die Verschiebung auf den heutigen Tag überrascht wurde.

Wir haben einen sehr schwierigen Haushalt vor uns. Wir wollen aber auch sagen, dass uns die angespannte Haushaltslage Berlins insgesamt und wir einen Teil mittragen müssen, bewusst ist. Dessen sind wir uns vollständig bewusst. Wir haben trotzdem – das möchte ich hier betonen – gerade als Stadtentwicklung einen Sinn dafür, dass wir auch auf die Einnahmeseite der Steuern schauen müssen. Ich kann nur sagen, dass wir im Bezirk Mitte zahlreiche Projekte im Bau oder bald im Bau haben werden, in der Gesundheitswirtschaft oder der Medizintechnik, Forschung und Wissenschaft. Wir haben aber auch die Bürostandorte, die wir ja in prominenter Lage am Alexanderplatz und in der Europa City haben, aber auch viele Kulturprojekte, die in der letzten Legislaturperiode dankenswerterweise auf die Reise geschickt wurden. All die haben wir im Bau oder werden sie im Bau haben. Ich bin sicher, dass wir durch diese Infrastruktur, die gebaut wird, auch nachhaltig die Einnahmesituation des Landes stärken werden.

Zum Haushalt selbst ist anzumerken, dass wir nur mit großer Mühe einen haushaltskonformen Haushalt aufstellen konnten und dass wir auch sehr schmerzhaft pauschale Minderausgaben dort miteingebaut haben, wo wir befürchten müssen, dass die nicht ohne Weiteres auflösbar sind, und das, obwohl wir Ergebnisvorträge aus 2022 in Höhe von 19,5 Millionen Euro und aus 2023 in Höhe von 11,3 Millionen Euro in diesen Haushalt einbringen konnten. Das bedeutet, dass dies aber auch dunkle Schatten auf den nächsten aufzustellenden Doppelhaushalt 2024/2025 wirft, weil dann diese zusammen über 30 Millionen Euro nicht da sein werden. Das ist ein einmaliger Vorgang, dass wir die hier in diesen Doppelhaushalt einbringen können. Dann sind die auch bis zum letzten Euro ausgegeben.

Es ist auch so, dass wir damit rechnen müssen, dass wir es wirklich schwer haben werden, diese pauschalen Minderausgaben abzutragen. Wir haben versucht, sie möglichst verantwortungsbewusst auf die verschiedenen Ämter aufzuteilen. Die Ämter sehen natürlich auch mit einer großen Anspannung und Sorge, wie sie diese pauschalen Minderausgaben im Laufe der Jahre 2022 und 2023 abtragen sollen. Den Grund dafür sehen wir darin, dass es eine pauschale Minderausgabe in Höhe von 78 Millionen Euro für die Bezirke insgesamt gibt, von denen Mitte über 8 Millionen Euro selber abtragen muss. Grund sind aber auch immer größere Vor-

gaben zur Mindestveranschlagung bei Ausgabetiteln, die nicht 1:1 mit einer Globalsummen-erhöhung verbunden sind. So ist zum Beispiel die Zuweisung für die Beköstigung der Schulen stärker als das, was in der Globalsumme dafür enthalten ist. Ein anderes Beispiel ist, dass wir für die Tagesreinigung der Schulen 300 000 Euro mehr ausgeben müssen, als wir vom Land bekommen.

Dann ist es so, dass die notwendigen Anmietungen für zusätzliches Personal von den Bezirken zu finanzieren sind und diese nicht durch zusätzliche Mengen refinanzierbar sind, weil die Globalsumme insgesamt eben nicht entsprechend erhöht wird. Außerdem stellen wir fest, dass es viele neue gesetzlich vorgeschriebene Stellen gibt, die wir haben müssen, um gesetzliche Pflichten zu erfüllen. So müssen wir zum Beispiel Personal für die Umsatzsteuerpflicht der Bezirke vorsehen. Wir müssen die Partizipation, vor allem der Migrationsgesellschaft, mit mehr Personal umsetzen. Wir müssen Summen für die Schulwegsicherheit, die Sprachförderung oder die neuen Milieu- und Sanierungsgebiete ausgeben. Das wird auch nicht durch die insgesamt 200 neuen Stellen für die Bezirke ausgeglichen, weil diese ja zum großen Teil für den Bereich der Bürgerämter verwandt werden sollen. Wir müssen schauen, wie wir die Um-tersetzung der zusätzlichen Aufgaben aus dem Koalitionsvertrag beziehungsweise aus den Richtlinien der Regierungspolitik damit dann umsetzen können.

Oft kommt aus dem Hauptausschuss oder aus dem Senat der Hinweis darauf, dass wir viele offene Stellen haben. Hier möchte ich zum Abschluss noch einen besonderen Punkt anbringen. Es ist auffällig, dass wir in den technischen Bereichen – da geht es nicht nur Mitte so, sondern allen Bezirken – viele Stellen haben, die offen sind und die nicht besetzt werden können, weil wir nicht konkurrenzfähig zur freien Wirtschaft, aber auch nicht zu anderen Stellen des Landes und des Bundes sind. Wir bekommen zum Beispiel im Facility Management des Bezirkes 19 Stellen nicht besetzt. Bei meiner Kollegin für das Straßen- und Grünflächenamt sind es 12 technische Stellen, die wir nicht besetzt bekommen. Das ist ein echtes Problem. Weitere Stellen dieser Art würden uns gar nichts nützen, weil wir dann nur mehr Stellen hätten, die wir nicht besetzt bekommen. Hier müssen wir kreativ sein, Abgeordnetenhaus wie Senat, und eine Möglichkeit finden, diese Stellen attraktiver zu machen, damit diese Stellen überhaupt besetzt werden können und wir damit unsere Schlagkraft in diesen wichtigen Aufgabenfeldern, um zum Beispiel Schulen neu zu bauen oder zu sanieren, um zum Beispiel die Mobilitätswende voranzubringen, erfüllen können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Bezirksstadtrat Gothe! – Ich bitte um Wortmeldungen. Ich hatte bereits die von Herrn Ziller notiert, danach von Frau Dr. Schmidt, Herrn Balzer und Frau Dr. Brinker. – Bitte schön, Herr Ziller!

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielen Dank auch noch mal für die Darstellung der Herausforderungen, die Sie bei sich im Bezirk haben. Ich bin bei einem Punkt hellhörig geworden und würde mir wünschen, dass das noch mal schriftlich aufgeliefert wird, das ist das Thema Schulesen. Sie sagen, dass die Veranschlagungsrichtlinie ein gewisses Maß festlegt und die Globalsummenzuweisung darunter liegt. Vielleicht können Sie uns das noch mal schriftlich geben, denn wir haben im Koalitionsvertrag ja das Konnexitätsprinzip noch mal bekräftigt, dass so etwas nicht vorkommen soll. Insofern würde ich mir das zahlenmäßig gern anschauen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Ich würde vorschlagen, wir sammeln die Fragen. – Frau Dr. Schmidt, bitte schön!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Ich würde noch mal gern zum Thema Tagesreinigung in Schulen nachfragen. Das Echo aus den Bezirken war ja durchweg positiv. Mich würde aber interessieren, inwiefern es Ihnen gelungen ist, diese Mittel tatsächlich in der Höhe zu binden, wie wir sie als Abgeordnetenhaus an die Bezirke gegeben haben.

Zum Zweiten würde ich gern zu einem sehr prominenten Konflikt im Bezirk Mitte nachfragen, nämlich zum Monbijou-Theater. Inwiefern ist es hier gelungen, tatsächlich eine Lösung für das Theater zu finden, sowohl für den Sommer als auch für den Winter?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Balzer, bitte!

Frank Balzer (CDU): Danke, Herr Vorsitzender! – Ich komme auf das Thema pauschale Minderausgaben zurück. Sie haben gesagt, dass durch die Vorgabe des Senats 8 Millionen Euro von den 78 Millionen Euro bei Ihnen einzusparen sind. Ich würde gerne wissen, wie hoch die weiteren pauschalen Minderausgaben in Ihrem Bezirk sind und dagegensetzen, was Sie im Bereich Vorsorge, pauschale Mehrausgaben und Verstärkungsmittel bei 4500/97101 und 97110 veranschlagt haben. Ich hätte auch gerne gewusst, wie viele Personalmittel Sie im Jahr 2021 nicht verausgabt haben. – Danke!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Dr. Brinker, bitte!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sie, Herr Gothe, haben ja sehr eindrücklich geschildert, dass technische Stellen quasi nicht zu besetzen sind und die attraktiver gemacht werden müssen. Da Sie ja an der Front stehen, können Sie uns vielleicht Hinweise geben, inwiefern sie attraktiver gemacht werden müssen. Ist es eine Finanzfrage, oder gibt es auch noch andere Rahmenbedingungen, die besser dargestellt werden müssen? – Das Abgeordnetenhaus braucht, um besser darauf reagieren zu können, entsprechende Hinweise von denen, die die Absagen von potenziellen Kandidaten bekommen.

Eine zweite Frage habe ich: Gibt es im Bezirk Mitte eine Übersicht über den Sanierungsstau und die Größenordnung bei den öffentlichen Gebäuden, die Sie unter Ihren Fittichen haben? Haben Sie eine Gesamtübersicht der Gebäude und des aktuell bestehenden Sanierungsstaus? Wenn ja, hätten wir gerne eine Übersicht über die Gebäude einzelscharf sozusagen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Dr. Meister, bitte! – Ohne Dr., Entschuldigung!

Sibylle Meister (FDP): Genau, ohne den Doktor! Vielen herzlichen Dank! – Ich habe eine Nachfrage auch zu dem Personal, weil uns das ja schon lange beschäftigt und wir auch in der letzten Legislaturperiode immer wieder darüber diskutiert haben. Insofern würde mich noch einmal interessieren: Ist es am Ende des Tages nur eine Frage der Bezahlung, oder ist es etwas anderes? – Ich kann mich daran erinnern, dass in der letzten Legislaturperiode mehrfach angesprochen worden ist, dass auch der Personalrat zum Beispiel nicht zugestimmt hat, weil kein Einzelbüro zur Verfügung stand u. Ä. Könnten Sie das aus Ihrer Sicht noch mal ausführen?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen herzlichen Dank! – Da noch kein Wortprotokoll beantragt wurde – Herr Hofer meldet sich gerade, wir hatten das ja schon kurz bilateral besprochen –, würde ich anregen, dass ein Wortprotokoll angefertigt wird. Das ist bei einer solchen Anhörung nicht nur üblich, sondern auch zweckmäßig. – Ich sehe Einvernehmen.

Wir haben jetzt aus allen Fraktionen Fragen an Sie, Herr Bezirksstadtrat Gothe. Wenn Sie mündlich antworten, was zu beantworten ist und das andere dann schriftlich nachreichen, haben Sie jetzt das Wort. – Bitte schön!

Stellv. Bezirksbürgermeister Ephraim Gothe (BA Mitte): Vielen Dank! – Zu den pauschalen Minderausgaben wird Herr Walsleben gleich noch ausführen. Zu der Frage, wie viel Personalmittel in Mitte in 2021 nicht ausgegeben worden sind, würde ich dann Herrn Nix bitten, eine Zahl zu nennen, oder vielleicht kann uns das auch Herr Walsleben sagen; die Zahl habe ich nicht im Kopf. Wir könnten das sonst auch schriftlich machen.

Ich fange mit den Fragen an, die ich direkt beantworten kann. Es gab die Frage zum Monbijou-Theater. Das ist für den Haushalt zwar jetzt nicht besonders relevant, aber trotzdem kann ich Ihnen sagen, wir haben eine Lösung gefunden. Wir hatten mit den politisch maßgeblichen Kräften am Montagabend eine Verständigung. Wir werden mit der Humboldt-Uni gemeinsam, die Grundstückseigentümerin dieser Flächen ist, und dem Straßen- und Grünflächenamt, das eine Ausnahmegenehmigung nach dem Grünanlagengesetz für diese Nutzung geben muss, einen Weg finden, dass das Sommertheater wie auch im letzten Sommer, auch diesen Sommer, etwas verspätet, dort aktiv werden kann. Ich hatte gestern schon mit dem Theatermacher, Herrn Wurster, dazu telefoniert. Ich denke, das haben wir vom Eis.

Noch mal zu den Nachfragen zum technischem Personal, warum wir das nicht rekrutiert kriegen. Ich bin sicher, es liegt nicht an der Frage, ob man ein Einzelbüro hat oder mit einem Team zusammen in einem Büro arbeitet. Da entwickelt sich ja die Art und Weise, wie technisches Personal zusammenarbeitet, sowieso. Wir wissen, dass das nicht mehr an der Frage hängt, ob ich hinter mir die Tür zu machen kann. Wir haben ja auch einen Rathausneubau im Auge, wo wir nur noch wenige Einzelbüros haben werden, wenn es dann gebaut wird. Wir werden eher in Co-Working-Situationen arbeiten. Außerdem steht ja die Frage, wo sitze ich, eigentlich immer erst dann an, wenn man sagt: Ja, ich bin ausgewählt, und ich freue mich. Dann kommt die Frage: Wo ist denn eigentlich mein Arbeitsplatz? – Das ist nicht entscheidend für die Frage, ob sich jemand überhaupt bewirbt. Wir sind eigentlich ziemlich sicher, dass die einzige Frage, die relevant ist, tatsächlich die des Gehalts ist. Ich denke, wir sind einfach mit den Eingangsbesoldungen E 10 und E 11 nicht konkurrenzfähig. Wir bräuchten irgendwie eine Idee für einen technischen Zuschlag oder so was, damit wir hier wirklich ein attraktiveres Angebot machen können. Wir vergleichen uns ja auch gerne mit den entsprechenden Senatsverwaltungen, bei denen ähnliche Stellen eher bei E 12 und E 13 liegen, obwohl die Tätigkeit aus unserer Sicht wirklich eine vergleichbare ist. Wir müssen eine Idee finden, wie wir ein besseres Gehalt zusagen können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Gothe! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Hofer, bitte!

Torsten Hofer (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich frage mich bloß, wie wir jetzt genau die Anhörung gestalten wollen. Wollen wir uns jetzt jeden Bezirk anhören und dann jedem Bezirk Fragen stellen, und dann werden die beantwortet, mit zwei Fragerunden? Oder wollen wir uns alle Bezirke erst mal en bloc anhören und dann die Fragen vielleicht an alle richten? Ich frage bloß, ob das der Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens dienen könnte. Ich weiß nicht, was verabredet wurde. Ich würde es befürworten, wenn man alle Bezirke einmal en bloc hören kann. Denn bestimmte Themen sind vielleicht übergreifend, wie Tagesreinigung usw. Das wird sich ja an alle Bezirke richten.

Vorsitzender Stephan Schmidt: In der Vergangenheit war es üblich, dass die Fragen dann gestellt wurden, nachdem die jeweiligen Vertreter der Bezirke ihr Eingangsstatement abgegeben haben. Ich würde bei dem Verfahren bleiben wollen, weil ich jetzt auch noch nicht überblicken kann, ob alle Bezirksbürgermeister oder Vertreter anwesend sind. Gibt es weitere Wortmeldungen bzw. Fragen? – Herr Balzer, bitte!

Frank Balzer (CDU): Meine Fragen sind jetzt nicht beantwortet worden. Heißt das, dass die schriftlich beantwortet werden?

Bezirksbürgermeister Ephraim Gothe (BA Mitte): Das können wir auf jeden Fall machen. Herr Walsleben könnte zu den PMA aber gerne noch direkt ausführen.

Frank Balzer (CDU): Aber bitte, gerne!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Dr. Brinker, bitte!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Bekommen wir die Liste des Sanierungsstaus schriftlich?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Gothe!

Stellv. Bezirksbürgermeister Ephraim Gothe (BA Mitte): Das bekommen Sie auch schriftlich. Sie bekommen übrigens auch gerne dazu: Wir haben überschläglich ermittelt, wie viel Geld wir bräuchten, um die klimatischen Ziele zu erreichen und bräuchten da noch 250 Millionen Euro in den nächsten zehn Jahren, wenn wir diese Ziele erreichen wollten. Auch da stellen wir uns gerade auf, um das auch wirklich zu adressieren. Was brauchen wir, um die klimatischen Ziele zu erreichen?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Bitte schön, Herr Hochgrebe!

Christian Hochgrebe (SPD): Wenn wir das noch mal kurz aufgreifen können. Wenn wir über die Liegenschaften der Bezirke sprechen, dann brauchen wir von jedem Bezirk – insofern war die Anregung des Kollegen Hofer gar nicht verkehrt – erst mal eine Aufstellung über die bezirklichen Liegenschaften, die es gibt, also einen Ist-Stand, und zwar raumscharf. Dann können wir uns im nächsten Schritt darüber Gedanken machen, wie das alles im Rahmen einer Sanierung oder eines Sanierungsfahrplans auf eine Zeitschiene gebracht wird. Das wäre dann in der Tat eine Bitte um einen schriftlichen Bericht, gerichtet an alle Bezirke, eine raumscharfe Auflistung aller bezirklichen Liegenschaften.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Dieser Berichtsauftrag ist entsprechend aufgenommen, Herr Kollege Hochgrebe, und wird dann bitte schriftlich zu beantworten sein. – Frau Dr. Brinker hat sich zu Wort gemeldet. – Bitte schön!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Genau das war das Ziel, dass alle Bezirke uns eine entsprechende Auflistung liefern. Raumscharf wage ich zu bezweifeln, ob das wirklich so machbar ist. Ich bitte herzlich die Bezirke, das zu liefern, was sie liefern können, ohne dass sie wahnsinnige Verrenkungen machen müssen, denn alles andere würde hier nicht zu einem vernünftigen Ergebnis führen. Es geht auch darum, dass wir uns erst mal einen Überblick verschaffen kön-

nen über das, was in den Bezirken an Sanierungsstau, was die Bezirke für sich selber festgestellt haben, da ist. Ich möchte aber jetzt nicht, dass die Bezirke völlig überfordert sind mit einer solchen Aufgabe. Sie sollen das liefern, was sie liefern können, und dann schauen wir weiter und können uns noch mal hier in der Runde besprechen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Gibt es weitere Wortmeldungen bzw. Berichtswünsche? – Dann würde ich jetzt das Wort an die Mitarbeiter des Bezirksamts geben wollen, um die Fragen zu beantworten, die noch offen sind.

Stephan Walsleben (BA Mitte): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, Herr Balzer hatte die Frage zu den von uns veranschlagten pauschalen Minderausgaben gestellt. Hier haben wir eine Größenordnung zum Ausgleich der in den anderen Teilen veranschlagten Ausgaben gesetzt von knapp 7,5 Millionen Euro im Jahr 2022 und 10,1 Millionen Euro im Jahr 2023. Dann kam die spezifische Frage. Wir haben uns das erste Mal für diesen Haushalt entschieden, einen Teil davon auch dezentral in den Ämtern zu veranschlagen, und da haben wir das so vorgenommen, dass wir im Grunde genommen hälftig nach einer Ausgabengröße, die wir über die Ausgabenfelder A 4, A 5 und A 9 und freiwillige soziale Leistungen verteilt haben. Also rund die Hälfte haben wir auf die Ämter veranschlagt, aber auch mit der Ankündigung, dass natürlich die anderen, die wir in dem berühmten Kapitel 4500 veranschlagt haben, auf die Ämter zukommen werden. Ich kann Ihnen sagen, dass das schon eine rege Diskussion ausgelöst hat. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen herzlichen Dank! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Balzer!

Frank Balzer (CDU): Die Frage der nichtverausgabten Personalmittel können Sie jetzt nicht beantworten?

Stephan Walsleben (Bezirksamt Mitte): Das machen wir schriftlich.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Borkamp! Sie wollten ergänzen?

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin): Ich habe versucht, es herrüber zu rufen. Es waren knapp 2,8 Millionen Euro nach unserer Übersicht.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Gibt es weitere Wortmeldungen oder Berichtswünsche? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann bedanke ich mich bei Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Herr Bezirksstadtrat Gothe, und wünschen Ihnen noch einen schönen Tag.

Stellv. Bezirksbürgermeister Ephraim Gothe (BA Mitte): Ich bedanke mich ebenfalls.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Als Nächstes rufe ich auf

02 - Friedrichshain-Kreuzberg

Ich begrüße Frau Bezirksbürgermeisterin Herrmann und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Bezirksamt. Auch Ihnen gebe ich das Wort für ein Eingangsstatement von fünf Minuten. – Bitte schön!

Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann (BA Friedrichshain-Kreuzberg): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Damit Sie auch wissen, wen ich mitgebracht habe: Ich habe die Leiterin der Serviceeinheit Finanzen, Frau Noetzel, an meiner Seite, die Leiterin unseres Haushaltsamtes, Frau Gerlach, und Herrn Loth aus der Personalwirtschaft, der Ihnen alle Excel-Tabellen rauf und runter vorsagen kann und wir da wirklich sehr gut aufgestellt sind, was das Personalkosten-Controlling anbelangt. Der Kollege aus Mitte hat bereits einleitende Worte zu der Haushaltsaufstellung dieses Jahr für diesen Doppelhaushalt benannt. Ich möchte ergänzen, dass es allen Bezirken so ergangen ist, dass der Rahmen nicht nur extrem eng ist, sondern ich kann das für die letzten fünf Jahre sagen, in denen ich für die Finanzen in meinem und unseren Bezirk zuständig war. Wir standen in den letzten Jahren nicht vor diesen enormen Herausforderungen, einen Haushalt aufzustellen. Das liegt selbstverständlich daran, dass es insgesamt im Land Berlin durch den finanziellen Rahmen und die finanziellen Auswirkungen der Pandemie enger wird. Da sind und müssen natürlich die Bezirkshaushalte auch einen Beitrag leisten. Dessen sind sich die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister alle bewusst, dass wir hier insgesamt solidarisch miteinander umgehen werden und das auch müssen.

Ich möchte Ihnen einen Einblick in unseren Haushalt des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg geben. Auch unser Haushaltsvolumen wächst wie es insgesamt wächst auf im Jahr 2023 über 780 Millionen Euro. Ich möchte aber bedeutend darauf hinweisen, dass der Anteil, der wächst, für uns der nichtsteuerbare Anteil der Transferausgaben insbesondere im sozialen Bereich ist: Z-Ausgaben, T-Ausgaben. Hier können wir nicht steuern. Hier haben wir Leitlinien und Vorgaben. Ich möchte ganz bewusst deutlich machen: Wir sind von einem flexiblen Globalsummenbudget weit entfernt. Wir haben immer mehr Vorgaben und Leitlinien, an die wir uns halten müssen. Zuletzt ist ein Personalrichtwert hinzugekommen. Von den 780 Millionen Euro steuerbar sind es bei uns dann vielleicht noch 160 Millionen Euro, 170 Millionen Euro, und davon sind 100 Millionen Euro Personalausgaben. In den 168 Millionen Euro sind auch noch enthalten Bewirtschaftungsausgaben, alle Ausgaben, die wir für unsere rund 220 Gebäude im Bezirk benötigen, um sie zum Beispiel zu beheizen oder mit Strom zu versorgen. Auch die Bau- und Grünunterhaltung ist dort enthalten. Wenn wir davon sprechen, dass es im Globalsummenbudget pauschale Minderausgaben und Kürzungen gegeben hat, die alle Bezirke treffen und unseren Bezirk eben auch, dann können wir diese Einsparvorgaben nur in diesem steuerbaren Teil erbringen. Das möchte ich hier noch mal ganz bewusst machen, dass Sie dieses Verständnis auch haben. Wir für unseren Bezirk standen auch vor der Herausforderung, den Haushalt aufzustellen. Ich möchte ganz offen mit Ihnen umgehen, dass wir uns an eine Vorgabe nicht halten konnten, den baulichen Unterhaltsbetrag nachzuholen mit diesem Haushalt. Das ist uns aus finanzieller Sicht nicht gelungen, aber auch praktikabel glauben wir, dass das dieses Jahr mit der vorläufigen Haushaltswirtschaft nicht gelingen würde, dieses Geld nachzuholen.

Ich möchte Ihnen auch bewusst sagen, dass es eine sehr angespannte Diskussion auch bei uns in der Bezirksverordnetenversammlung war, weil wir viele Sachen nicht auf dem Niveau erbringen werden können, wie wir es in den letzten Jahren erbracht haben. Da ist zum Beispiel das ganze Ausstattungsthema zu nennen, von der Anschaffung von Musikinstrumenten für die Musikschule über den Medienetat, über die normalen Ausstattungsfragen der Verwaltung insgesamt. Da hat es Einsparvorgaben und Kürzungen gegeben. Da ist aber auch das große sensible Thema der Grünpflege, der Grünunterhaltung zu nennen. Wir hatten in den letzten Jahren eine enorme Steigerung des Bedarfes. Sie alle wissen, wie unsere Grünflächen in Friedrichshain-Kreuzberg, aber auch darüber hinaus aussehen. Wir müssen enorm viel Geld für die Reinigung der Flächen aufwenden. Auch durch die Pandemie haben wir da noch mal exorbitante Steigerungen gehabt. Hier bleiben wir auch hinter dem zurück, was wir letztes Jahr an Ausgabevolumen hatten in der Veranschlagung unserer Möglichkeiten, weil wir auch davor stehen, dass nicht alles möglich ist, wenn wir weniger Budget erhalten.

Dann gibt es ganz viele Einzelsachverhalte. Das können wir gerne in der Nachschau intensiver besprechen, wo es noch Kürzungssachverhalte gibt, wo wir als Bezirke in die auftragsweise Bewirtschaftung gehen. Ich glaube, das ist Ihnen auch aus den Debatten aus den jeweiligen Fachausschüssen in Ihren Haushaltsberatungen bekannt, zum Beispiel die Bürgerbeteiligungsmittel oder die PEP-Mittel für die Versorgung von Geflüchteten.

Insgesamt ist das natürlich ein Haushalt, der die Situation, die finanzielle Situation, die Auswirkungen des Ukrainekrieges auf unseren Haushalt nicht abbildet und auch noch nicht abbilden kann, weil es da noch viele Unklarheiten rechtlicher Art gibt und auf Bundes- und Landesebene auch noch sehr intensive Diskussionen geführt werden. Ich wünsche der Senatsverwaltung für Finanzen viel Erfolg, weil wir schon in unseren Bezirk sehen, wie dringend notwendig es ist. Wir leisten unseren Beitrag, wir wollen unsere Beiträge leisten, aber da ist noch enorm viel aufzubringen. Deshalb gibt es auch das Verständnis von meiner Seite. Wenn es Zeiten engerer und knapperer Kassen sind, dann muss man auch über Einsparungen und Kürzungen sprechen, und das hat dann auch am Ende der Situation damit zu tun, dass wir nicht alle Leistungen in dem gewohnten Umfang umsetzen, erbringen und erfüllen können werden. Dessen müssen Sie sich bewusst sein, und dessen müssen wir uns insgesamt bewusst sein, weil auch mich, wie die Kolleginnen und Kollegen insbesondere, sehr viele Bitten von Ihnen, aus der BVV, aus Senatsverwaltungen erreichen, was wir alles zusätzlich leisten können und sollen. Deshalb auch danke für die politische Erklärung, die wir gemeinsam miteinander vereinbart haben. Wir leisten gerne mehr. Wir leisten auch gerne mehr Qualität, mehr Quantität, auch neue Aufgaben. Das muss dann aber auch immer entsprechend mit Ressourcen unteretzt sein.

Um eine Frage aufzugreifen, aber Frau Borkamp kann mich korrigieren, nach den liegengeliebenen Personalmitteln. Nach unserer Auffassung, wenn die Basiskorrektur so kommt wie sie denn kommt, denn wir haben die Basiskorrektur noch nicht erhalten, werden das dann rund 2 Millionen Euro in unseren Bezirk sein.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen herzlichen Dank, Frau Bezirksbürgermeisterin! – Ich schlage vor, dass wir zu Beginn wieder eine Fraktionsrunde machen. Ich bitte um Wortmeldungen. – Frau Dr. Schmidt, bitte!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank, Frau Bezirksbürgermeisterin, für Ihre Ausführungen! – Eine kleine Nachfrage hätte ich: Sie haben zu Recht auch noch mal auf die Prozesse der Haushaltsaufstellung verwiesen. Ein Punkt, der uns dabei immer sehr wichtig ist, ist, wir haben eine gemeinsame Tarifvorsorge betrieben, um die Tarifanpassungen, Tarifsteigerungen auch weitergeben zu können. Ist das in Ihrem Bezirk gewährleistet?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Herr Rauchfuß, bitte!

Lars Rauchfuß (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Weil Sie es selbst angesprochen haben, würde ich gerne zur Grünflächenunterhaltung und damit verbunden auch zur Sanierung von Parkanlagen bei Ihnen exemplarisch praktisch für alle zwölf Bezirkssäule nachfragen, ob Sie uns ein Preisschild mit auf den Weg geben können. Wie viel Mittel standen in den letzten Jahren für die Grünflächenunterhaltung und auch für die Sanierung von Parkanlagen zur Verfügung? Wie wird das im kommenden Doppelhaushalt sein? – um die Diskrepanz in Euro abschätzen zu können. Ich glaube, das müsste man wahrscheinlich für alle Bezirke diskutieren, denn wir haben auch im Einzelplan 27 das eine oder andere Sonderprogramm, das es zukünftig nicht mehr geben wird, sodass Sie im Grunde genommen auf die Globalsumme angewiesen sind. Da wüsste ich gerne die Größenverhältnisse zur Orientierung.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Frau Dr. Brinker, bitte!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank! – Herr Rauchfuß ist mir quasi gerade zuvorgekommen. Genau das interessiert mich auch. Was haben Sie im letzten Haushalt an Mitteln gehabt, und was ist die Diskrepanz? Es wäre auch interessant, das für alle Bezirke tatsächlich mal zu haben, denn das Problem stellt sich wahrscheinlich nicht nur in Friedrichhain-Kreuzberg sind, sondern für alle Bezirke. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Ziller, bitte!

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielen Dank! – Die Grünflächen sind ein emotionales Thema, das auch hier alle beschäftigt. Deswegen wäre mein Vorschlag, das im Nachschaubericht umfassend zu würdigen und mit allen verfügbaren Zahlen noch mal darzustellen, wie sich das entwickelt hat und wie sich das in den nächsten beiden Haushaltsjahren entwickelt, und dann können wir das bewerten und darüber sprechen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Balzer, bitte!

Frank Balzer (CDU): Vielen Dank! – Ich würde auch gerne im Nachschaubericht eine Auflistung haben von den Bezirken über die pauschalen Minderausgaben über alle Kapitel hinweg. Ich bleibe jetzt noch mal beim Thema Personal. Das würde mich auch für alle Bezirke interessieren. Diese 2,8 Millionen Euro, oder jetzt bei Friedrichhain-Kreuzberg die 2 Millionen Euro, erscheinen mir sehr gering. Ist das ein Wert, der generell in dieser Größenordnung liegt? – denn dann müsste man gucken, was dort an Gutes geleistet wird bei der Personalgewinnung, weil die freien Stellen verhältnismäßig gering sein dürften.

Ich hätte dann an den Bezirk noch eine Frage: Es ist in der Diskussion, einen Personalpool für die Bezirke zu schaffen und auch einen Personalpool für die Bürgerämter. Mich würde Ihre

Meinung dazu interessieren vor dem Hintergrund der Eigenständigkeit der Bezirke, wenn es jetzt hier Nebenpersonalstellen geben sollte. – Danke!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Ich würde jetzt zunächst einmal Frau Bezirksbürgermeisterin Herrmann bzw. ihren Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern die Gelegenheit zur Beantwortung geben und habe danach die Wortmeldung von Herrn Hofer und Herrn Heinemann vorgemerkt. – Bitte schön, Frau Bezirksbürgermeisterin!

Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann (BA Friedrichshain-Kreuzberg): Herzlichen Dank! – Angesichts der Zeit mache ich die Grünpflege schriftlich und führe das entsprechend auch deutlich aus. Dann sparen Sie sich hier auch ein bisschen Zeit. Wir können gerne in der Nachschau näher darüber sprechen.

Tarifvorsorge haben wir selbstverständlich angepasst und eingeplant im Haushalt. Wir haben derzeit, das ist immer so eine Stichtagsbetrachtung mit den freien Stellen, ungefähr 114 freie Stellen. Bei uns sind es technische Berufe, aber vor allen Dingen auch die sozialen Berufe im Sozialamt und im Jugendamt, wo wir viele unbesetzte freie Stellen haben. Es sind also nicht nur technische, sondern auch die sozialen Berufe.

Zum Thema Personalpool zentral: Da sind wir, glaube ich, auch als RdB aufgefordert, eine Stellungnahme für Sie abzugeben. Das werden wir tun. Meine persönliche Auffassung ist, dass es durchaus sinnvoll ist, über dezentrales Personal nachzudenken, denn nicht jedes Bürgeramt gleicht dem anderen Bürgeramt. Es geht insgesamt um Bürgerdienstleistungen, und da ist das vielleicht in einem Bezirk wichtiger, das Thema Standesamt zu fokussieren, und im anderen das Thema Bürgeramt. Von daher bin ich eher dafür, auch der Unterschiedlichkeit der zwölf Bezirke Wirkung zu tragen, damit wir am Ende auch die bestmöglichen Ergebnisse für alle Berlinerinnen und Berliner erzielen und wir das 14-Tage-Ziel wieder erreichen. In meinem Bezirk hatten wir das 14-Tage-Ziel vor der Coronapandemie erreicht, und da wollen wir selbstverständlich schnell wieder hin.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Wenn Ihre Mitarbeiterinnen oder Ihr Mitarbeiter ergänzen möchten, signalisieren Sie das ruhig, ansonsten rufe ich als Nächstes die Wortmeldung von Herrn Hofer auf. – Bitte schön, Herr Kollege!

Torsten Hofer (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Es ist gerade dieser Bericht für die Nachschau zur Grünpflege angefordert worden, und da wurden insbesondere auch Zahlen angefragt: Was ist der Mittelbedarf? Was ist gegenwärtig vorgesehen? Ich würde anregen, dass, wenn wir zum Mittelbedarf ein Wort verlieren, wir auch zum Thema Personal noch ein Wort verlieren. Das Geld gibt sich nicht von alleine aus, sondern es muss auch jemand die Schippe in die Hand nehmen oder die Pflanzen anpflanzen usw. Ich will es gar nicht näher ausführen, was ich da hören will, aber ein paar Worte zum Thema Personal hätte ich auch gerne gehört.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Ist notiert. – Bitte schön, Herr Heinemann, Sie haben das Wort!

Sven Heinemann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe auch noch eine Ergänzung zu diesem Bericht, was die Grünflächen angeht. Ich glaube, man sollte dort dann auch

unterscheiden, auch wenn für den Bürger alle Flächen immer Grünflächen sind, aber manche sind Parks, Gartendenkmale usw.; das spielt es auch eine Rolle. Hier muss man noch mal differenzieren. Ich glaube, dass es auch sinnvoll wäre, ein Wort darüber zu verlieren, was es denn für Effekte hat, dass manche Flächen teilweise seit Jahren von der BSR betreut werden, was die Reinigung angeht, also dass man hier auch noch mal bilanziert: Was hat das gebracht? Was hat das dann auch an Mitteln freigesetzt, die man nicht mehr für die Reinigung ausgeben musste, sondern vielleicht für etwas anderes, soweit das zutrifft? – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Heinemann! – Gibt es weitere Wortmeldungen bzw. Berichtswünsche? – Das ist nicht der Fall. – Frau Bezirksbürgermeisterin, wenn Sie noch auf die letzten beiden Redebeiträge eingehen möchten, hätten Sie jetzt die Gelegenheit. – Bitte schön!

Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann (BA Friedrichshain-Kreuzberg): Ich mache es ganz schnell und ausführlich im Bericht. Wir sind sehr zufrieden mit der BSR, die bei uns ungefähr 9 Prozent der Flächen reinigt, den Rest machen wir, aber die BSR, nach dem Kenntnisstand, den wir haben und auch aus den Erfahrungen mit dem Görlitzer Park, hat wesentlich mehr Budget zur Verfügung. Wenn wir mehr Budget hätten, könnten wir auch öfter den Mülleimer leeren lassen. Ich sage das mal so offen. Wir werden Ihnen dann auch ausführen zum Thema Personal. Danke auch an die Finanzverwaltung! Die Zielvereinbarung Bäume, die wir in der letzten Wahlperiode miteinander vereinbart haben, ist enthalten in unserem Budget. Damit konnten wir auch Personalaufwüchse zur Pflege unserer Straßenbäume verwirklichen und haben auch mehr Personal dieses Mal in unserem Haushalt veranschlagt. Beim Thema Grünflächenunterhaltung ist es so, dass uns von den 14 Millionen Euro, die letztes Jahr zur Verfügung gestellt wurden für alle Bezirke, in diesem Haushalt 2,8 Millionen Euro erreicht haben. Das können wir dann gerne auch noch mal mehr ausführen im schriftlichen Bericht. – Ich danke Ihnen!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen herzlichen Dank! – Wenn es jetzt keine Wortmeldungen Ihrerseits mehr gibt, dann bedanke ich mich bei Ihnen, Frau Bezirksbürgermeisterin Herrmann, und wünsche Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern noch einen schönen Tag. – [Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann: Ihnen auch!] –

Wir kommen dann zu

03 - Pankow

Ich begrüße Herrn Bezirksbürgermeister Benn und seine Mitarbeiterin herzlich. Sie haben das Verfahren mitbekommen. Ich möchte auch Ihnen zum Anfang der Besprechung die Möglichkeit zu einem Statement von fünf Minuten geben. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Bezirksbürgermeister Sören Benn (BA Pankow): Vielen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da Frau Herrmann das jetzt gemacht hat, stelle ich meine Mitarbeiterin natürlich auch vor, meine Finanzleiterin Frau Schosstag-Maag, die mich hier unterstützen wird. – Ich will mich zunächst noch mal retrospektiv bedanken für die Neutralstellung der Bezirke in 2021. Das war extrem wichtig. Ich weiß, dass es für einige von Ihnen, die da genauer hingucken, durchaus schmerzhaft war, uns neutral zu stellen. Das

hat aber die Bezirke tatsächlich über die Pandemie getragen, auch in der Handlungsfähigkeit. Dafür noch mal meinen ausdrücklichen Dank.

Was die Bezirkshaushaltspläne für 2022/2023 angeht ist es in der Tat so, wie es auch meine Vorrednerinnen schon geschildert haben, dass insgesamt die Zuweisungen, die wir erhalten haben, nicht auskömmlich sein werden. Ein Stück weit liegt es natürlich auch an der Systematik der Erstellung der Bezirkshaushalte, die im Wesentlichen darauf abheben, eine Systematik der Fortschreibung und der Ist-Kosten-Berücksichtigung haben. Dynamische Prozesse sind sozusagen in der Haushaltsplanaufstellung der Bezirke so erst mal nicht abgebildet. Das betrifft in Pankow in besonderer Weise natürlich das Bevölkerungswachstum, das wir zu verzeichnen haben. Die großen Baupotenziale, die großen Nachholbedarfe bei der Entwicklung der verkehrlichen Infrastruktur, die wir in Pankow haben, die enormen Herausforderungen beim Schulbau, all das, das ist Ihnen völlig bewusst, das ist mir klar, erfordert in erheblichem Maße Planungskapazitäten, personelle Kapazitäten, und zwar in allen planenden und bauenden Ämtern. Das ist nicht nur das Stadtentwicklungsamt, sondern auch die Grünflächenämter, die Natur- und Umweltämter, weil alle diese Ämter natürlich in ihren fachlichen Stellungnahmen bei sämtlichen Bauprojekten, egal ob es Hochbauprojekte sind oder Verkehrsbauprojekte, natürlich immer alle mitsprechen und mitentscheiden. Daher können wir das beim Personal, die Dynamik, in die wir geraten sind, durch das Wachstum, das wir haben, so nicht ausreichend abdecken. Das ist kein neues Thema. Das Abgeordnetenhaus hat sich in den letzten fünf Jahren stark daran beteiligt, dass die Bezirke auch Personalzuwächse haben. Die haben wir in Pankow fast vollständig realisiert und sind aber trotzdem in der Situation, dass die Mittel nicht ausreichen. Wir haben alle Vorgaben und Leitlinien, die der Senat uns mit auf den Weg gegeben hat, also Mindestveranschlagungen, auch umgesetzt. Wir haben allerdings auch keine Mindestveranschlagungsvorgabe überschritten. Das sind dann in erster Linie die Ausgabenfelder A 01, A 02, A 03, A 07, und die Einnahmefelder E 04 und E 05. Die Ausbildungsleitlinie haben wir ebenso eingehalten wie die Vorgaben auch zu den einzelnen Bereichen des T-Teils und zu den Einnahmen aus den Grundstückserlösen. Da gibt es inzwischen auch Mindestveranschlagungen.

Wir haben summa summarum eine pauschale Minderausgabe nach der zweiten Nachschiebeliste einstellen müssen. Wir haben angefangen bei 18 Millionen Euro und 20 Millionen Euro in 2021 beim ersten Zuweisungsschreiben und sind dann jetzt aber nach der zweiten Nachschiebeliste bei 8 Millionen Euro und knapp 10 Millionen Euro gelandet. Pauschale Minderausgabe, die wir in den Haushalt einstellen mussten, ist natürlich – das haben die anderen beiden auch schon gesagt – im Wesentlichen der Beteiligten der Bezirke an den Kosten der Pandemie geschuldet. Es gibt natürlich darüber hinaus auch noch weitere Probleme, die ungelöst sind logischerweise in diesem Kontext. Es ist jetzt schon abzusehen, dass auch im Bereich Hilfen zur Erziehung und Hilfen zur Pflege die verfügbaren Mittel nicht ausreichen werden. Im Ausgabenfeld A 08, also im Wesentlichen die Bewirtschaftungsausgaben, müssen wir seit Jahren unterveranschlagen, damit wir einen gesetzeskonformen Haushalt aufstellen können. Diese Ist-Ausgaben sind in den vergangenen Jahren immer deutlich gelegen unter den Ansätzen, die wir gebildet haben, und angesichts der steigenden Energiepreise in den nächsten Jahren wissen wir, glaube ich, alle, dass wir da sozusagen nicht punktgenau einlaufen werden, sondern dass bei den Energieausgaben Erhebliches auf uns zukommen wird. Das wird im Übrigen auch bei sämtlichen Planungs- und Baukosten sein. Auch das wissen Sie, wie die Stahlpreise steigen, wie die Sandpreise steigen usw. und so fort. Also auch dort werden wir ge-

meinsam schauen müssen, wie wir die Projekte, die wir für die Menschen in der Stadt umsetzen wollen im baulichen Bereich, tatsächlich miteinander realisiert bekommen.

Ich gestatte mir kurz noch den Hinweis, das ist auftragsweise Bewirtschaftung, nicht Kernhaushalt, dass die Kürzung der Mittel für die Anlaufstellen für die Bürgerbeteiligung in der räumlichen Stadtentwicklung von je 250 000 Euro auf 153 000 Euro pro Bezirk uns natürlich vor eine unlösbare Aufgabe stellen wird, wenn gleichzeitig der Senat, was wir wollen, einen Beteiligungshaushalt mit auf den Weg bringt um 25 Millionen Euro ab 2023. Der muss umgesetzt werden von Menschen. Da müssen Menschen am Werk sein. Auch deswegen brauchen wir dringend diese vollausgestatteten Anlaufstellen für Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung mit 153 000 Euro, das ist Ihnen wahrscheinlich klar. Das sind maximal zwei bis drei Personen für einen Bezirk. Da kann man in der Kommune mit 410 000 Einwohnern natürlich nicht viel um die Ecke bringen, was Bürgerbeteiligung angeht. Dabei würde ich es jetzt erst einmal bewenden lassen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister! – Wir machen wieder zu Beginn eine Fraktionsrunde. Ich darf um Wortmeldungen bitten. – Frau Klein, bitte!

Hendrikje Klein (LINKE): Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister! – Ich habe noch eine Spezialfrage. Die Koalition hat sich vorgenommen, in dieser Wahlperiode die Schulreinigung zu kommunalisieren. Wie stehen Sie dazu, und können Sie sich das vorstellen?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Gibt es zunächst weitere Wortmeldungen? – Dann, bitte schön, Herr Bezirksbürgermeister, gebe ich Ihnen das Wort zur Beantwortung.

Bezirksbürgermeister Sören Benn (BA Pankow): Die Rekommunalisierung der Schulreinigung ist aus pädagogischen Gründen in jedem Falle zu befürworten. Jedem, der mal selber zur Schule gegangen ist, wird sofort klarwerden, dass es einen Unterschied macht, ob man die Reinigungskräfte in seiner Schule kennt, ob sie sozusagen Teil der Schulgemeinschaft sind oder ob sie das nicht sind. Das macht was, sowohl mit der Sauberkeit der Schulen als auch mit dem, wie Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Schülerinnen und Schüler mit ihren Gebäuden umgehen. Aus dem pädagogischen Aspekt ist es auf jeden Fall zu begrüßen. Außerdem wäre es natürlich für die Beschäftigten selbst zu begrüßen. Wir wissen, dass viele Menschen, die in dem Gewerbe unterwegs sind, die ihr Einkommen unter höchst prekären Lebensverhältnissen generieren, leiden müssen.

Der dritte Punkt ist, dass wir natürlich auch über Qualität reden. In den letzten Jahren haben wir immer wieder darüber geredet. Mit der Zwischenreinigung ist natürlich schon ein Schritt gemacht worden; das ist gar keine Frage. Letztlich haben wir aber in vielen Bereichen – das ist gar nicht nur die Schulreinigung, das ist ja auch das Sicherheitspersonal usw. –, die in den letzten Jahrzehnten outgesourct worden sind, immer wieder erhebliche Reibungsverluste, die auch zu Qualitätseinbußen führen. Insofern sind wir sehr dafür, das auszuprobieren und anzugehen, um miteinander zu schauen, ob das tatsächlich ein geeigneter Weg ist, um das, was wir in der Qualität erreichen wollen, hinzubekommen. Pankow steht bereit, sich dort zu beteiligen, wenn die Verträge auslaufen. Aber natürlich wird es teurer. Dessen muss man sich bewusst sein, dass so etwas dann auch kostet. Das ist klar.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister! – Frau Hassepaß, bitte!

Oda Hassepaß (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister! Ich hätte noch eine übergreifende Frage. Wir haben gerade aus Mitte gehört, dass dort viele Stellen aus bestimmten Problemgründen nicht zu besetzen sind, teilweise aus Gehalts-, teilweise aus anderen Gründen. Sie hatten jetzt gerade vermerkt, dass die Personalzuwächse in Pankow fast vollständig realisiert sind. Das Problem besteht demnach in Pankow nicht.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Wir sammeln wieder. – Herr Rauchfuß, bitte schön, Ihre Wortmeldung!

Lars Rauchfuß (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich würde gerne noch mal zur Rekommunalisierung der Schulreinigung nachfragen. Es ist sehr begrüßenswert, dass Sie sich vorstellen können, sich als Bezirk zu beteiligen. Das wäre ja sicherlich im Rahmen eines Pilotprojekts. Aus meiner Sicht wäre zum einen die Frage nach dem Finanzbedarf und zum anderen, ob Sie ein paar Einschätzungen dazu geben könnten, welches Gestaltungsmodell für Sie am ehesten infrage käme. Denn wir können ja sowohl über bezirkliche Beschäftigte als auch über möglicherweise den Landesbetrieb oder zu rekommunalisierende Dienstleister nachdenken. Was wäre Ihre Präferenz?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Meister, bitte!

Sibylle Meister (FDP): Vielen herzlichen Dank! – Ich habe noch mal eine Nachfrage zu dem Thema der Schulreinigung. Ich bin bei Ihren Ausführungen dabei ein bisschen hängengeblieben. Das heißt, dass Sie bei Ihrer Vergabe bei den Aufträgen nicht sichergestellt haben, dass

eine vernünftige Bezahlung gewährleistet ist. Oder wie habe ich das jetzt zu verstehen? Könnten Sie über die Auftragsvergabe eine entsprechende vernünftige Bezahlung sicherstellen, wenn Sie mehr Geld hätten?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Ich nehme jetzt noch die Wortmeldung von Herrn Hofer dazu. Dann würde ich Ihnen, Herr Bezirksbürgermeister, die Gelegenheit zur Beantwortung geben.

Torsten Hofer (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wenn ich meinen Heimatbürgermeister da habe, will ich auch eine Frage stellen. Wir haben ja von Frau Herrmann vorhin Ausführungen zur Grünflächenpflege gehört. Das Thema haben wir ja im Bericht angefordert, allgemein für alle. Auch das Personal soll für alle Bezirke in diesem Bericht berücksichtigt werden. Teilen Sie die Einschätzung der Kollegin Herrmann? Sie hatte gesagt, mit der BSR wäre alles ganz super, es gibt diese Zielvereinbarung, mit den Bäumen war das auch ganz super. Stellt sich das aus Ihrer Sicht in Pankow genauso dar? Der Bezirk ist ja ein bisschen größer. Es gibt ein paar mehr Grünanlagen. Corona hat zugeschlagen. Die Leute waren viel im Wald. Ist das aus Ihrer Sicht alles zufriedenstellend geregelt? Kommen Sie mit Ihren Leuten hinterher, dass die Schäden beseitigt werden? Wie sieht es in den Naturschutzgebieten aus? Ich hätte unter finanzpolitischen Gesichtspunkten gern drei Worte von Ihnen dazu.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Bitte schön, Herr Bezirksbürgermeister Benn!

Bezirksbürgermeister Sören Benn (BA Pankow): Vielen Dank! – Vielen Dank auch für das Interesse. Zur Stellenbesetzung: Ich bin ehrlich, ich weiß nicht, warum wir dabei im Augenblick ein bisschen besser sind als andere. Ich bin nur wahnsinnig glücklich darüber. Das ist aber auch schon alles. Ich kann Ihnen nicht sagen, warum es so ist. Manchmal hat es was mit einer Attraktivität zu tun, die nicht in der Bezirksverwaltung liegt, sondern in anderen Faktoren, dass ein Bezirk mehr zieht als ein anderer. Sicherlich – möglicherweise hat es damit zu tun – funktioniert unser Recruiting sehr gut. Möglicherweise und hoffentlich hat es auch etwas damit zu tun, dass wir eine ordentliche Willkommenskultur haben. Denn solche Sachen sprechen sich irgendwann rum. Aber das ist ja nichts Gesichertes, denn wir haben eine permanente Fluktuation in Berlin, und die Fluktuation geht natürlich in die nächst höheren Ebenen. Wir haben ja nicht nur die Landesverwaltung, die abwirbt, sondern wir haben auch noch die Bundesverwaltung, die Ministerien, die abwerben. Wir haben diverse Lobbyverbände. Das heißt, wir sind – auf berlinerisch gesagt –, was die Bezahlung angeht, Schütze Arsch im letzten Glied. Das ist so, und das weiß auch jeder.

Darum sage ich auch immer: Wer bei uns arbeitet, der arbeitet nicht wegen des Geldes. Sondern wer bei uns arbeitet, der arbeitet aus intrinsischer Motivation. Denn einen anderen Grund kann es gar nicht geben, im Bezirk zu arbeiten, weil es so ist, dass wir in der Einkommensskala tatsächlich weiter unten sind. Wir können damit nicht punkten. Womit wir aber natürlich punkten wollen und auch versuchen zu punkten – womit auch alle Bezirke punkten –, ist, dass wir andere Angebote an die Menschen machen können, außerhalb der rein monetären Vergütung, was Familienfreundlichkeit und Weiterbildungsmöglichkeiten angeht. Ich will den öffentlichen Dienst und seine Attraktivität nicht schlechtmachen. Die ist insgesamt gut, wenn man alle Faktoren mitbetrachtet. Aber beim reinen Faktor Brutto- und Nettoeinkommen sind wir in der Tat als Bezirke häufig nicht das, was ich jetzt nicht noch mal wiederholen will. Das führt selbstverständlich dazu, dass sehr gute Leute auch gerne mal weggehen, dass Leute, die

sich entwickeln wollen, sich dann woanders entwickeln. Natürlich haben auch wir keine 100%ige Ausstattung. Natürlich sind auch bei uns Stellen frei. Aber im Vergleich zum Gesamtpersonalkörper haben wir eine relativ kleine Fluktuationsquote und einen hohen Besetzungsstand. Trotzdem haben alle anderen recht mit dem, was sie gesagt haben. Das war das eine Thema.

Zur Schulreinigung: Da gibt es im Moment noch große Diskrepanzen zwischen der Initiative „Schule in Not“, was die Kostenkalkulation angeht und was unsere einzelnen FM-Ämter – Facility-Management-Ämter – mal aufgeliefert haben, was das kosten soll. Man wird sich dabei noch annähern müssen. Wir sind noch nicht dabei, dass wir das tatsächlich schon fix ausgerechnet hätten. Man muss ehrlicherweise sagen, dass es, wenn wir in Teilbereichen eine Rekommunalisierung machen – wir brauchen natürlich Räume für die Menschen, Pausenräume, wir müssen das Reinigungsmaterial da haben, wir brauchen auch eine Personalstruktur mit Vorgesetzten usw. –, erst mal mehr kostet. Das ist ja logisch. Aber natürlich muss man das über die lange Strecke ausrechnen. Wir sind aber noch nicht an dem Punkt, dass ich Ihnen heute gesichert sagen könnte, wie viel mehr es kosten würde, eine Schule, drei oder vier Schulen kommunal reinigen zu lassen. Natürlich schreiben wir im Rahmen des Vergabegesetzes aus. Natürlich halten wir dabei alle Regeln ein. Das Problem ist eher, dass erstens die Mindestlöhne teilweise so sind, dass man davon noch nicht leben kann, zweitens dass viele, die in diesem Bereich arbeiten, bei privaten Dienstleistern häufig nur in Teilzeitverträgen unterwegs sind. Wir haben ja inzwischen eine Tagesreinigung eingeführt, auch in den Bürodienstgebäuden, es gibt aber eben immer noch viele Betriebe, die sehr ungünstige Arbeitszeiten haben. Das alles zusammengenommen führt nicht dazu, dass wir nicht nach Gesetz ausschreiben – das machen wir selbstverständlich –, sondern der Markt bestimmt das. Letztlich sind wir auch darauf angewiesen, zu sagen, dass wir das wirtschaftlichste Angebot nehmen müssen. Wir können noch ein paar andere Kriterien miteinführen, aber wir kommen an den Wirtschaftlichkeitsaspekten nicht vorbei.

Zu den Grünanlagen: Grünanlagen sind eigentlich eine besonders traurige Geschichte. Herr Hofer, wir alle wissen, dass wir in Berlin in den letzten zehn, fünfzehn Jahren eine Zeit hatten, in der wir deutlich unter unseren Notwendigkeiten geblieben sind. Das hat sich natürlich in den Grundzustand unserer Grünanlagen reingefressen. Die Pandemie hat überdies zu einer extremen Übernutzung fast aller Grünanlagen geführt. Das ist zum einen ein Müllthema, das ist aber tatsächlich auch ein einfaches Tottrampeln-Thema. Der Nutzungsdruck auf die Grünanlagen ist in der Pandemie so gestiegen, dass extreme Schäden entstanden sind. Dazu kommen Klimaveränderungen. Wir stellen immer stärker fest, dass all die Bäume, die hier vor 50, 60, 70 Jahren mal gepflanzt wurden, den heutigen klimatischen Bedingungen nicht mehr gewachsen sind. Mir sagen meine Grünflächenleute immer wieder, dass absehbar große Teile unserer Baumbestände in den Parks sterben werden, schlicht weil die Grundwasserstände sinken. Das heißt, wir brauchen auch hier, eigentlich so wie in den Wäldern auch, einen Neuaufbau unseres Baumbestands. Das gilt im Übrigen auch für die Straßenbäume, insbesondere für diese, denn im Moment ist es ja so, dass wir Straßenbäume immer nur dort pflanzen, wo noch eine Lücke ist. Der Raum für die grüne Infrastruktur, wenn wir sie als Infrastruktur begreifen, ist eigentlich von den Bauordnungen für den Straßenbau nicht wirklich schon mitgedacht. Sie alle wissen, dass eine Baumwurzel ungefähr so viel Platz braucht wie die Krone. Wenn Sie sich in dem Bereich umgucken, in dem Sie wohnen, wird Ihnen schwanen, dass die meisten Bäume diesen Platz nicht haben.

Insofern brauchen wir eigentlich vor allem vor dem Hintergrund des Klimawandels erhebliche Investitionen in die grüne Infrastruktur. Es ist auch so, wie Frau Herrmann gesagt hat: Sowohl die Grün Berlin als auch die BSR bekommen für die gleichen Tätigkeiten eine deutlich bessere Vergütung, als wir Bezirke in der Zuweisung haben. Das ist schon mehrfach nachgewiesen und nachgerechnet worden. Darum sind wir manchmal ein bisschen bitter, wenn gesagt wird: Die BSR macht es besser. Grün Berlin macht es besser. – Wir sagen dann immer: Ja, mit dem Geld, was ihr dafür kriegt, würden wir das auch hinkriegen. – Es gibt dabei ein gewisses Ungleichgewicht. Trotzdem ist es richtig, dass nicht unsere Fachleute der Grünpflege die Parks saubermachen. Das sollen Reinigungskräfte machen. Das sollen die machen, die Reinigungshandwerk und -logistik können und auch in Masse machen. Unsere Grünflächenleute sollen bitte die Pflege machen. Insofern sind wir sehr dankbar dafür, wenn die BSR bestimmte Grünanlagen immer mal oder auch regelmäßig reinigt. Das Modell sollten wir fortführen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen herzlichen Dank! – Als nächste Wortmeldung rufe ich Herrn Balzer auf. – Bitte schön!

Frank Balzer (CDU): Danke! – Ich habe nur noch eine kurze Nachfrage. Es ist ja sehr schön, wenn die Personalgewinnung in Ihrem Bezirk gut, besser funktioniert. Daher die Frage: Wie viel Personalmittel haben Sie in 2021 nicht verausgabt?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Bitte schön, Herr Bezirksbürgermeister!

Bezirksbürgermeister Sören Benn (BA Pankow): Das müssen wir als Bericht nachliefern. Wir haben die Basiskorrekturergebnisse noch nicht. Nach unserer Prognose liegen wir bei 1 bis 2 Millionen Euro an nicht verausgabten Mitteln. Aber mal gucken, was die Basiskorrektur dazu sagt. Das wissen wir jetzt noch nicht.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Wird schriftlich nachgeliefert. – Gibt es weitere Wortmeldungen oder Berichtswünsche an dieser Stelle? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann bedanke ich mich bei Ihnen, Herr Bezirksbürgermeister Benn, und bei Ihrer Mitarbeiterin und wünsche Ihnen noch einen schönen Tag.

Wir kommen dann zum nächsten Bezirk, 04 Charlottenburg-Wilmersdorf. Ich begrüße Frau Bezirksbürgermeisterin Bauch und ihre Mitarbeiter. Auch Sie haben die Gelegenheit für ein fünfminütiges Eingangsstatement. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Bezirksbürgermeisterin Kristin Bauch (BA Charlottenburg-Wilmersdorf): Herzlichen Dank! – Ich habe Herrn Sauer, Herrn Köppen und Herrn Schwarz als Unterstützung mitgebracht. Sehr geehrter Herr Vorsteher! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Als ich erst vor vier Monaten mein Amt als Bezirksbürgermeisterin von Charlottenburg-Wilmersdorf angetreten bin, war ich natürlich vorgewarnt, dass die Lage im Haushalts- und Personalbereich nicht ganz so einfach sein würde. Die strukturellen und politischen Rahmenbedingungen für unsere Dienstkräfte sind durch die Pandemie selbst in haushalterisch guten Zeiten nicht besonders rosig. Übertriebene Gestaltungsbedürfnisse waren und sind da nicht förderlich. Aber ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass diese Vorwarnungen nur ein kleiner Schatten dessen waren, was mich dann erwartet hat, weil Charlottenburg-Wilmersdorf mit einem rechnerischen Defizit von 25 Millionen Euro in

die Aufstellung dieses Doppelhaushalts gegangen ist. Das war keine einfache Situation. Sie wissen, dass bei einem Haushalt von ungefähr 820 Millionen Euro nur eine PMA von knapp 8 Millionen Euro erlaubt ist, die dann im laufenden Haushaltsjahr entsprechend ausgeglichen werden muss. Wir standen vor dem Problem, dass die vom Senat zugewiesene Globalsumme für uns nicht ausgereicht hat, um unsere Ausgaben zu decken. Insofern waren wir natürlich zu Sparmaßnahmen gezwungen.

Daher haben wir als Bezirksamt als allererstes gezielte Kürzungen in unseren Fachabteilungen vornehmen lassen, in Höhe von 420 000 Euro in 2022 und von 300 000 Euro in 2023. Darüber hinaus haben wir unter anderem den Ausgabenteil A05 – das sind Verwaltungsausgaben und bewegliches Vermögen – pauschal um 10 Prozent gekürzt. Wir haben den Ausgabenteil A09 – pauschalierte Ausgaben – um 10 Prozent gekürzt. Auch den Ausgabenteil A08, der hier schon häufiger angesprochen wurde – Bewirtschaftungsausgaben –, mussten wir um über 2 Millionen Euro zusammenstreichen. Das wiederum beinhaltet ganz klar ein politisches Signal an Sie, liebe Abgeordnete hier im Ausschuss, im Plenarsaal, denn in dem Bereich spiegelt sich die Finanzierung der extremen Preissteigerungen im Energiesektor wider, die wir als Bezirke nicht mehr alleine tragen können.

Als Bezirksamtskollegium haben wir dann – das ist der kritischste aller Punkte – über 120 als Bedarf angemeldete Stellen in einer Höhe von über 7 Millionen Euro streichen müssen. Darunter fallen auch Stellen beispielsweise für die Umsetzung der E-Akte. Wir haben den Personalrichtwert im ersten Schritt auf null gesetzt, in Abstimmung mit der Senatsverwaltung in 2022 um weitere 2,4 Prozent unterschritten. Ich glaube, ich muss Ihnen nicht erklären, dass das dazu führt, aktuell, aber auch langfristig, dass wir irgendwann mit den anfallenden Aufgaben einfach nicht mehr Schritt halten können. Ich sage Ihnen das jetzt hier, weil ich Ihnen aufzeigen möchte, dass wir einen sehr geringen Spielraum hatten. Frau Herrmann hat es vorhin auch schon beschrieben, die Flexibilität der Finanzen ist eingeschränkt. Viel ist durch Leitlinien vorgegeben. Allerdings haben wir es geschafft, auch dank SenFin, in der Nachsteuerung durch SenFin einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen.

Im Klartext heißt das aber schon, dass wir mit einem theoretisch ausgeglichenen Haushalt in einem Minusbereich irgendwo manövrieren, und die 1-Prozent-PMA wird dabei auch zu neuen Einsparungen führen, da wir auch die Einnahmeseite so hoch gerechnet haben, wie es sachlich vertretbar war. Um es also mal deutlich zu sagen: In dem Entwurf hier steht politisch drin, wir können zwar einen formal ausgeglichenen Haushalt aufstellen, aber das geht auf Kosten des Personals, und es ist auch eine Hypothek auf die Zukunft. Denn, ich habe es gesagt, wir wissen nicht, wie wir die Preissteigerungen für den Unterhalt der Gebäude aufbringen sollen. Ich glaube, Sie alle können es hier ein bisschen nachvollziehen. Sie wissen, wie es ist, in einem historischen Gebäude sein Büro zu haben. Das ist zwar optisch schön, und es hat etwas Herrschaftliches, aber optimieren lassen sich solche historischen Gebäude nicht wirklich.

Ein weiteres Problem, das wir haben, ist – das kennen Sie wahrscheinlich auch – die Raumproblematik. Wie bringt man platztechnisch alle Mitarbeitenden in einem Haus unter, unter der Einhaltung des geltenden Arbeitsrechts? Das ist alles nicht besonders einfach. Deswegen ist mein Ziel heute an Sie: Sie haben die Macht, darüber zu entscheiden. Sie können das hier alles beschließen. Meine Aufgabe als Bezirksbürgermeisterin ist, Sie als Abgeordnete über die Parteigrenzen hinaus darauf anzusprechen, darauf aufmerksam zu machen, dass wir als

Bezirke einfach in einer systematischen Unterfinanzierung sind, dass wir dringend noch Geld und Unterstützung benötigen können. Ich appelliere jetzt daran, dass Sie in den anstehenden Beratungen nicht nur Ihre eigenen Wunschprojekte, die Sie selbstverständlich als Politikerinnen und Politiker alle haben, im Hinterkopf haben, sondern auch ein bisschen an die Bezirke und an die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit unserer Bezirke denken. Ich bedanke mich erst mal für Ihre Aufmerksamkeit und schließe jetzt. – Danke schön!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Bezirksbürgermeisterin! – Ich eröffne die erste Fragerunde und rufe die Wortmeldung des Kollegen Ziller auf. – Bitte schön!

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich gebe zu, das klingt ja erschreckend, wenn ich mir die anderen Wortmeldungen, auch die Zahlen, die zumindest mir vorliegen, angucke. Ich hätte als erstes eine Frage zu den ganzen Beispielen, die Sie dargestellt haben, zu Kürzungen. Können Sie das Bezugsjahr noch mal dazu sagen? Ist das zu 2021? Kann man das vielleicht genau an den Beispielen noch mal nachtragen, zu welchen Ansätzen, zu welchem Verhältnis gekürzt wurde?

Wenn man sich die Bezirke anguckt, hat Charlottenburg-Wilmersdorf, glaube ich, den dritthöchsten Ergebnisvortrag, 12 Millionen Euro. Sie nehmen relativ viel Geld mit. Die anderen Bezirke haben erzählt, dass das schwierig ist, weil das alles verfrühstückt wird und danach weg ist. Sie haben aber den drittgrößten Startvorteil aller Bezirke. Insofern würde mich einfach zahlenmäßig noch mal interessieren, was Sie genau vergleichen, weil das mündlich schwierig ist.

Ich weiß nicht, ob Sie das noch mal quantifizieren können, an welchen Stellen Charlottenburg-Wilmersdorf nicht handlungsfähig ist oder die Aufgaben nicht erfüllen kann. So pauschal ist das schwierig. Eine Frage wäre, wie es mit dem Personal aussieht. Die anderen Bezirke haben auch dargestellt, wie ihre Personalbesetzung ist. Sind Ihre Stellen alle besetzt? Haben Sie da Spielraum? Liegt die fehlende Handlungsfähigkeit vielleicht auch an unbesetzten Stellen? Vielleicht können Sie uns das einfach noch mal darstellen, denn so pauschal kommen wir leider auch nicht weiter.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Wir sammeln die Wortmeldungen wieder. Ich rufe jetzt die Wortmeldung von Herrn Schneider auf. – Bitte schön, Herr Kollege!

Torsten Schneider (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe hier in diesem Plenarsaal schon mal gehört, dass jemand einen verfassungswidrigen Haushalt aufstellt. Das ist nicht folgenlos geblieben. Deshalb möchte ich ein Wortprotokoll für diesen Tagesordnungspunkt. Mir reicht das für diesen Bezirk.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Das haben wir schon für die gesamte Anhörung beantragt.

Torsten Schneider (SPD): Das freut mich. Das ist mir entgangen. Daran schließen sich dann meine Berichtsaufträge an. Das betrifft die Unterbringung von Personal usw. Dieser Ausschuss ist ja bekannt dafür, dass er bei solchen Warnmeldungen genau hinguckt, und zwar sehr genau, und zwar zu jedem einzelnen Punkt, den ich gehört habe.

Deswegen habe ich auch erst mal keine Frage an den Bezirk, weil ich das jetzt politisch betrachten will. Ich habe eine Frage an die Finanzverwaltung. Ist der Bezirkshaushaltsplan

Charlottenburg-Wilmersdorf durch künstliche Hochsetzung der Einnahmeerwartungen an der Verfassungswidrigkeit vorbeigeschrammt? Ist der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf im Vergleich zu den Ist-Ausgaben des coronabereinigten Ist 2021 abgesenkt worden, und zwar für jede hier vorgetragene Problemanzeige?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Ich würde die Beantwortung durch die Senatsverwaltung für Finanzen durch Frau Staatssekretärin Borkamp vorziehen wollen. – Bitte schön, Frau Staatssekretärin!

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin): Vielen Dank! – Zu dem ersten Punkt, den Sie, Herr Abgeordneter Schneider, angesprochen haben, werden wir in der Nachschau ausführlich berichten. Wir sind gerade dabei, alle Bezirkshaushaltspläne im Hinblick auf die vorgegebenen Leitlinien und Veranschlagungen zu überprüfen. Ansonsten kann ich nur feststellen, dass alle Bezirkshaushalte im Vergleich zum letzten Doppelhaushalt angewachsen sind, sicherlich an vielen Stellen auch im Bereich der Transferausgaben, die wir an einigen Stellen zu 100 Prozent, was die Mengen- und Preisentwicklung angeht, absichern in anderen Bereichen, entweder im Bereich der Mengenentwicklung oder im Bereich der Preisentwicklung im sogenannten T-Teil. Alle weiteren Ausgaben müssen die Bezirke entweder aus eigenen Einnahmen oder dem sogenannten Produktsummenbudget erwirtschaften. Dazu vielleicht nur noch mal der Hinweis: Wir schreiben ja nicht kameral fort, sondern bewerten, wie der durchschnittliche Preis der Bezirke und die jeweilige Mengenentwicklung der Vergangenheit waren, so dass Mengenfortentwicklungen der Vergangenheit in den nächsten Jahren auch weiter honoriert werden. Das vielleicht einfach mal zur grundsätzlichen Einschätzungssystematik, die sich sicherlich von vielen anderen Kommunen unterscheidet und aus unserer Perspektive den Bezirken die Sicherheit gibt, gewisse Trends weiterzuentwickeln und hier eine differenzierte Betrachtung zu haben.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin! – Frau Meister, bitte!

Sibylle Meister (FDP): Vielen herzlichen Dank! – Ich bin bei Ihrem Vortrag eigentlich schon am Anfang hängengeblieben, nämlich als Sie darauf hingewiesen haben, dass Sie 120 Stellen gestrichen haben. Vielleicht habe ich das auch missverstanden. Waren das alles Stellen, die unbesetzt waren, oder hätten wir hier die Möglichkeit bei anderen, die händeringend Personal suchen, wie wir ja gehört haben, die eine oder andere Lücke zu schließen? Vielleicht mögen Sie mir das noch mal erklären.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Dr. Schmidt, bitte!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank! – Meine Frage geht in eine ähnliche Richtung wie die von Frau Meister. Sie sagen, dass Sie Ihre PMA zulasten des Personals aufgelöst haben. Dann – klar – klingeln die Alarmglocken. Ich hätte gern einen Satz mehr dazu. Genauso bezieht sich das auch auf die Sorge zur Weitergabe von Tarifanpassungen, die wir in diesem Haus ausdrücklich beschlossen haben und wo es eine Vorsorge gibt. Deswegen hätte ich auch dazu gerne noch einen Satz.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen und würde dann Frau Bezirksbürgermeisterin Bauch die Gelegenheit zur Beantwortung geben. Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Balzer. – Bitte schön, Herr Balzer!

Frank Balzer (CDU): Danke schön! – Ich hätte gern wieder – wir können es allgemein machen – einen übergreifenden Bericht zu nichtverausgabten Personalmitteln über alle Bezirke. Dann kann man sich die Einzelfragen sparen. Das ist jetzt ein Vortrag gewesen, der sich deutlich von den anderen drei bisher hier anwesenden Bezirken unterscheidet. Das ist sicherlich nicht in den letzten Monaten oder kurzfristigen Jahren entstanden, sondern sicherlich über viele Jahre gewachsen. Meine Frage richtet sich eher an die Finanzverwaltung. Ich bitte um eine Darstellung der Risiken, die dieser Haushalt mit sich bringt. Denn bei den Bewirtschaftungsausgaben 2 Millionen Euro zu kürzen, dazu fällt einem eigentlich nicht mehr allzu viel ein. Denn wir wissen, dass es dort einen massiven Anstieg geben müsste, weil die Preise im Augenblick explodieren, sodass ich davon ausgehen muss, dass in diesem Haushalt ein großes Risiko für den Bezirk liegt. Somit stellt sich die Frage, welche Eingriffsmöglichkeiten hier die Finanzverwaltung bereits im Vorfeld sieht, um den entgegenzuwirken.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Staatssekretärin, möchten Sie direkt etwas dazu sagen oder dann in der Nachschau? – Gerne haben Sie das Wort, bitte schön!

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin): Ich kann ganz kurz etwas dazu sagen. Zu den Personalminderausgaben berichten wir gern noch mal differenziert in der Nachschau. Es lohnt sich auch, die Anzahl der nichtbesetzten Stellen je Bezirk danebenzulegen, weil es in der Tat sehr große Unterschiede gibt, mit dem Bezirk Pankow als meinem persönlichen Zielwert für alle Bezirke mit knapp oder lediglich 5 Prozent nichtbesetzten Stellen. Das finde ich super. Dahin wollen wir die anderen auch gerne bringen. Wir haben aber auch Bezirke mit bis zu 17 Prozent nicht besetzten Stellen. Das erklärt dann auch Schwankungen bei den nicht ausgeschöpften Personalmitteln, die eben nicht alle nur in einer gleichen Ebene liegen. Das bekommen Sie dann aber im Detail schriftlich.

Zu den Ausgaben A08: Auch hier gibt es Leitlinien, die wir nicht ohne Grund machen. Gleichwohl kennen wir die dynamischen Entwicklungen im Moment. Wir können nicht prognostizieren, wo wir zum Jahresende mit den Energiepreisen und Bewirtschaftungsausgaben landen.

Gleichwohl muss man auch das differenziert betrachten, denn in der Regel gelten laufende Verträge fort. Nur bei Neuverträgen gibt es radikalere Anpassungen. Bei laufenden Verträgen sind sie im Moment noch etwas moderater, sodass ich hier eher Sorge mit Blick auf 2024/2025 habe, wenn sich dieser Trend nicht wieder rückentwickelt. Gleichwohl – auch Sie wissen das, Herr Abgeordneter Balzer, aus Ihrer früheren Funktion – behalten wir als SenFin solche Ausreißer in den Entwicklungen im Blick. Wenn wir gemeinsam zu der Erkenntnis kommen, dass die Bezirke nicht gegensteuern können, gibt es für solche Fälle auch Basiskorrekturen. Das wird nur traditionell, da noch nicht greifbar, nicht zu Beginn des Jahres angekündigt, sonst könnten wir es auch in die Zuweisung packen, sondern ist den Effekten vorbehalten, wo wir noch keine Hausnummer dransetzen können. Wir müssen im Laufe des Jahres sehen, wie die Entwicklung ist. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Ich danke auch! – Herr Brousek, bitte, Ihre Wortmeldung!

Antonin Brousek (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Frau Bauch, ich hätte zwei Fragen. Erstens: 120 Stellen, das ist eine furchterregende Zahl. Von wie viel? – Zweitens: Wie kann ich mir das vorstellen? Diese Stellen werden von den anderen mitabgearbeitet, oder entfallen diese Tätigkeiten komplett?

Eine weitere Frage: Als Sie vor vier Monaten den Bezirk übernahmen, wurde Ihnen gleich gesagt, das ist hier so katastrophal? Oder haben Sie das peu à peu mitbekommen?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Bezirksbürgermeisterin Bauch, Sie haben jetzt die Gelegenheit, den Strauß an Fragen zu beantworten.

Bezirksbürgermeisterin Kristin Bauch (BA Charlottenburg-Wilmersdorf): Vielen Dank! – Ich bemühe mich, denn wie gesagt, ich habe nicht umsonst drei Herren mitgebracht, weil ich erst seit vier Monaten Bezirksbürgermeisterin bin. Insofern gehe ich direkt auf die letzte Frage ein. Keine Sorge, es stand niemand mit Gefahrenschildern und hat gerufen: Überlegen Sie sich das gut! – Selbstverständlich kannte man ja die strukturellen Bedingungen. Charlottenburg-Wilmersdorf hatte sich gerade durch das Haushaltsjahr davor wieder einigermaßen erholt und aufgebaut. Aber es war durch die Pandemie und die Gesamtsituation schon absehbar, dass es nicht einfach sein wird.

Ich weiß nicht mehr genau, von wem die Fragen kamen. Vielleicht vorneweg: Wir haben nicht Menschen gekündigt, 120 Stellen leergeräumt und gesagt, das war es jetzt. Sondern wir haben über die einzelnen Fachabteilungen eine Bedarfsliste erstellt, was wir für zukünftige Aufgaben an zusätzlichem Personal benötigen. Unter anderem brauchen wir beispielsweise demnächst zwei Personen, die für die Umsetzung bei der Einführung der E-Akte zuständig sind, und wir hätten im Kulturbereich Personen gebraucht. So kann man das fortsetzen. Wir haben aber gesagt: Nein, das machen wir jetzt nicht. Denn – die Frage kam auch irgendwo – wir haben nicht die freigewordenen Finanzen vom Personal eingesetzt, um die PMA aufzulösen, sondern wir als Charlottenburg-Wilmersdorf hatten tatsächlich das Problem, dass wir bis ganz kurz vor der Haushaltsbeschlussvorlage der BVV einfach noch zusätzlich eine PME in Höhe von 4 Millionen Euro hatten. Wir sind also mit einer pauschalen Mehreinnahme reingegangen. Das würde jetzt zu weit führen. Wir konnten das dann auch durch die Unterstützung von SenFin – es gab ja noch eine weitere Fortschreibung – so auflösen, dass wir jetzt – in Anführungsstrichen – nur mit einer PMA da reingehen.

Bei uns ist es so, dass wir zurzeit 12 Prozent unbesetzte Stellen haben. Das entspricht etwa 260 Vollzeitäquivalenten. Das Bezugsjahr, von dem ich rede, ist immer 2018/2019. Das geht immer um die Zeit vor der Pandemie. Schwierigkeiten haben wir insbesondere im Bereich der technischen Berufe, im ärztlichen Bereich beispielsweise. Das hat die Pandemie noch mal deutlich hervorgebracht. Herrn Benn hat das eben sehr deutlich ausgeführt. Es hat viel mit der Bezahlung zu tun, und es hat auch viel damit zu tun, dass es in so einer Verwaltung länger dauert als in der freien Wirtschaft, bis man verbindlich eine Stelle besetzen kann. Das sind alles solche strukturellen Nachteile, die nicht nur Charlottenburg-Wilmersdorf betreffen, sondern alle Bezirke, die die Situation nicht gerade vereinfachen.

Die Frage zu den Tarifverhandlungen würden wir schriftlich beantworten und nachreichen. Ich habe, ehrlich gesagt, gerade keine Antwort dazu vorbereitet. Habe ich sonst etwas vergessen? – Gut, dann war es das von meiner Seite.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank für die Beantwortung! – Ich nehme an, die Fragesteller melden sich, wenn sie noch Nachfragen haben. Ich schaue mal in die Runde, ob es zum jetzigen Zeitpunkt Nachfragen gibt. – Bitte schön, Herr Balzer!

Frank Balzer (CDU): Ich bin mit der Auskunft der Finanzverwaltung nicht ganz so glücklich, beziehungsweise ich weiß es noch nicht. Jetzt schon zu signalisieren, dass, wenn keine Möglichkeiten bestehen, den Haushalt auszugleichen, auch Basiskorrekturen möglich sind – vielleicht habe ich Sie auch missverstanden –, würde mich ein bisschen beunruhigen, weil das eine kleine Einladung an die Bezirke ist, sich so oder so zu verhalten. Um dem vorzubeugen, hätte ich gerne vom Bezirk oder von Ihnen einen Bericht für die Nachschau, wo dargestellt wird, welche Korrekturen und Einsparpotenziale gesehen werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Ist notiert. – Bitte schön, Frau Staatssekretärin!

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin): Ja, lieber Herr Abgeordneter Balzer, da haben Sie mich in der Tat missverstanden. Es geht nicht darum, dass gezielt unterveranschlagt wird und wir dann feststellen, dass die Realität doch eine andere ist. Sondern bei der Betrachtung zu Basiskorrekturen orientieren wir uns gerade an unseren Veranschlagungsvorgaben, also den Planungen, mit denen wir gerechnet haben und den Mitteln, die wir in die Globalsummen für die entsprechenden Ausgaben für die Bezirke reingegeben haben. Ansonsten gehe ich davon aus, dass der Bezirk im Rahmen seiner Haushaltswirtschaft A08 Betriebswirtschaftsausgaben, 5er-, 6er-Titel konsumtiv im Rahmen der Deckungsfähigkeit, wenn er im Vorfeld etwas optimistischere Prognosen hat und nicht entsprechende energiewirtschaftliche Sparmaßnahmen eingeplant hat, tätig wird, so wie Bezirke – das ist ja auch die Logik der Globalsumme – ihre Akzente erst mal selber setzen dürfen und gleichzeitig die Verantwortung haben, dann auch im Rahmen der Haushaltswirtschaft unterjährig einen Ausgleich zu treffen.

Die Basiskorrektur ist in der Tat nur für nichtvorhergesehene Sachverhalte vorbehalten, dann aber in Betrachtung über alle Bezirke und, wie gesagt, auf der Basis unserer Annahmen und nicht auf der Basis der dann de-facto-Veranschlagung von den Bezirken. Sollten Leitlinien nicht eingehalten worden sein – mal ganz hypothetisch, ich kenne den Haushaltsplan des Bezirkes noch nicht –, werden wir natürlich im Rahmen der Nachschau Ihnen als Abgeordnetenhaus, als Hauptausschuss, empfehlen, das zu korrigieren. Das ist ja auch ein bekanntes Ver-

fahren, damit wir in allen Bezirken verfassungskonforme Haushalte haben. Ich hoffe, damit habe ich Ihre Sorgen ausgeräumt, Herr Abgeordneter Balzer!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Frau Kollegin Khalatbari, bitte schön!

Sandra Khalatbari (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Liebe Frau Bauch! In Charlottenburg-Wilmersdorf sowie in den anderen Bezirken auch hatten wir vorhin das Thema der Schulreinigung angesprochen. Auch in Charlottenburg-Wilmersdorf gibt es natürlich Schulen. Auch da sind ja in der letzten Legislaturperiode Pilotprojekte durchgeführt worden, wo genau überprüft werden sollte, was sinnvoll ist. Mich würde natürlich interessieren – auch in Anlehnung an die anderen Fragen –, wie in Charlottenburg-Wilmersdorf mit der Rekommunalisierung oder dem Gedanken der Rekommunalisierung umgegangen wird und welche Mehrausgaben letztendlich auf den Bezirk zukommen würden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Bitte schön, Frau Bezirksbürgermeisterin! Sie haben die Gelegenheit zu antworten, wenn es mündlich geht. Gern auch schriftlich, wenn es ergänzt werden muss. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Bezirksbürgermeisterin Kristin Bauch (BA Charlottenburg-Wilmersdorf): Die Mehrausgaben kann ich Ihnen jetzt als Zahl nicht nennen. Die Debatte haben wir natürlich schon lange. Es ist tatsächlich die finanzielle Frage. Was ich für Charlottenburg-Wilmersdorf sagen kann, ist, dass wir die Reinigung über bezirkliches Personal einfach nicht leisten können. Insofern liegt am Ende – ich spiele Ihnen den Ball wieder zurück – die Entscheidung bei Ihnen hier im Abgeordnetenhaus, wie Sie mit diesem Thema umgehen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Wenn es weiter keine Wortmeldungen oder Berichtswünsche gibt – das ist scheinbar der Fall –, bedanke ich mich bei Ihnen, Frau Bezirksbürgermeisterin Bauch, und Ihren Mitarbeitern und wünsche Ihnen noch einen schönen Tag.

Wir kommen zum nächsten Bezirk. Das ist 05 Spandau. Ich begrüße den stellvertretenden Bezirksbürgermeister, Herrn Bewig, und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Frau Bezirksbürgermeisterin Dr. Brückner hatte sich urlaubsbedingt im Vorfeld entschuldigt. – Herr Bezirksbürgermeister Bewig, auch Sie haben die Möglichkeit eines fünfminütigen Eingangsstaments. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Stellv. Bezirksbürgermeister Frank Bewig (BA Spandau): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Sie haben es schon erwähnt, die Bezirksbürgermeisterin, Frau Dr. Brückner, ist heute verhindert. Sie hat mich gebeten, sie hier zu vertreten. Das Eingangsstament ist mit ihr abgestimmt. Ich denke, auch die weiteren Fragen und Antworten werden wir so beantworten, wie das auch im Bezirksamt vertreten wird.

Wir haben natürlich die gleiche Situation wie alle meine anderen Vorredner. Die Globalsumme insgesamt ist nicht auskömmlich. Wir haben im Bezirkshaushalt auch nach BVV-Beschluss in 2022 deswegen eine PMA von 6,706 Millionen Euro und für 2023 in Höhe von 7,465 Millionen Euro veranschlagen müssen. Ein wesentlicher Teil stammt tatsächlich aus der Steuerschätzungs-PMA, die bei 78,1 Millionen Euro liegt und für Spandau 5,8 Millionen Euro

ro bedeutet. Dann gibt es die Ankündigung der Globalsummenerhöhung mit Schreiben vom 1.3. Dort konnten wir noch einmal 511 000 Euro zur Reduzierung der PMA nehmen, die ursprünglich höher gewesen wäre, weil wir meinen, dass wir gerade das Thema Basisfinanzierung für die Umsetzung gesamtstädtischer Steuerungsvorhaben leisten können. Wir haben diese Mittel zur Reduzierung der PMA umgewidmet und haben sie nicht in die Aufstockung des Personals gesetzt, weil wir insgesamt aus unserer Sicht schon immer auch einen Schwerpunkt auf das Personal gelegt haben. Wir haben keine 100%ige Finanzierung des Personalhaushaltes, wie es sein sollte, aber wir haben eine 90%ige. Damit sind wir schon ganz gut dabei. Insofern glauben wir, dass wir die Folgerungen aus den Zielvereinbarungen, was die Basis angeht, aus dem bestehenden Personal leisten können.

Wir haben ohne Frage Riesenschwierigkeiten im Haushalt, diese beiden PMAs aufzulösen. Wir gehen davon aus, dass wir auch in diesem Haushalt wieder Personalmittel nicht verausgaben werden. Wir wollen trotzdem mit unserem Ansatz auch in die Verwaltung das Signal geben, dass wir besetzen, ausschreiben und Fahrt aufnehmen wollen, weil wir glauben, dass das Personal der Schlüssel zur Umsetzung unserer Ziele ist. Dennoch werden wir – Herr Balzer hat die Frage immer wieder gestellt – auch Personalmittel nicht verausgaben. Im Jahr 2021 waren es etwa 4 Millionen Euro, die wir nicht verausgabt haben.

Es haben viele hier etwas zur Frage, was uns helfen würde, gesagt. Ich war fünf Jahre Baustadtrat im Bezirk Spandau und habe da natürlich live erlebt, was funktioniert und was nicht funktioniert. Ich will Ihnen sagen: Es funktioniert sehr vieles gut, das muss man auch sagen, bei allem, was wir immer wieder bemängeln. Es sind dort sehr viele Mitarbeiter, sowohl in der Bezirks- als auch der Landesverwaltung, die einen sehr guten Job machen. Man muss aber ganz klar sagen, dass die Dynamik in dieser Stadt seit Jahren nicht durch Personal, durch Aufgaben, die wir bewältigen können, aufgefangen wird. Ganz im Gegenteil. Es gab natürlich einen Stellenaufwuchs, keine Frage. Den haben wir versucht, zu besetzen. Aber man muss klar sagen, wir haben eine große Dynamik. Ich denke jetzt an Spandau, was den Wohnungsbau betrifft und an Bebauungspläne, die in der Mache sind. Wir haben eine Liste von allein 20 Vorhaben, die wir anpacken könnten, können sie aber nicht anpacken, weil das Personal einfach nicht da ist. Ich glaube, Herr Bürgermeister Benn hat das vorhin auch erwähnt. Wir würden auch, was die Entwicklung Berlins und des Wirtschaftswachstums angeht, sicherlich noch mal eine neue Dynamik entfachen, wenn die Ämter, die diese Planverfahren durchführen – da hängen ja auch viele mit dran, das Straßen- und Grünflächenamt, Verkehr, soziale Infrastruktur, Schule, Kita –, besser ausgestattet wären. Dann würden wir sicherlich mehr Dynamik in die Aufgaben bekommen, würden schnellere Planverfahren hinbekommen und würden Berlin, glaube ich, insgesamt besser voranbringen.

Vielleicht noch ein paar Hinweise zu dem, was uns auch im Magen liegt, das sind ohne Zweifel die Handlungsfähigkeit und die Flexibilität, die wir dringend brauchen. Wir haben nicht nur im Alltag Probleme, neues Personal unterzubekommen. Wir müssen, wenn wir Bürodienstgebäude erweiterung beziehungsweise Anmietungen erweitern wollen, umfänglich Berichte erstatten. Wir müssen jedes Mal Diskussionen über die Frage führen: Habt ihr nicht schon genug Flächen? Könnt ihr nicht noch verdichten? Könnt ihr nicht Mitarbeiter noch weiter zusammensetzen? – Meine Bitte wäre, dass wir dort zu schnelleren Ergebnissen kommen, dass wir schneller neues Personal einstellen können. Wir hatten die Situation zum Beispiel im Rathaus Spandau, dass wir Monate, fast Jahre, Mitarbeiter in den prekären, in den wichtigen Bereichen Verkehr und Straßenunterhaltung nicht einstellen konnten, weil die Büros nicht da

waren. Insofern hat es uns sehr gut getan, dass wir in der Coronazeit kurzfristig zusätzliche Büroflächen anmieten konnten. Das war ein gutes Beispiel dafür, dass wir schnell handeln und zusätzliches Personal einstellen konnten, aber wir wünschen uns, dass wir das auch bei Personal aus anderen Bereichen schneller machen könnten.

Vielleicht der letzte Hinweis von mir, wir sind alle davon betroffen, Bezirk wie Land: Wir müssen bei dieser Dynamik – das ist meine große Bitte an Sie alle –, um bei der Bevölkerung Akzeptanz zu haben und vielleicht noch mehr Akzeptanz zu bekommen, bei allen Entwicklungen die soziale Infrastruktur stärker denken. Wir können nicht bauen, und die Schule kommt fünf Jahre später, und die Kitaplätze und die Verkehrsinfrastruktur fehlen. Das funktioniert nicht. Die Leute kommen uns abhanden. Die verstehen nicht, was wir da machen. Das ist in Spandau ganz eklatant. Deswegen habe ich die große Bitte, dass wir als Land und Bezirke eher das Signal in unsere Verwaltungen und Behörden geben: Wir wollen hier nicht kürzen, sondern wir wollen hier einen drauflegen. Wir wollen keine Verfahren anhalten. Wir wollen alle Vorhaben fortführen, und zwar schnell fortführen. – Das wäre meine große Bitte an Sie, dass wir nicht in eine Diskussion kommen, an irgendeiner Stelle bei dieser Dynamik zu sparen. – So viel erst mal von mir.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Bezirksstadtrat! – Ich eröffne die erste Fragerunde und rufe die Wortmeldung der Kollegin Dr. Schmidt auf. – Bitte schön!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank! – Vielen Dank für Ihre Ausführungen zu Spandau! Zwei Nachfragen habe ich zu Ihren Ausführungen. Das eine ist: Sie sagen, dass mit mehr Stellenbesetzungen mehr Dynamik reinkommen würde. Das ist noch zu beweisen, ob mehr Stellen gleich mehr Dynamik bedeuten. An der einen oder anderen Stelle sicherlich, ja. Was mich aber interessieren würde, ist, wie lange es in Spandau inzwischen dauert, eine Stelle zu besetzen, wie Sie da vorangekommen sind.

Die zweite Sache: Sie haben auf die soziale Infrastruktur und deren Sicherung bei Neubauvorhaben hingewiesen. Hier würde mich interessieren: Die soziale Infrastruktur sind ja nicht nur Kita und Schule. Inwiefern sind auch, gerade bei Neubauvorhaben, beispielsweise Räume für Kultur, Jugendarbeit oder solche Dinge mitgedacht? Ich glaube, dass die Pandemie sehr deutlich gezeigt hat, dass zu resilienten sozialen Strukturen auch genau solche Einrichtungen mit dazugehören.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Gibt es weitere Wortmeldungen, die wir sammeln könnten? – Das ist nicht der Fall. – Bitte schön, Herr Bezirksstadtrat, zur Beantwortung!

Stellv. Bezirksbürgermeister Frank Bewig (BA Spandau): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich beantworte sehr gerne die Frage. Ja, Sie treffen einen wunden Punkt, was die Stellenbesetzung angeht. Ich glaube, damit haben wir alle viel zu tun, weil wir natürlich auch einen Rechtsrahmen haben, der uns vieles an Verwaltungsabläufen und Verfahren, auch die Personalratsbeteiligung, vorgibt. Ich bin nicht dagegen, das muss sein, aber wir haben durchaus eine Situation, wo wir im Bezirk selber sagen, es dauert zu lange. Neben mir sitzt Herr Fischer. Ich habe ihn noch nicht vorgestellt, er ist der Leiter des Steuerungsdienstes. Ebenfalls ist Frau Schubert hier. Wir haben uns im Bezirksamt mal einen Ablauf festgelegt, wo wir ein Stück weit kontrollieren und auch Zeitfristen festlegen, wann Beteiligungen an wel-

cher Stelle stattzufinden haben. Das fruchtet an der einen oder anderen Stelle. Wir müssen noch besser werden, sind aber zumindest auf dem Weg, diese Einstellungsverfahren zu beschleunigen, damit wir die Stellen entsprechend schneller besetzten. Wir können dabei aber alle noch besser werden, das ist gar keine Frage.

Das Zweite ist: Ich kann Ihnen nur zustimmen, es ist mein Reden seit fünf Jahren. Wir haben in der Stadtentwicklung das Berliner Modell. Das kennen Sie ja. Da wird die soziale Infrastruktur mitgedacht, Schule und Kita insbesondere, auch verkehrliche Dinge. In aller Regel wird aber genau das nicht mitgedacht – finanziert, will ich damit sagen –, was Kultur und Jugendfreizeit angeht. Das sind auch wichtige Bereiche. Deswegen gibt es an der einen oder anderen Stelle Entwicklungen, wo der Bezirk nicht in der Lage ist – haushalterisch und finanziell –, eine neue Jugendfreizeiteinrichtung zu bauen, zum Beispiel bei uns in der Wasserstadt. Der Bezirk müsste mehrere Millionen Euro in die Hand nehmen. Die hat er nicht. Die kann er auch nicht haben. Die Wasserstadt ist ein Bauvorhaben des Landes Berlin, das Entwicklungsband. Deswegen wäre meine Empfehlung und meine Bitte geradezu, dass auch solche Themen in Zukunft verankert werden, wenn solche großen Quartiere entstehen, dass das Land Berlin dafür eine Finanzierung bekommt und die Bezirke nicht alleingelassen werden. Wir sind zum Beispiel in der Wasserstadt schon in Eigenleistung unterwegs. Wir wollen dort auch einen neuen Bibliotheksstandort schaffen. Der wird von uns aber so gut wie alleine finanziert. Sie können sich vorstellen, was so eine Finanzierung für den Bezirkshaushalt bedeutet. Das ist nicht ganz wenig. Insofern meine Bitte, so etwas umfänglicher mitzudenken. Wir wollen für Berlin Wohnungsbau schaffen, aber wir müssen allesamt auch die Rahmenbedingungen dafür schaffen, sonst geht, wie gesagt, die Akzeptanz verloren.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Frau Dr. Brinker, bitte!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank! – Ich möchte noch mal das Augenmerk auf das Thema Schule lenken, diesmal nicht auf die Schulreinigung, sondern eher auf die Ausstattung der Schulen mit LAN, WLAN usw. Stimmt die Information, dass tatsächlich im Bezirk Spandau geplant ist, diese Ausstattung pro Schule ausschreiben zu lassen? Können Sie noch mal kurz erläutern, warum das eigentlich nicht zentral über das ITDZ gesteuert wird? Wer trägt die Kosten dafür? Wie wird das eigentlich abgerechnet? Ist das ein spezielles Spandauer Thema, oder ist das ein bezirksübergreifendes Thema? – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Wir sammeln weiter! – Frau Meister, bitte!

Sibylle Meister (FDP): Vielen herzlichen Dank! – Ich habe noch mal eine Nachfrage zu dem Thema Personal. Ich finde das ganz interessant, was Sie über die Fristen und darüber, diese ganzen Prozesse so ein bisschen zu versuchen, zu straffen und zu konzentrieren, erzählt haben. Ich glaube, da sind Sie schon mal auf dem richtigen Weg. Was mich aber noch mal interessieren würde – da bin ich vorhin gedanklich hängengeblieben –: Sie sprachen über die Unterbringung der neuen Mitarbeiter. Wie sind denn Ihre Erfahrungen, gerade über die letzten Jahre verstärkt mit Homeoffice, flexiblen Arbeitsplätzen und insgesamt einem modernen Arbeiten, was es doch ermöglichen müsste, Räume effizienter zu nutzen? Denn ich denke, es ist auch Ihnen klar, dass es nicht sein kann, dass wir unendlich viel Platz im Besonderen nur für die Verwaltung in Berlin haben. Wir haben ja eine Flächenkonkurrenz in allen Bereichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. – Herr Bezirksstadtrat, dann haben Sie das Wort, bitte schön!

Stellv. Bezirksbürgermeister Frank Bewig (BA Spandau): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Das ist so ein weites Feld, die Digitalisierung. Ich bin jetzt tatsächlich seit vier Monaten zuständig dafür. Vorher war es der ehemalige Bezirksbürgermeister Kleebank, der das Schul- und Sportamt geleitet hat. Ja, es gab im letzten Jahr wohl eine Auseinandersetzung zwischen dem Senat, der Senatsschulverwaltung und dem Bezirk, wie man die Digitalisierung voranbringt, den Digitalpakt, die Mittel des Digitalpakts. Ich war im Nachgang, seit meinem Amtsantritt, auf der Seite des Altbürgermeisters. Das ist wirklich abendfüllend, vielleicht müsste man das auch im Bildungsausschuss besprechen. Ich würde dafür gern zur Verfügung stehen, wenn Sie das diskutieren. Es gibt ja Rahmenverträge des Landes, die nach unserer Bewertung aber nicht die besten sind – nett ausgedrückt –, was die Finanzierung betrifft. In Spandau haben wir uns entschieden – wie gesagt, mein Vorgänger, und ich teile das total –, zu sagen: Wir sind schneller und günstiger, wenn wir es selber vor Ort in die Hand nehmen, wenn wir nicht auf den Rahmenanbieter zurückkommen. Der ist, glaube ich, auch sehr überlastet, weil er diesen Ausbau für Gesamtberlin machen soll. Die Ergebnisse zeigen das.

Wir haben in Spandau im letzten Jahr mehrere Schulen deutlich günstiger umbauen lassen. Die Landesverträge waren übrigens getrennt nach LAN und WLAN, das ist auch ein Riesensproblem. Schule ist eh schon belastet, wenn Sie dann noch so viele Firmen durch die Schulen laufen lassen – die einen machen LAN, die anderen machen WLAN, dann ist es unabgestimmt –, ist das unklug. Insofern ist der Weg der richtige. Wir haben allerdings dann auch die Auseinandersetzungen gehabt, ob das Land uns die Mittel freigibt, die wir dann ja brauchen, wenn wir Vergaben vornehmen. Wir machen einen Vergabevorschlag, und SenBildung muss diesem Vorschlag folgen. Da waren wir ein paar Monate blockiert. Dann habe ich entschieden – ungerne eigentlich, weil es wieder mir Ressourcen zu tun hat –, dass wir eine auftragsweise Bewirtschaftung in Spandau machen wollen. Wir haben im Dezember den Antrag gestellt. Meine Mitarbeiter waren nicht begeistert, weil das am Ende auch noch die vollumfängliche Verantwortung für die Vergabe beinhaltet. Wir haben dann nach zehn Wochen endlich eine Zusage bekommen und dürfen jetzt seit Februar, März diese auftragsweise Bewirtschaftung vornehmen. Ich verspreche mir sehr viel davon, dass wir jetzt selbst mehr handlungsfähig sind. Dennoch – das werden wir aber auch noch intern besprechen – bedarf es auch einer Abstimmung, wie man die Einzelbeträge wiederum mit dem Land abrechnet. Wir würden gerne größere Beträge bekommen, die wir dann bewirtschaften. Wir wollen nicht in eine Bürokratie, die sagt, jede Einzelrechnung – ich übertreibe es ein bisschen – muss mit SenBildung abgeklärt werden. Wir sind dazu noch in der Diskussion.

Der letzte Punkt: Wir haben im Bezirk in diesem Haushalt aus eigener Kraft – die BVV hat sehr geholfen, wir haben das aber initiiert – drei zusätzliche Stellen für die Digitalisierung eingestellt; also eingestellt in den Haushalt, wir versuchen jetzt, sie schnell zu besetzen, damit wir diese Aufgabe bewältigen können. Wenn diese Stellen da sind, bin ich optimistisch, dass wir sehr viel Tempo aufnehmen werden, um diese Infrastruktur auch in Spandauer Schulen umzusetzen. Denn wir glauben, dass es viele Firmen gibt, die bereit sind, sich freuen und darauf warten, dass sie diese Aufgabe umsetzen können. Die Spandauer Schulen sind an unserer Seite. Die finden unser flexibleres, zielgenaueres und am Ende günstigeres Modell besser, denn am Ende haben wir im Digitalpakt begrenzte Mittel; für uns, glaube ich, etwa

12 Millionen Euro. Wenn wir die Rahmenverträge des Landes bedienen würden, würden wir irgendwo in der Mitte steckenbleiben, weil die Mittel dafür nicht ausreichen. Wir glauben, dass wir damit mehr auf die Beine bekommen.

Zur Frage nach Homeoffice: Sie haben recht. Wir sind, glaube ich, in einer Phase, wo wir konzeptionell – das ganze Land, ich kann nicht beurteilen, wie die Landesebene das macht, wir als Bezirke ganz sicher – überlegen müssen, wie wir diesen Flow, den wir durch die schlimmen Coronaentwicklungen hatten, nutzbar machen können. Denn wir haben gemerkt, dass viele Kollegen das auch gerne machen, dass es ihnen sehr lieb ist. Wir merken jetzt bei der Diskussion des Zurückfahrens ein Stückweit, dass durchaus viele Kollegen jetzt Telearbeit und diese Dinge machen wollen. Man muss sagen, dass sie strukturierter werden müssen. Das war in der Coronazeit natürlich sehr flexibel. Die Kollegen, die zu Hause arbeiten, müssen auch einen ordentlichen Arbeitsplatz haben, der ordentlich ausgestattet ist und wo der Arbeitsschutz eingehalten wird. Da müssen wir hin. Ob wir irgendwann zu solchen Modellen kommen, dass Büros von mehreren Kollegen genutzt werden können, die sich abstimmen – das sind ja Modelle, die man denken kann, ich wäre offen dafür –, werden wir sehen. Wir sind am Anfang dieses Weges. Wir sind aber noch sehr weit davon entfernt. Insofern bleibt meine Bitte aufrecht, dass wir bei zusätzlichen Anmietungen einfach schneller handlungsfähig sind. Dann kann man in dieser Gesamtkonzeption umsteuern, wenn es am Ende funktioniert.

Letzter Hinweis noch: Wir haben auch über die Attraktivität des öffentlichen Dienstes gesprochen. Die Tarife werden wir Bezirke nicht verändern können, das Land auch nur begrenzt. Umso wichtiger ist es aber, dass wir attraktive Arbeitsbedingungen schaffen. Ich glaube, die Standards, die wir teilweise, was die Quadratmeterzahl angeht, den neuen Kollegen bieten, bei der Thematik, was eigentlich alles in die Berechnung aufgenommen wird – wie große BVV-Säle, die auch mit drin sind, denn de facto stehen am Ende weniger Quadratmeter zur Verfügung –, sind ein Thema, über das wir uns auch unterhalten müssen. Es gibt Beispiele in Spandau, wo wir Bürodienstgebäude angemietet haben und die Kollegen aus dem vierten Stock unter dem Dach im Rathaus, wo man keinen mehr einstellen konnte, weil keiner mehr dort arbeiten wollte, in ein neues Bürodienstgebäude gezogen sind und die Mitarbeiter aufatmen und sich freuen. Es ist etwas, was den Wettbewerb angeht, Vorteilhaftes, wenn man ordentliche Bürodienstgebäude und ordentliche Arbeitsbedingungen hat. Das ist etwas, was wir brauchen. Insofern bräuchten wir für das Land Berlin eigentlich so etwas, wie wir es in den Schulen haben, eine Art Sonderprogramm für Bürodienstgebäude, um diese fit zu machen, attraktiv zu machen. Nur so können wir unsere Stellen besetzen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Frau Dr. Brinker, bitte!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank! – Ich habe noch eine Nachfrage an den Senat, bezogen auf WLAN und LAN in Schulen, was Herr Bewig eben erläutert hat. Können Sie uns sagen, wie das in den anderen Bezirken gehandhabt wird? Gibt es dort ein ähnliches, vergleichbares Pilotprojekt – so würde ich das, was Spandau macht, schon nennen –? Ich weiß es nicht, vielleicht ist das auch ein Thema in anderen Bezirken. Wenn Sie uns dazu, gern schriftlich, Auskunft geben können, wäre das gut.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Bitte schön, Frau Staatssekretärin!

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin): Sehr geehrte Frau Dr. Brinker! Das müsste ich schriftlich nachreichen, weil das in der Hoheit der SenBJF liegt, die heute nicht hier ist. Ich hatte schon zu Kollegen Biel rübergeschmilt, aber SenWiEnBe ist da nicht in der Verantwortung, insofern können wir hier nicht kurzfristig improvisieren. Meines Wissens ist das ITDZ generell in die Ausschreibung mit eingebunden. Die Herausforderungen waren zumindest in der letzten Legislatur immer eher die letzte Meile; der Anschluss an die Schule und dann im Zweifelsfall noch die Hardwarekomponentenverkabelung in den Schulen – das müssten wir nachliefern.

Ansonsten vielleicht nur ein Hinweis an den Bezirk: Wenn Sie sich inspirieren lassen wollen zu modernen Arbeitsplätzen – Klosterstraße 71. Arbeiten mal anders! Wir experimentieren schon ein bisschen und freuen uns natürlich auch, wenn das in den Bezirken angenommen wird, denn: Attraktiver Arbeitgeber wollen wir auch als gesamtes Land Berlin gerne sein.

Vorsitzender Stephan Schmidt (CDU): Vielen Dank für den Geheimtipp! – Herr Zillich, bitte!

Steffen Zillich (LINKE): Ich verstehe den Ansatz, dass man sagt, mit dem ITDZ ist es schwierig, wir versuchen, eigene Wege zu gehen. Wir hatten aber in der letzten Wahlperiode eine Auseinandersetzung – ich weiß nicht, ob es genau um dieses Thema ging – über die Frage, inwieweit wir nicht auch hier eine zentralere Verantwortung haben wollen und ob wir das ITDZ hier nicht einbinden wollen. Ein bisschen ist es immer eine Abwägung, die aus Ihrer Sicht sich natürlich so darstellt: Wir wollen für den Bezirk eine schnelle Lösung haben. – Aber grundsätzlich hat sich das Land da ja auf den Weg gemacht und gesagt: Wir nehmen Verzögerungen und auch Mehrkosten, Zentralisierungskosten in Kauf, in der Hoffnung, dass wir darüber dann irgendwann eine Zentralisierungsrendite oder weniger Chaos haben. Deswegen die Frage, die sich gar nicht so sehr an Sie, sondern eher an den Senat richtet, wie er mit solchen Dingen und Prozessen umgeht und inwieweit nicht auch dabei eine Koordination durch das ITDZ mindestens notwendig ist oder ob darauf verzichtet wird aufgrund einer Einschätzung der Kapazitäten und der Praktikabilität.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Ziller, bitte!

Stefan Ziller (GRÜNE): Wir können uns ja auch untereinander austauschen. Ich finde es eine richtige Frage, und perspektivisch gehört auch das WLAN quasi zum Landesnetz. Und wenn der Bezirk irgendwann mal migriert ist, wird sozusagen die nächste Generation Router, Kabel etc. wahrscheinlich irgendwann das ITDZ übernehmen. Ich finde es an der Stelle richtig, dass da, wo die Migration noch nicht erfolgt ist, Bezirke sozusagen in der eigenen Verantwortung den ersten Schritt machen, aber, und das gehört zur Wahrheit dazu: Das ITDZ ist bei den Preisen an manchen Stellen teurer, weil sie die Wiederbeschaffung einpreisen und man da eine kontinuierliche Bezahlung hat, auch bei den Geräten. Deswegen ist es an manchen Stellen teurer, und deswegen braucht man das nicht zu vergleichen. Aber da, wo Schulen WLAN hinkriegen, ist es gut, und dann sollten wir in dem Betrieb und mit der Migration zum ITDZ trotzdem nicht nachlassen; dann erreichen wir, glaube ich, alle Ziele in einem.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Gibt es weitere Wortmeldungen oder Berichtswünsche? – Ich sehe, dass das nicht der Fall ist.

Ich bedanke mich, Herr Bezirksstadtrat Bewig, bei Ihnen und Ihren Mitarbeitern und wünsche Ihnen noch einen schönen Tag.

Ich komme zum nächsten Bezirk

06 - Steglitz-Zehlendorf

und begrüße Frau Bezirksbürgermeisterin Schellenberg und ihren Mitarbeiter. – Ich gebe Ihnen, Frau Bezirksbürgermeisterin, das Wort für ein fünfminütiges Eingangsstatement, bitte schön!

Bürgermeisterin Maren Schellenberg (BA Steglitz-Zehlendorf): Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Ich möchte für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf nicht alles wiederholen, was meine Kollegen, die da waren, schon gesagt haben. Allerdings: Es war auch für unseren Bezirk sehr schwierig, einen Haushalt aufzustellen. Wir haben mindestens auch alle Probleme, die alle anderen haben, soweit es betrifft die Vorgaben, die Festlegungen einzupreisen und dann noch am Schluss einen Haushalt zustande zu bringen, der in irgendeiner Form die 1-Prozent-Hürde nicht reißt. Das ist uns auch nicht gelungen.

Nachdem wir mit einem Defizit von 17,6 Mio. Euro angefangen haben, haben wir versucht, unsere A 09er- und A 05er-Titel um 10 Prozent abzusenken im Vergleich zu dem, was der Bedarf gewesen wäre, der aus den letzten Haushaltsjahren kam. Wir haben unseren Überschuss aus den Jahren 18 und 19 auf beide Haushaltsjahre aufgeteilt. Wir hatten einen Überschuss in 18, ein Defizit in 19, haben das dann jeweils aufgeteilt, sodass wir 1,7 Mio. Euro in den Haushalt 22 und 23 jeweils setzen konnten. Wir haben unsere letzten Reste der Rücklagen – ich sage nachher noch etwas dazu –, aus unseren allgemeinen Rücklagen – das waren 435 000 Euro, also kein Vergleich zu dem, was andere Bezirke in den Haushalt einpreisen konnten – in 22 eingesetzt. Wir haben selbstverständlich nur die Referenzwerte eingestellt, diese allerdings auch dann entsprechend eingestellt.

Zudem haben wir den Nachholbetrag aus der baulichen Unterhaltung von 2021 – jetzt haben wir 22, ja? Ich komme immer ein bisschen durcheinander –, von 21 und 22 nicht in den Haushalt mit eingestellt, und zwar aus denselben Gründen, wie wir sie heute schon einmal gehört haben. Zum einen ist es durch den Nullhaushalt nicht als Überschuss im Haushalt vorhanden gewesen, zum anderen – und da sind wir beim leidigen Personalthema – haben wir Schwierigkeiten, die bauliche Unterhaltung neben den anderen Dingen, die wir tun – Umsetzung von Mitteln aus SIWA, Mensa-Ausbauprogramm usw. –, mit dem vorhandenen Personal tatsächlich umzusetzen. Deshalb haben wir die Vorgabe für 22 und 23 veranschlagt, die den entsprechenden Referenzwert betrifft, haben aber keinen Nachholbetrag veranschlagt.

Alles in allem sind wir jetzt bei einer pauschalen Minderausgabe in 22 von 9,718 Mio. Euro und in 23 von 9,596 Mio. Euro. Wir werden versuchen, das in irgendeiner Form auszugleichen, aber uns würde natürlich alles helfen, was wir durch möglicherweise noch gefällte Entscheidungen des Abgeordnetenhauses als Bezirke mehr bekommen würden – um das mal so vorsichtig auszudrücken.

Wir haben insgesamt, das ist auch schon gesagt worden, tatsächlich kaum Dinge, die wir flexibel, frei verteilen können, wenn wir alles eingesetzt und unser Personal einigermaßen finan-

ziert haben; das geht auch uns so. Ein Grund – das muss man sicherlich strukturell und grundsätzlich besprechen, das kann nicht bei der Haushaltsplanaufstellung abschließend gelöst werden – aus Sicht des Bezirks, warum wir nur noch allgemeine Rücklagen von 435 000 Euro gehabt haben, während andere Bezirke deutlich mehr haben, ist aus unserer Sicht in einem strukturellen Problem zu sehen, nämlich dass wir immer extreme, ich sage mal, Kürzungen – das ist nicht der richtige Ausdruck, was Basiskorrekturen betrifft – in den Bereichen zum Beispiel Hilfe zur Erziehung, im Jugendbereich, aber auch im Sozialbereich haben, die bei uns immer zu Verlusten führen, und die wir nicht in irgendeiner Form als Rücklagen ansparen konnten, um sie jetzt in diesen Zeiten aufzuwenden.

Was wir auch getan haben, und da möchte ich einen Punkt ansprechen, den Sie vorhin schon mit Pankow diskutiert haben: Wir haben die Mittel, die noch zusätzlich in den Haushalt für die Tagesreinigung hineingegeben wurden, vollständig bei der Schulreinigung etabliert. Das wird aber nicht ausreichen für das, was wir jetzt in Coronazeiten umfänglich gemacht haben, nämlich eine echte Tagesreinigung. Die Mittel, die zusätzlich dazugekommen sind, werden aus unserer Sicht nicht ausreichen, um wirklich flächendeckend in allen Schulen eine Tagesreinigung extern zu etablieren.

Zur Frage der Sicht von Steglitz-Zehlendorf zur Rekommunalisierung der Schulreinigung: Inhaltlich – wunderbar, aber: Man muss sich tatsächlich ganz genau angucken, was das kostet. Hier kam vorhin die Frage: Welches Modell könnten Sie sich vorstellen? – Dazu meine ganz persönliche Meinung: Ich würde eigentlich einen Eigenbetrieb des Landes Berlin bevorzugen, der für alle Bezirke zuständig ist, auch um eine ähnliche Qualität in allen Schulen im Bezirk zu haben. Das hat jetzt aber mit dem Haushalt nicht so wahnsinnig viel zu tun.

Was wir auch noch nicht gemacht haben: Wir haben im Bezirk Steglitz-Zehlendorf bis auf die Bürgeramtsstellen keinen weiteren Stellenaufwuchs gemacht, obwohl durchaus da Bedarf bestehen würde, weitere Stellen einzurichten, um die Aufgaben zu erfüllen. Das haben wir auch nicht gemacht, weil wir uns das im Augenblick nicht leisten können.

Zur Finanzierung der Grünunterhaltung kam vorhin eine Frage: Braucht es irgendwelche Mittel aus den besonderen Jahren? – Ich weiß aus meiner früheren Aufgabe: Die Sturmereignisse gerade dieses Jahres erfordern in allen Bezirken, glaube ich, noch einmal Sondermittel in irgendeiner Form, wie wir sie vor zwei oder drei Jahren bei den letzten Sturmereignissen hatten. Wir haben im Bezirk riesengroße Schäden, die es schon sowieso gibt. Die durch die Trockenheit geschwächten Bäume sind reihenweise umgefallen, sodass wir als Bezirke dringend eine Unterstützung brauchen, um das auszugleichen. – Das war es erst einmal von meiner Seite.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Bezirksbürgermeisterin! – Ich eröffne die Fragerunde und rufe die erste Wortmeldung des Kollegen Rauchfuß auf – bitte schön!

Lars Rauchfuß (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sie haben in Ihrem Eingangstatement im Grunde schon selbst beschrieben, dass Steglitz-Zehlendorf zu dem erlauchten Kreis der verhaltensauffälligen Bezirke gehört, also zu denen, die besonders hart kämpfen müssen. Sie haben in Ihrem Bezirksamtsbeschluss stehen, dass Sie eine PMA größer 1 Prozent-Grenze haben; Sie haben das auch kommentiert und im Grunde gesagt: Wir wissen, dass wir das nicht dürfen, aber da kannst du nix machen! – Deshalb, glaube ich, müssen wir,

wie im Fall von Charlottenburg-Wilmersdorf auch bei Ihnen im Rahmen der Nachschau noch mal ganz genau hinschauen: Gibt es möglicherweise unrealistische Einnahmeerwartungen oder absehbar nicht auskömmliche Titel? Ich sage jetzt mal, auch im Falle A 08 oder so, wo wir jetzt schon wissen, dass wir gegen die Wand fahren. Das müssen wir uns, glaube ich, gemeinsam noch mal genauer angucken.

Ich habe jetzt vernommen, dass die Nach-Nachschiebeliste sozusagen noch von einer PMA von etwa 9,7 Mio. Euro ausgeht. Jetzt fehlt mir ein bisschen die Fantasie, wie die am Ende belegt und erbracht werden soll. Deshalb auch hier die obligatorische Frage: Wie sieht es bei Ihnen mit nicht verausgabten Personalmitteln in den letzten Jahren aus? Wird es am Ende so sein, dass wir Stellen nicht besetzen, um diese PMA zu erbringen?

Mit Blick auf SenFin möchte ich nachfragen, wie mit dem Nachholbetrag bauliche Unterhaltung bzw. der Nichtberücksichtigung umgegangen wird, weil auch das eigentlich ein strukturelles Problem ist.

Als Bezirksamt haben Sie strukturelle Aspekte angesprochen, die auch die Vorhaushalte schon belastet haben, unter anderem die Basiskorrektur bei den Sozialprodukten. Vielleicht können wir da auch noch einen Tick tiefer einsteigen: Gibt es noch weitere strukturelle Aspekte, die Sie benennen können? Der Klassiker sind die alten Gebäude, die noch von Kaiser Wilhelm selbst eröffnet wurden und wahnsinnig teuer sind, solche Geschichten. Können wir uns da vielleicht der Problemanalyse noch ein Stück weit nähern? Wir haben ja auch zur Kenntnis genommen, dass Sie 2019 der einzige Bezirk mit negativem Ergebnisvortrag waren, und das gibt durchaus Anlass zu Sorge.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Frau Dr. Schmidt, bitte, Sie haben das Wort!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Frau Bezirksbürgermeisterin! Vielen Dank für Ihre Ausführungen! Ich hatte schon zu Beginn gesagt, dass wir zum Thema Rücklagen den Bericht anfordern wollen, dennoch will ich fragen: Wir wissen, dass der Sanierungsstau in den Schulen Ihres Bezirks besonders hoch ist; es hängen da viele alte Gebäude dran. Trotzdem ist auffällig, dass Ihr Rücklagenbestand bei den investiven Rücklagen von Anfang 20 bis zum Ende des Jahres 21 noch mal deutlich angestiegen ist. Deshalb meine Bitte, vielleicht nur kurz hier in dieser Runde, dass Sie etwas sagen, wie die Abflussprognose für diese investiven Rücklagen ist.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Dr. Brinker, bitte!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Frage geht in eine ähnliche Richtung. Wenn ich richtig informiert bin, sind für Schulen über 2 Mio. Euro nicht ausgegeben worden, gleichermaßen für öffentliche Gebäude 600 000 Euro. Können Sie kurz umreißen, welche Ursachen und Hintergründe das hat?

Eine zweite Frage, die Sie nun trifft, weil Steglitz-Zehlendorf mein Heimatbezirk ist, Thema Bürgeramt: Können Sie aus Ihrer Sicht mal darstellen und erläutern, warum es so schwierig ist, Termine zu bekommen? Was muss passieren, bzw. wie können Bezirke unterstützt wer-

den, damit die Bürgerämter Termine wieder in einem normalen Modus, sage ich mal, anbieten? – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Ich würde zunächst Frau Staatssekretärin Borkamp zu der Teilfrage von Herrn Rauchfuß das Wort geben – bitte schön!

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrter Herr Abgeordneter Rauchfuß! Das grundsätzliche Verfahren ist so, dass es Leitlinien für den Bauunterhalt bei Schulen gibt und, getrennt dazu, noch mal Leitlinien für den Bauunterhalt aller anderen Dienstgebäude. Die Leitlinie für die Schulen wurde in der Vergangenheit regelmäßig angehoben, damit wir, lernend aus den Erfahrungen der Vergangenheit, Sanierungsstaus nicht anwachsen lassen, sondern halbwegs stabil bleiben. Mit diesem Doppelhaushalt ziehen wir bei den anderen Dienstgebäuden nach. Dort gab es noch mal zusätzliche Mittel im Bereich baulicher Unterhalt für die Bezirke.

Im Bezirk Steglitz-Zehlendorf ist es so, dass leider nur 67 Prozent der Mittel für den Bauunterhalt für Schulen in 21 abgeflossen sind. Das ist der schlechteste Wert von allen Bezirken. Im Regelverfahren ist es so, dass die Bezirke dann verpflichtet sind, das im Rahmen des nächsten Doppelhaushaltes nachzuholen, also wir hier einen Nachholbetrag bis Ende 23 identifiziert haben. Wenn es Situationen gibt, auch das kann mal vorkommen, dass man feststellt: Das kriegen wir so schnell nicht umgesetzt –, dann sind wir in der Lage, mit dem jeweiligen Bezirk noch mal gezielte bilaterale Absprachen zu machen, die den Bezirk dann aber auch verbindlich, fest binden, wie und wann er zeitnah die noch ausstehenden Mittel nachholt. Grundsätzlich ist es aber Ziel und auch Erwartung der Finanzverwaltung an alle Bezirke, das im Rahmen des nächsten Doppelhaushaltes nachzuholen und aus den Ergebnisvorträgen zu finanzieren, weil die Mittel ja nicht weggefallen sind. – So viel aus der Perspektive der Finanzverwaltung zu diesem Punkt.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Frau Bezirksbürgermeisterin Schellenberg! Sie haben jetzt die Gelegenheit, die Fragen zu beantworten. Ggf. kann das auch schriftlich nachgereicht werden. Bitte schön!

Bürgermeisterin Maren Schellenberg (BA Steglitz-Zehlendorf): Die Antwort auf die Frage nach der Abflussprognose der Investitionsmittel insbesondere für Schulen möchte ich differenziert schriftlich geben. Wir haben tatsächlich auch Personalprobleme gehabt, und im Bereich Investitionen haben wir sehr viel Vorarbeit geleistet – im Sinne von Machbarkeitsstudien, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, Partizipation –, sodass ich hoffe – ich kann es jetzt nur als Hoffnung bezeichnen, die stirbt ja bekanntlich zuletzt –, dass wir jetzt anfangen, richtig loszulegen und Grundsanierungen von Schulen in ziemlichem Ausmaße vorzunehmen. Man weiß nie, was so ist.

Zu der Frage des fehlenden Abflusses der Mittel in der baulichen Unterhaltung gibt es verschiedene Gründe. Zum einen gibt es große Schwierigkeiten bei der Besetzung insbesondere der technischen Stellen – Elektro, Heizung, Lüftung, Sanitär –, die in vielen Schulen bei der Grundsanierung schon eine große Rolle spielen. Zudem, ich weiß nicht, warum es bei uns so extrem ist, bitte ich zu berücksichtigen: Auch wir hatten in 2020 und 2021 Pandemie, und wir haben versucht, die zum Teil sehr eng beieinander sitzenden Mitarbeitenden teilweise ins Homeoffice zu schicken. Das ist aber bei einem Bauingenieur, dann, wenn man noch nicht so

richtig mit der mobilen Arbeit – es ist schwierig, dass das dann entsprechend fortgesetzt wird. Das hat bei uns auch zu Verzögerungen geführt. Das ist nicht die ganze Erklärung; ein großer Teil der Erklärung ist tatsächlich auch, dass wir in dem Bereich Elektro, Heizung, Lüftung, Sanitär so dünn besetzt waren. Zudem haben wir insbesondere in 2021 zum Teil so schlechte Ausschreibungsergebnisse gehabt, dass es nicht wirtschaftlich war, das tatsächlich zu beauftragen. Das kann man im Einzelnen auch noch mal nachreichen. Das war in Bereichen, wo wir gesagt haben: Wir haben Schwierigkeiten im Bereich Elektro, dann machen wir doch mehr Fenster –, was ja auch unter energetischen Gesichtspunkten durchaus sinnvoll ist. Aber gerade im Bereich Fenster waren die Angebote zum Teil so überzogen, dass wir gesagt haben, das kann nicht wirtschaftlich sein. Man kann sich das aber im Einzelnen gerne noch mal anschauen.

Zur Frage der strukturellen Dinge, die den Bezirk immer noch tangieren – deshalb zum Beispiel müsste man noch mal genauer analysieren, weshalb wir 19 als einziger Bezirk ein negatives Ergebnis hatten –: Das hängt unter anderem damit zusammen, dass wir im Sozialbereich, glaube ich, sehr teure Angebote haben, die wir aber im Rahmen der Basiskorrektur usw. nicht refinanziert bekommen. Jetzt will ich nicht sagen, ich bin erst seit drei Monaten dabei, aber so ganz in die Frage der Finanzierung der Bereiche Soziales und auch gerade Jugend – da muss ich noch ein bisschen mehr einsteigen. Wir könnten da aber auch schriftlich ein paar Stichworte liefern.

Zur Frage nach den Bürgerämtern: Da hängt es sicherlich zum einem an einer verbesserten Digitalisierung, landesweit, dass man mehr Dinge dadurch erreichen kann, dass man nicht zum Bürgeramt gehen und sich einen Termin holen muss, zum anderen aber tatsächlich auch am Personalaufwuchs, sodass einfach mehr Sprechzeiten angeboten werden können, was in Steglitz-Zehlendorf jetzt schon angefangen wird. Das ist aber insgesamt, glaube ich, ein Problem, was landesweit im Zusammenwirken gelöst werden muss.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Ich rufe die Wortmeldung des Kollegen Balzer auf.

Frank Balzer (CDU): Danke schön! – Die Erklärung, warum ein so schlechtes Jahresergebnis in der zurückliegenden Zeit erfolgt ist, ist jetzt nicht so richtig ersprießlich gewesen, das haben Sie ja selber zugegeben, denn es liegt ja sicherlich nicht daran, dass man im Sozialbereich hohe Kosten bei Einrichtungen hat. Da gibt es ja auch Möglichkeiten, zu wechseln, Veränderungen vorzunehmen. Ich bitte um einen Bericht zur Nachschau, analog Charlottenburg-Wilmersdorf, hier sicherlich auch noch ergänzt um eine Fehleranalyse: Was ist eigentlich schiefgelaufen, dass bei einzelnen Maßnahmen, Produkten so schlechte Ergebnisse zustande gekommen sind? –, um darauf aufzubauen, was besser gemacht werden kann.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Das ist notiert! – Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Ziller, bitte schön!

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielen Dank! – Das Bürgeramt beschäftigt uns hier ja immer wieder, und der Fingerzeig der Bezirke in Richtung Land, den kann man machen, aber ich würde konkret fragen: Steglitz-Zehlendorf hatte Ende des Jahres zehn unbesetzte Stellen im Bereich der Bürgerämter. Nach meiner Schätzung betrifft es einen ganzen Standort, die ganze Woche unbesetzt, insofern der Ruf nach mehr Personal. Gibt es Bestrebungen in Steglitz-Zehlendorf,

die fehlenden Stellen zu besetzen, um sozusagen auch den bezirklichen Part zu erfüllen? Oder braucht es nur leere Stellenhülsen obendrauf?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Staatssekretärin Borkamp hat sich gemeldet. – Bitte schön!

Staatssekretärin Jana Borkamp (SenFin): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrter Herr Abgeordneter Balzer! Wir werden als Senatsverwaltung für Finanzen sicher keine Fehleranalyse bei einzelnen Bezirken vornehmen. Was wir darstellen können, sind im Rahmen der Produkte der Kosten- und Leistungsrechnung und Budgetierung Abweichungen in einzelnen Produktbereichen vom Median. Ich denke, eine vertiefte Diskussion macht dann sicherlich eher in den Fachausschüssen Sinn, weil die Finanzierungsstrukturen ja versuchen, gesamtstädtisch gerecht zu werden, was Planmengenverfahren, was Nachbudgetierungsquoten angeht, aber auch den Faktor, der Steglitz-Zehlendorf sicher auch im besonderen Maße betrifft: gewichtete Einwohner, Sozialindex und dann im Verhältnis zu etwaigen Leistungsangeboten. Also, wir können eine fiskalische Analyse machen, wir machen aber keine organisatorische Analyse, ob wir der Auffassung sind, irgendwelche Sachbearbeiter würden vielleicht falsch arbeiten. Das einfach nur noch mal zur Transparenz und Klarstellung. Wir gehen davon aus, dass die Bezirke das in eigener Verantwortung bestmöglich machen und nachsteuern, wenn sie Defizite erkennen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin! – Frau Bezirksbürgermeisterin! Wenn Sie die Frage des Abgeordneten Ziller noch beantworten? – Bitte schön!

Bürgermeisterin Maren Schellenberg (BA Steglitz-Zehlendorf): Dann muss man auch schauen – um das noch zu ergänzen –: Wer hat welche Fehler in der Vergangenheit gemacht?

Zur Frage nach den Bürgerämtern: Ich stimme Ihnen selbstverständlich zu, wir sollten erst einmal die Stellen besetzen, die wir haben, und darauf möglichst alle Kraft verwenden, bevor wir weitere Stellenhülsen schaffen. Das ist dasselbe, wie ich spontan immer sage: Ich brauche keine neuen Elektrotechnikstellen – die brauche ich irgendwann auch! –, aber ich möchte erst einmal die besetzen, wenn ich dann soweit bin.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Bezirksbürgermeisterin! – Wenn es keine weiteren Wortmeldungen und Berichtswünsche gibt – und ich sehe, derzeit ist das nicht der Fall –, dann wünsche ich Ihnen, Frau Bezirksbürgermeisterin, und Ihrem Mitarbeiter einen schönen Tag.

Ich rufe den nächsten Bezirk auf

07 - Tempelhof-Schöneberg

Ich begrüße Herrn Bezirksbürgermeister Oltmann und seinen Mitarbeiter. – Ich gebe Ihnen das Wort für ein fünfminütiges Eingangsstatement, bitte schön!

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann (BA Tempelhof-Schöneberg): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Abgeordnete! Unser Eingangsstatement würde ich erst einmal damit beginnen, dass wir sagen: Tempelhof-Schöneberg wäre

eigentlich die achtzehntgrößte Stadt Deutschlands. Das macht die Dimension deutlich, um was es hier geht. Es geht um die Handlungs- und Arbeitsfähigkeit der Bezirke insgesamt, und die sind sehr heterogen aufgestellt. Mit 350 000 Einwohnerinnen und Einwohnern sind wir größer als so manche Landeshauptstadt; das macht noch mal die Wichtigkeit der Aufgabe deutlich, hier für eine vernünftige, arbeits- und handlungsfähige Struktur zu sorgen. Wir haben 2 300 Beschäftigte und aktuell 330 vakante Stellen; darauf gehe ich gleich noch ein.

Wie haben wir unseren Haushalt aufgestellt? – Zunächst einmal rechtskonform, mit einer pauschalen Minderausgabe von 6,5 Mio. Euro. Dabei haben wir die Personalausgaben vorher noch mal abgesenkt auf die Richtwerte der Senatsverwaltung für Finanzen, halten uns damit praktisch an die Vorgaben, die uns vom Land gegeben wurden, haben bei den Sachmitteln geringfügige Kürzungen vorgenommen und konnten so der BVV einen Haushalt vorlegen, der rechtskonform war. Der ist von der BVV am Ende des Tages so rechtskonform beschlossen worden.

Wenn Sie sich die Zahlen bei uns hinsichtlich der Rücklagen und der Jahresüberschüsse anschauen, dann könnte man auf die Idee kommen: Ach, Tempelhof-Schöneberg, denen geht es doch richtig gut! – Ich warne vor diesem ersten Blick. Lassen Sie uns genau hingucken! Ich möchte Ihnen das ganz kurz erläutern. Die Rücklagen in Höhe von mittlerweile 25 Mio. Euro sind von uns so gebucht worden wie im Abschlussrundsreiben von der Senatsverwaltung für Finanzen vorgegeben, das heißt, wir haben nicht in freie Rücklagen gebucht, sondern die Rücklagen selbst sind alle durch Baumaßnahmen belegt, bis auf einen Betrag von 3,5 Mio. Euro, der den Schulen für Lehr- und Lernmittel zur Verfügung steht. Also, wir haben keine freien Rücklagen.

Und für die Baumaßnahmen, die ich mir extra noch einmal habe auflisten lassen, sind bereits erhebliche Vorarbeiten geleistet. Hier Kürzungen vorzunehmen, ist sozusagen ein Eingriff in die kritische Infrastruktur, weil das mitunter auch Schulgebäude und dringend notwendige Erweiterungsbauten betrifft.

Bei den Jahresüberschüssen verhält es sich ähnlich. Da haben wir im Jahr 2022 mit einem Überschuss von 22 Mio. Euro umgehen dürfen, im Jahr 2023 in einer Größenordnung von 21 Mio. Euro. Diese Überschüsse sind vollständig im Haushaltsplan verwirklicht worden. Warum? – Weil Tempelhof-Schöneberg etwa 2016, 2017 noch zu den Bezirken gehört hat, die von der Einwohnerzahl her den vorletzten Platz ausgemacht hat, was die Personalausstattung anging. Wir hatten also die zweitschlechteste Personalausstattung von allen Bezirken und haben diesen Aufholprozess, auch bedingt durch Corona, immer noch nicht abgeschlossen. Das heißt, wir sind zwingend auf diese Mittel angewiesen, damit wir tatsächlich irgendwann mal zu einer vollständig durchschlagkräftigen Personalausstattung kommen.

Die Personalausstattung selbst, das habe ich kurz angetippt: Wir haben 330 vakante Stellen. Wir haben auch noch mal 84 zusätzliche Stellen hineingegeben, um diesen Aufholeffekt tatsächlich zu gewährleisten. Ja, auch wir haben Probleme mit der Stellenbesetzung, aber wir lassen nichts unversucht, um diese Gesamtsituation zu verbessern. Ich habe von meiner Vorgängerin ein Quereinsteigerprogramm geerbt, was sehr gut ist; das werden wir intensivieren. Das betrifft die Verwaltungsfachangestellten in den Bereichen E 9b und E 5. Das ist auch die überwiegende Anzahl von freien Stellen, die wir insgesamt haben. Mit anderen Worten, unsere Losung lautet: Wir werden nicht nur das Fachpersonal suchen, was uns für die Stellen

passt, sondern wir sind auch gehalten, das Personal auszubilden, weiterzuentwickeln, damit wir zu einer schlagkräftigen öffentlichen Verwaltung an der Stelle kommen können. Dafür haben wir die duale Ausbildung intensiviert. Ich war ja Stadtrat für Stadtentwicklung und Bauen. Zusammen mit meiner Vorgängerin haben wir die duale Ausbildung im Bereich „ArchitekturPlus“ auf den Weg gebracht und kooperieren dort mit der Beuth Hochschule. Ich appelliere an alle Bezirke, hier ihre Bedarfe anzumelden, damit diese Geschichte der dualen Ausbildung zu einer Erfolgsgeschichte werden kann. Wir arbeiten des Weiteren noch mit drei anderen Hochschulen zusammen und werden die Frage der dualen Ausbildung intensiv mit der Senatsverwaltung für Finanzen besprechen und beraten; wir hoffen sehr, dass wir hier einen Schulterchluss erreichen können, damit wir mehr in die Personalentwicklung gehen können.

Fort- und Weiterbildung ist für uns ein großes Thema. Wir haben gerade eine Bezirksamtsklausur hinter uns gebracht, wo wir uns das Thema Lebenszyklus einer Stelle noch einmal genau angeschaut haben, uns also die einzelnen Bereiche angesehen haben: Wie kommen wir zu einem optimierten Ablauf von Stellenbesetzungsverfahren? – Da ist natürlich die Frage der Fort- und Weiterbildung eine ganz entscheidende, denn sie betrifft unmittelbar das Personalhaltmanagement. Nur wenn wir den Menschen in unserer Verwaltung aufzeigen können, dass sie sich bei uns entwickeln können, haben sie auch Lust und große Motivation, bei uns zu bleiben. Fort- und Weiterbildung gehört an der Stelle auf jeden Fall dazu.

Ich würde zum Schluss kurz noch ein paar Problembereiche antippen, die aus meiner Sicht sehr wichtig sind. Wir haben in der letzten Legislaturperiode Gott sei Dank einen Aufwuchs bei der baulichen Unterhaltung für die schulischen Gebäude gehabt. Es ist der alten Regierung zu verdanken, dass wir hier eine Leitlinienanhebung gehabt haben. Das ist gut, denn so wirken wir dem Werteverfall der baulichen Substanz entsprechend entgegen. Leider haben wir das nicht bei den nichtschulischen Gebäuden gemacht, insoweit bin ich jetzt wirklich dankbar, dass durch das Rundschreiben zur Globalsumme am 1. März hier noch mal ein Aufwuchs festgestellt worden ist. Allerdings: Lassen Sie uns das wirklich strukturiert noch mal anschauen! Wir brauchen eine strukturelle Erhöhung dieser baulichen Unterhaltungsmittel. Hier im Bezirk Tempelhof-Schöneberg ist es bereits so, dass wir ganz automatisch 20 Prozent der Investitionsmittel für die bauliche Unterhaltung verwenden. Trotzdem kommen wir nicht hin. Wir stehen ab ungefähr August, September unter Wasser. Hier braucht es eine strukturelle Verbesserung.

Ganz zum Schluss möchte ich noch ein Nebenthema antippen, was aber die Bezirke mit betrifft. Das ist die Leitlinie Bürgerbeteiligung. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat hier in der letzten Legislaturperiode einen großen Prozess in Gang gesetzt. Ich will Ihnen nur sagen, dass in den Bezirken erhebliche Vorarbeiten vollzogen wurden. Die Mittelkürzungen, die jetzt in Rede stehen, gefährden diese ganzen Vorarbeiten. Sie sind mehr als halbiert worden, und wenn wir die Leitlinie der Bürgerbeteiligung ernst nehmen wollen, dann müssen wir den Prozess, den wir einmal angestoßen haben, auch konsequent zu Ende gehen. Zur Frage der Wirtschaftlichkeit, finde ich, gehört viel stärker auch der Blick: Was ist eigentlich bereits investiert worden? – Das sind alles Ressourcen, die mit Steuermitteln finanziert worden sind. Insoweit muss der Augenblick auch dafür verwendet werden, zu gucken: Was haben wir in den jeweiligen Bereichen bereits tatsächlich investiert?

Noch eine kurze Information zu den nicht verausgabten Personalmitteln: 2021 haben wir 3 Mio. Euro nicht verausgabte Personalmittel gehabt. Wir haben 198 erfolgreiche Stellenbesetzungsverfahren gehabt und 66 Verfahren, die abgebrochen werden mussten oder wo uns bereits erteilte Zusagen zurückgezogen wurden. Wir werden dies weiter intensivieren und glauben, dass wir mit der Bezirksamtsklausur im Rücken bei der Frage der Personalentwicklung große Fortschritte machen werden. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke, Herr Bezirksbürgermeister! – Ich eröffne die Frageunde und bitte um Wortmeldungen. – Frau Klein, bitte!

Hendrikje Klein (LINKE): Danke, Herr Vorsitzender! – Herr Bezirksbürgermeister! Ich sehe das ganz genauso mit den Anlaufstellen für die Bürgerbeteiligung der Bezirke. Da müssen wir als Koalition auf jeden Fall ran; im Koalitionsvertrag steht ja auch drin, dass die Mittel versteigt und nicht gekürzt werden sollen.

Meine Frage auch an Sie: Können Sie sich vorstellen, Pilotbezirk für die Kommunalisierung der Schulreinigung zu werden?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Gibt es weitere Wortmeldungen, die wir sammeln könnten? – Bitte schön, Herr Walter!

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Die Frage nach der Schulreinigung hätte ich auch gestellt, insofern bitte ich da gerne um weitere Erläuterungen.

Mich würde zum einen interessieren, ob die Mittel für die Stadtteilkoordination aus Ihrer Sicht hinreichend sind im Bezirk. Dazu habe ich unterschiedliche Sachen wahrgenommen, und es würde mich Ihre Einschätzung interessieren. Das andere ist: Das Rathaus Schöneberg ist schon länger eine Baustelle. Wie schauen da die Planungen des Bezirks aus?

Sie haben den Bereich der baulichen Unterhaltungsmittel schon angesprochen, die es jenseits der nichtschulischen Gebäude gibt. Vielleicht können Sie darauf noch mal eingehen, wie da die Auskömmlichkeit genau ausschaut. Das würde mich auch noch interessieren. So weit erst einmal, vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Dann, bitte schön, Herr Bezirksbürgermeister, haben Sie das Wort zur Beantwortung.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann (BA Tempelhof-Schöneberg): Bei der Rekommunalisierung der Schulreinigung muss ich jetzt gefährlich aufpassen, weil ich nicht für den Bereich zuständig bin. Das ist meine Vorgängerin. Wir haben praktisch die Jobs getauscht. Insoweit müsste ich diese Fragestellung weiterreichen. Ich möchte trotzdem gerne auf den Bereich kurz eingehen. Da gehen viele fachliche Angelegenheiten durcheinander. Was wir jetzt haben, ist eine Fortsetzung des Probetriebs der Tagesreinigung; den haben wir finanziert bekommen. Was wir aber noch nicht haben, ist der tatsächliche Einstieg in die Tagesreinigung, die eine erhebliche Verbesserung der Qualität mit sich bringt und ein wesentlicher Beitrag für gute Arbeit ist, weil dann nämlich wegfällt, dass man als Reinigungskraft mit friktionierten Arbeitszeiten umgehen muss, sondern für Familie und Beruf durchgängig planen kann. Zudem erhält man dann auch eine vernünftige Bezahlung, die in Tempelhof-Schöneberg auch bei der Fremdvergabe gewährleistet ist.

Ich will kurz vier Punkte bei der Rekommunalisierung antippen, die mir zu nennen sehr wichtig sind. Das eine ist das kleinste Thema, das ist, dass eine Entscheidung getroffen werden muss: Wer wird in den Bezirken für die Rekommunalisierung zuständig? Ist es das Schulamt, oder ist es FM? – Für Sie ist das eine Nebensache, aber es ist schon noch mal eine wichtige Herausforderung zu wissen, wie wir die Verwaltung an der Stelle aufstellen. Im Weiteren

müssen Sie sich klarmachen, dass Sie bei der Rekommunalisierung keine Experten dafür haben, eigene Reinigungskräfte anzuleiten. Die sind Experten für Fremdvergabe. Das heißt, Sie brauchen einen Dienstleister, der das Ganze begleitet, um einen solchen Aufbau hinzubekommen. Da reden wir nicht nur über den Aufbau von Reinigungskräften, sondern auch für Bereichs- und Objektleitung muss entsprechend vorgesorgt werden. Der kleinste Bereich macht da die Sachmittelinvestition aus. – Dann noch zwei Aspekte angetippt: Wir werden bei der Rekommunalisierung mit Mehrkosten rechnen müssen, denn wir wollen die Menschen ja besser bezahlen. Das liegt in der Natur der Sache, deswegen sage ich, dass unterhalb der Entgeltgruppe 2 niemand eingestellt werden kann. Dazu gehört natürlich auch, dass die Pilotprojektbezirke diese Mehrmittel kameral bekommen, dass sie aber gleichzeitig in der Kosten- und Leistungsrechnung an der Stelle neutral gestellt werden; es darf nicht so sein, dass ein Pilotprojektbezirk im Verhältnis zu den anderen Bezirken benachteiligt wird. Das sind vier Punkte, die für mich wesentlich sind, die erfüllt sein müssen.

Jetzt gebe ich auch noch mit auf den Weg: Wenn ich diesen Prozess auf der Landesseite angehen würde, würde ich mir nicht so sehr Gedanken darüber machen, wie wir diesen Personalaufwuchs in einem Markt hinkriegen, der auch heute schon umkämpft ist; das muss man sich klarmachen. Vielmehr würde ich mir eher Gedanken machen: Macht es nicht Sinn, ganz gezielt Reinigungsunternehmen selbst aufzukaufen, damit man auf bereits bestehende Strukturen aufsetzen kann? – Das könnte ein Erfolgsmodell sein, um die Rekommunalisierung anschieben zu können.

Dann wurde ich nach der Stadtteilkoordination gefragt. Ja, es ist schon so, dass wir mit dem Auslaufen des Quartiersmanagementgebiets froh waren, dass wir zusammen mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung eine Stadtteilkoordination finanzieren konnten. Aber, ich sage mal so: Der Sozialindex, der jetzt gerade herausgegeben wurde, macht noch mal deutlich, dass auch der Schöneberger Norden einen besonderen Bedarf hat. Ja, und wir haben hier noch mal eine Finanzierungslücke, die ich etwa bei 30 000 Euro ansehen würde. Das ist jetzt nicht die ganz große Nummer, aber was ich damit zum Ausdruck bringen will, ist, dass gerade einzelne Stellen eine besondere Wichtigkeit haben im Zusammenhang mit Netzwerken vor Ort. Da können dann 30 000 Euro eine extreme Wirkung entfalten.

Dann wurde ich nach der baulichen Unterhaltung im Zusammenhang mit dem Rathaus Schöneberg gefragt. Ich hatte ja kurz ausgeführt, dass wir bei der baulichen Unterhaltung der nichtschulischen Gebäude bereits am Anfang des Jahres 20 Prozent der I-Mittel hineingeben und trotzdem nicht hinkommen. Das Rathaus Schöneberg ist im Prinzip das Rathaus mit der Westberliner Geschichte schlechthin. Über die vielen Jahre der Unterfinanzierung in der baulichen Unterhaltung haben wir hier einen extremen Sanierungsstau aufgebaut. Zusammen mit den neuen Anforderungen an die Bautechnik – Stichworte: Brandschutzklappen, Modernisierung im Zusammenhang mit energetischer Modernisierung – ist allein für das Rathaus Schöneberg ein Investitionsstau von 90 Mio. Euro entstanden. Den werden wir natürlich nicht sofort abbauen können, vielmehr muss man das in kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen untersetzen. Ich kündige aber jetzt schon an, dass wir bei der nächsten Investitionsplanung diese bauliche Situation auf jeden Fall anmelden müssen. In der Zwischenzeit lügen wir uns ein bisschen dahin, indem wir Mittel aus der baulichen Unterhaltung schwerpunktmäßig im Rathaus Schöneberg ausgeben. Das betrifft vor allem die Elektroleitungen, mit dem Ergebnis, dass man durch die Flure läuft und überall offene Wände hat, da man sie nicht verschließen will, weil man ja weiterbauen möchte. Keine gute Situation, kann ich Ihnen sagen. Aber ich

glaube ganz fest, dass wir, wenn wir ein gelungenes Programm aufsetzen, kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen aufzeigen können, das Rathaus Schöneberg in den nächsten zehn Jahren saniert bekommen, wenn es denn der politische Wille auch des Abgeordnetenhauses ist. Aber ich kann nur noch mal sagen: Das Rathaus Schöneberg ist das Rathaus mit der Westberliner Geschichte – John F. Kennedy, Willy Brandt, Ernst Reuter –, das darf man sozusagen nicht vor die Hunde gehen lassen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister! – Gibt es Wortmeldungen bzw. Berichtswünsche? Das ist nicht der Fall.

Wir müssen spätestens nach drei Stunden, also um 13 Uhr, eine Lüftungspause durchführen. Ich vermute, dass wir den Bezirk Neukölln nicht mehr schaffen. Ich schau mal in die Runde, ob da möglicherweise viel Redebedarf oder Fragebedarf besteht, allerdings möchte ich das auch nicht gehetzt durchführen. Deswegen würde ich eher vorschlagen, wir machen jetzt eine Pause von 30 Minuten und treffen uns um 13.15 Uhr wieder hier, um die Sitzung fortzusetzen. – Herr Bezirksbürgermeister Oltmann! Ich wünsche Ihnen einen schönen Tag und alles Gute für Sie! – Wir sehen uns hier um 13.15 Uhr.

[Lüftungspause von 12.43 bis 13.20 Uhr]

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie, Platz zu nehmen, damit wir mit der Sitzung fortfahren können. – Ich rufe den nächsten Bezirk auf.

08 - Neukölln

Ich begrüße Herrn Bezirksbürgermeister Hikel in unserer Runde – herzlich willkommen! Auch Sie haben am Anfang die Gelegenheit zu einem fünfminütigen Statement, bitte schön, ich erteile Ihnen das Wort!

Bezirksbürgermeister Martin Hikel (BA Neukölln): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich glaube, zur Struktur des Aufstellungsverfahrens der Bezirkshaushalte haben Sie von den Kolleginnen und Kollegen der ersten Runde schon eine Menge gehört. Ich möchte Ihnen aber gerne noch mal ein, zwei Dinge zum Bezirk Neukölln mitteilen. Sie haben es, glaube ich, sowohl in der Koalitionsvereinbarung als auch in verschiedenen Statements der Koalition und des Senats gelesen, dass die Bezirke das Fundament dieser Stadt sind, gerade was Dienstleistungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern betrifft, gerade was beispielsweise Beschwerden angeht. Wenn Menschen Sorgen und Nöte haben, kommen sie immer zuerst bei den Bezirken an, oftmals bei Stadträtinnen und Stadträten, bei Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Dementsprechend ist die Formulierung Fundament der Stadt eine sehr treffende. Genau deshalb stehen wir vor der großen Herausforderung, unter einem pandemiegeplagten Haushalt auf der einen Seite und auf der anderen Seite der Notwendigkeit der Stabilität von Aufgaben, die wir den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber erbringen wollen, einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen.

Der Bezirk Neukölln hat unter den Maßgaben der Beachtung von Zielvereinbarungen, die wir miteinander geschlossen haben, Leitlinien, die wir veranschlagt haben, Veranschlagungsvorgaben, der Wahrung von Teilbudgets einen Bezirkshaushaltsplan mit einem Gesamtvolumen von erstmals über 1 Mrd. Euro aufgestellt. Zugegebenermaßen eine relativ hohe Zahl, aber sie relativiert sich relativ schnell, wenn wir uns den Z- und T-Teil anschauen und sehen, dass davon 750 Mio. Euro durch Transferausgaben so oder so schon gebunden sind. Damit sind wir als Bezirk da ein Durchlauferhitzer. Dementsprechend zeigt es auch ein Stück weit, wenn wir noch hinzunehmen, welche Leitlinien, welche Vorgaben wir haben, das wurde vorhin schon gesagt, welche Steuerungsmechanismen wir haben.

Wir haben unsere Überschüsse aus den Jahren 18 und 19, unsere Überträge, die uns durch die Neutralstellung in 20, 21 dankenswerterweise in den letzten beiden Jahren enorm viel Sicherheit gegeben haben, selbstverständlich auch im Bezirkshaushaltsplan mit verausgabt und veranschlagt; sie sind also in den Ausgaben beinhaltet. Trotz alledem, muss ich Ihnen mitteilen, haben wir im laufenden Jahr eine pauschale Minderausgabe in Höhe von rd. 6 Mio. Euro zu veranschlagen und eine pauschale Minderausgabe im nächsten Jahr von rd. 9,3 Mio. Euro, die bei uns im Haushaltsplan steht. Damit ist sie wir zwar unter der 1-Prozent-Hürde, aber sie ist trotzdem existent, und damit müssen wir uns in den nächsten Wochen und Monaten im Rahmen der Haushaltswirtschaft und im Rahmen der Beschlüsse, die auch dieses Haus treffen wird, auseinandersetzen.

Wir als Bezirk haben uns vorgenommen, und dafür haben wir entsprechende Vorsorge getroffen, in diesem Jahr eine Parkraumbewirtschaftung einzuführen, um den öffentlichen Raum ein Stück weit zu steuern – als ein neues Instrument des Bezirks Neukölln auf der einen Seite. Auf der anderen Seite möchte ich aber auch nicht verhehlen, dass es uns große Sorgen momentan macht, dass beispielsweise die Mittel, die uns für die Umsetzung der Bürgerbeteiligung in den letzten beiden Jahren zur Verfügung gestanden haben, momentan etwas geringer erscheinen in der Erwartung. Das möchte ich Ihnen für den Bezirk Neukölln exemplarisch darstellen, weil es uns große Sorgen macht: Wir haben mit der Umsetzung der Leitlinien des Landes, diese auf den Bezirk Neukölln übertragen, im letzten Jahr bereits entsprechende Anlaufstellen in der Zivilgesellschaft geschaffen und die 250 000 Euro dementsprechend komplett verausgabt. Wir gingen immer davon aus, dass diese auch in diesem Jahr zur Verfügung stehen. Wenn sie reduziert werden, bedeutet das faktisch das Einstellen der zivilgesellschaftli-

chen Seite von Beteiligungsverfahren, was ich für sehr misslich halte. Darum wäre hier noch mal mein dringender Appell, dass Sie sich dem Thema Beteiligung noch mal intensiver widmen, denn ich bin fest davon überzeugt, ich habe es eingangs gesagt: Die Bezirke sind das Fundament der Stadt. Hier kommen die Menschen zuerst an, entsprechend kommen sie auch sehr schnell bei Fragen der Beteiligung bei uns an. Darum wäre es mir ein großer Wunsch, wenn wir unsere ersten Maßnahmen, die ersten Dinge, die wir umgesetzt haben, mit dem Mitmach-Laden im Bezirk Neukölln, entsprechend fortsetzen können. Ich glaube, die anderen Bezirke haben ebenfalls Interesse daran, so etwas umzusetzen und fortzusetzen, insofern wäre das mein Petitum, mein Wunsch.

Zur Frage der Nichtbesetzungsquote unserer Stellen: Wir sind momentan ungefähr bei 7,5 Prozent an nicht besetzten Stellen im Bezirk Neukölln. Zur Frage, wie lange ein Stellenbesetzungsverfahren dauert: Da ist immer die Frage, welchen Zeitraum Sie in den Blick nehmen. Wenn Sie von der Ausschreibung bis zum Besetzungsvorschlag rechnen, also bis eine Person vorgeschlagen ist, dann brauchen wir im Schnitt 2,4 Monate. Das klingt erst einmal schnell, aber es wird natürlich ganz schnell langsamer, wenn Sie ein neues Aufgabenfeld haben, wenn sich eine Stelle verändert; dann müssen Sie die BAK verändern, die Stellen müssen neu bewertet werden, entsprechende Beteiligungsverfahren müssen stattfinden, und dann haben Sie plötzlich, wenn eine Stelle mit einer neuen Aufgabe in den Bezirk kommt, einen wesentlich längeren Zeitraum. Darum möchte ich die 2,4 Monate hier nennen, doch ich weiß sehr wohl, das möchte ich ehrlichkeitshalber hinzufügen: Das dauert in der Praxis wesentlich länger, wenn Aufgaben sich in den jeweiligen Stellen ein Stück weit verändern oder korrigieren. – Ich würde es dabei belassen und freue mich auf Ihre Fragen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister! – Ich eröffne die Fragerunde und erteile das Wort dem Abgeordneten Ziller. Bitte schön, Herr Kollege!

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich habe zwei Punkte. Alle Bezirke haben gesagt, sie brauchen bei den Bürgerbeteiligungsstellen mehr oder jedenfalls keine Kürzungen. Wenn ich es richtig verstehe, sind es bisher Mittel, die zur auftragsweisen Bewirtschaftung zur Verfügung stehen. Vielleicht könnte man im Rahmen des Nachschauberichts das mal aufgreifen und diskutieren, ob es im Sinne einer Überführung von Sonderprogrammen in die Globalsummen, in die Bezirkshaushalte nicht effizienter aufgehoben ist. In dem Maße könnten wir dann diskutieren, ob man nicht zumindest die Kürzung – wie man damit umgeht und das abbildet. Es scheint mir so, dass es in allen Bezirken eine originäre Aufgabe sein soll, und dann braucht es in meinen Augen dafür kein Sonderprogramm. Das haben wir in der letzten Legislatur begonnen; vielleicht ist das ja ein Weg, den wir uns mal näher angucken könnten.

Die zweite Frage, auch zu den Stellenbesetzungen: Ich habe bei den 2,4 Monaten genau hingehört. Sie hatten zum Ende des Jahres 16 unbesetzte Stellen in den Bürgerämtern. Das ist ein Drittel der freien Stellen bei allen Bürgerämtern im Land Berlin. Jetzt sind die 2,4 Monate um. Sind die alle besetzt, oder wie ist da der Stand? Wir haben ja ein großes Interesse, bei den Terminen in den Bürgerämtern voranzukommen. Da ist der erste Schritt, die verfügbaren Stellen zu besetzen. Da, vermute ich, muss auch keine BAK geändert werden, da könnte man wahrscheinlich die bestehende nehmen. Wie ist hier der Stand?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Ich würde die Fragen gerne wieder sammeln. – Frau Klein, bitte!

Hendrikje Klein (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ja, die Anlaufstellen! Ich persönlich wäre dafür, wenn wir es vielleicht für diesen Doppelhaushalt noch im 2712er machen, weil die sozusagen alle noch zu 100 Prozent ins Laufen kommen müssen. Ich weiß, Lichtenberg hat letzte Woche eröffnet. Es fehlen, glaube ich, noch zwei oder so, die demnächst noch eröffnen, und dass man dann über den nächsten Doppelhaushalt quasi – –

Und nein, wir müssen uns nichts vormachen, die Menschen, die sich beteiligen wollen, sind da, egal ob es eine Anlaufstelle gibt oder nicht. Und da ist es natürlich wesentlich klüger, dass es diese Anlaufstelle gibt, die dann mit den Menschen zusammen das alles sortiert und in gute Wege leitet, damit am Ende etwas Gutes dabei herkommt. Wir kümmern uns.

Auch an Sie meine Frage: Können Sie sich vorstellen, Pilotbezirk für die Kommunalisierung der Schulreinigung zu werden?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Wenn es weiter keine Wortmeldungen gibt, dann gebe ich das Wort Herrn Bezirksbürgermeister Hikel zur Beantwortung – bitte schön!

Bezirksbürgermeister Martin Hikel (BA Neukölln): Vielen Dank! – Vielen Dank auch noch mal für die Unterstützung der Bürgerbeteiligung in den Bezirken! Lassen Sie mich noch ergänzen, dass die Anlaufstellen natürlich auch eine hervorragende Ergänzung für die jeweiligen Fachämter sind, gerade für die Grünflächenämter, die im öffentlichen Raum umbauen müssen, die oftmals nicht die Ressourcen und vor allem die Expertise haben, solche Verfahren durchzuführen. Insofern ist das natürlich in den Bezirken eine sinnvolle Ergänzung; das anzumerken sei mir noch gestattet.

Zu den Stellenbesetzungen in den Bürgerämtern: Sehr geehrter Herr Ziller! Ich habe das auch mit Erstaunen gelesen, die Anzahl. Das konnte mir mein Bürgeramt an der Stelle nur insofern erklären, als die Kolleginnen und Kollegen Zahlen gemeldet haben, die mittlerweile eigentlich nicht mehr aktuell sind. Wir sind im Bezirksamt Neukölln, im Bürgeramt, so organisiert, dass die Kolleginnen und Kollegen sowohl Front- als auch Backoffice haben, das heißt, faktisch haben wir insgesamt 69 Kolleginnen und Kollegen, die in den Bürgerämtern arbeiten. Davon sind eine knappe Handvoll für Führungsaufgaben, organisatorische Aufgaben zuständig. Der Rest sind Kolleginnen und Kollegen, die im Bürgeramt tätig sind und den Service für die Bürger/-innen erbringen. Davon ist meines Erachtens diese Zahl signifikant gesunken. Ich kann Ihnen das gerne noch mal raussuchen und dem Ausschuss nachliefern, wenn Sie daran Interesse haben. Aber ich kann Ihnen versichern, dass dort die Besetzungszahl auf weniger als eine Handvoll reduziert sein sollte. Das ändert sich natürlich von Periode zu Periode, aber meines Erachtens hat sich dort einiges getan, und diese Zahlen sollte nicht mehr aktuell sein.

Zur Frage der Rekommunalisierung der Schulreinigung hat Kollege Oltmann bereits einiges, auch zu den Implikationen, gesagt, die ich ausdrücklich teile. Wir als Bezirk Neukölln haben einen entsprechenden Bürgerinnen- und Bürgerentscheid im Bezirk gehabt. Es gab die Initiative „Schule in Not“, die mit einer großen Mehrheit in der BVV das Bezirksamt aufgefordert hat, sich für die Rekommunalisierung einzusetzen. Seitdem stellt sich die Frage, in welcher Art und Weise diese Rekommunalisierung stattfindet. Da war die Frage: Machen es die Kolleginnen und Kollegen im Bezirksamt selbst, also sind sie bei uns angestellt und Mitarbeiter/-innen des Bezirksamtes? Oder sind es Menschen aus landeseigenen Betrieben?

Ich kann Ihnen sagen, dass ich sehr wohl als ein Pilotbezirk zu Verfügung stehen würde, allerdings nicht bedingungslos. Ich sage gleich von vornherein: Die Herausforderungen sind schon genannt worden. Wenn Sie die Rekommunalisierung über bezirkseigenes Personal umsetzen wollen würden, dann haben Sie immer noch einen Overhead, den sie faktisch mitbegleiten müssen, also die Schnittstellen, Personalservice. Sie müssen gegebenenfalls noch Führungspositionen, Gruppenleitungen einführen. Das ist relativ viel Aufwand, relativ viel Infrastruktur, weshalb das gut überlegt sein muss und wo wir auch durchaus sagen können, es kommt auf den Umfang eines solchen Pilotprojekts an, wie viele Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden müssen. Ich kann Ihnen aber durchaus sagen, dass ich gerne beispielsweise bereit bin, ein Los, was wir regelmäßig in der Vergabe, wenn wir die Schulreinigung vergeben, zur Verfügung stelle, um es für beispielsweise einen Piloten landeseigener Betrieb à la Kita-Eigenbetrieb einzusetzen, je nachdem, welches Modell Sie präferieren und umsetzen wollen, dass ich also durchaus so ein Los zur Verfügung stellen würde und könnte, um dort mal eine solche Rekommunalisierung durchzuführen, gerne auch mit eigenem Personal. Da kommt es aber darauf an: Wie ist die Zuweisung? Wie sind die Auswirkungen auf die jeweiligen Produkte? Hat das Auswirkungen, gibt es eine Sonderkalkulation? – Davon, möchte ich hier zumindest auch der Transparenz wegen sagen, würde ich meinen Enthusiasmus für ein solches Pilotprojekt ein Stück weit abhängig machen. Aber im Grundsatz ja. Und ich fühle mich auch dem Bürgerinnen- und Bürgerentscheid im Bezirk Neukölln verpflichtet, das mit umzusetzen; ich halte es auch für sinnvoll.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister! – Gibt es weitere Wortmeldungen oder Berichtswünsche? – Das ist nicht der Fall. – Dann bedanke ich mich und wünsche Ihnen einen angenehmen Heimweg und noch einen schönen Tag.

Wir kommen zum nächsten Bezirk.

09 - Treptow-Köpenick

Ich begrüße Herrn Bezirksbürgermeister Igel und seine Mitarbeiter herzlich. – Ich gebe Ihnen das Wort für ihr fünfminütiges Eingangsstatement, bitte schön, Herr Bezirksbürgermeister!

Bezirksbürgermeister Oliver Igel (BA Treptow-Köpenick): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen und Herren! Ich werde begleitet von Frau Kassner und Herrn Dr. Perwin. Herzlichen Dank für die Möglichkeit, dass wir hier als Bezirke im Rahmen der ersten Haushaltsberatung über die Bezirkshaushalte wieder angehört werden!

In der Tat, es gibt ein paar Phänomene, die bei uns genauso sind wie in anderen Bezirken. Wir haben auch dieses Mal eine höhere Haushaltszuweisung bekommen; wir liegen jetzt bei etwa 730 Mio. Euro pro Jahr. Das ist deutlich weniger als Neukölln, aber das hat bestimmte Gründe. Der Wert unseres Haushalts ist also deutlich gestiegen, aber die Spielräume sind wieder etwas geringer geworden. Auch das ist kein neues Phänomen, sondern das ergibt sich aus der Tatsache, dass ein Großteil auch unseres Haushaltes aus gesetzlichen Pflichtleistungen, aus Sozialleistungen besteht. Die Spielräume werden aber immer mehr auch eingeengt durch Leitlinien, die gemacht werden, durch Veranschlagungsvorgaben, die uns dazu bringen, den Haushalt so aufzustellen, wie er quasi gewünscht oder erwartet wird.

Wir haben weniger Spielräume auch dadurch, dass uns gelegentlich Geld noch im Nachhinein weggenommen wird. Die Frage von Herrn Balzer kam so häufig: Was lassen wir eigentlich an Personalmitteln liegen? – Auch wir geben nicht 100 Prozent unserer Personalmittel aus. Wir schätzen, dass wir im vergangenen Jahr 1,5 Mio. Euro nicht verausgabt haben. Aber die freundlichen Kolleginnen und Kollegen von SenFin nehmen uns das ja dann auch zu einem guten Teil wieder weg, was dazu führt, dass wir in der Folge in den kommenden Jahren weniger Spielräume haben, um Stellen zu finanzieren, die wir dann vielleicht auch tatsächlich mal besetzen können und die wir dringend brauchen. Also, darauf sollte ein Augenmerk gelegt werden.

Sehr häufig ist heute auch Thema gewesen, wie sich die Bewirtschaftungsausgaben entwickeln. Wir wissen natürlich aus den vergangenen Jahren, dass die Kosten für die Unterhaltung, für die Bewirtschaftung der Dienstgebäude und Schulen stetig gestiegen sind. In der aktuellen sehr, sehr unsicheren Situation – wir merken das im privaten Bereich – erwarten wir noch viel mehr Kostensteigerungen. Das konnte natürlich kein Bezirk vorhersehen, und man wird sich darüber unterhalten müssen, wie das ausgeglichen werden kann, und zwar im Nachhinein. Ich bitte Sie also, auch darauf unbedingt ein Augenmerk zu legen.

Wir haben in der Vergangenheit aber auch politische Schwerpunkte gesetzt, die im Bereich der Bewirtschaftungsausgaben liegen. Sie haben es angesprochen, das ist die Tagesreinigung in Schulen. Wir waren einer der ersten Bezirke, die die Tagesreinigung in Schulen konsequent eingeführt haben, erst modellhaft, jetzt inzwischen flächendeckend. Um Ihnen mal zwei Zahlen zu nennen: Wir haben im Haushaltsjahr 2015 noch 2,8 Mio. Euro für die Reinigung in den Schulen ausgegeben. Im vergangenen Jahr waren es 5,3 Mio. Euro. Dahinter stehen jetzt nicht allein Kostensteigerungen, sondern auch eine erhebliche Verbesserung der Reinigungsleistung wie auch der Qualität in allen Schulen. Wir merken das an einer höheren Zufriedenheit der Schülerinnen und Schüler, aber auch der Lehrerinnen und Lehrer. Wir merken es an sehr viel weniger Mängelanzeigen, Beschwerden; das hat sich auf jeden Fall gelohnt, da haben wir einen wesentlichen Schritt gemacht. Diesen Schritt mussten wir als Bezirk allerdings allein finanzieren. Es gab für diese Steigerung keine Zuweisung. Wir haben jetzt erfreulicherweise mehr Geld für die Tagesreinigung an den Schulen bekommen, jetzt noch mal, aber in den vergangenen Jahren haben wir die Kosten stets auch aus anderen Bereichen decken müssen.

Wir haben also auch noch Mittel aus anderen Bereichen herangezogen, um umzusetzen, dass wir an allen Schulen die Tagesreinigung haben.

Ich begrüße sehr, dass Sie ebenfalls mehr Mittel für den baulichen Unterhalt im nichtschulischen Bereich gegeben haben. Das wird allerdings, und ich bitte Sie, auch darauf ein Augenmerk zu legen, eine Herausforderung: In Zeiten der vorläufigen Haushaltswirtschaft können wir auf diese Mittel erst im zweiten Halbjahr zugreifen. Ich bitte Sie einfach darum, dass es nicht zulasten der Bezirke geht – bezüglich dieser Mehrmittel, die wir jetzt zusätzlich bekommen haben –, dass am Ende des Jahres gesagt wird: Na, das habt ihr ja gar nicht ausgegeben! – Stattdessen wäre es gut und wichtig, und da schließe ich mich den Vorträgen der Kolleginnen und Kollegen an, dass auch in der baulichen Unterhaltung im nichtschulischen Bereich mehr gemacht werden kann. Das wird auch im nächsten Jahr notwendig sein, und das kann und muss nachgeholt werden.

Wenn ich sage, dass der Haushalt immer größer geworden ist, dass die Spielräume kleiner sind, dann muss ich noch den dritten Aspekt nennen. Der dritte Aspekt ist, dass die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger sehr, sehr stark steigen. Das haben wir beim Thema Bürgerbeteiligung jetzt gehört; wir waren auch einer der ersten Bezirke mit einer Anlaufstelle für Bürgerbeteiligung. Wir stehen vor einem Desaster, wenn wir das, was wir gerade begonnen haben, wieder um die Hälfte zurückfahren müssen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein sehr, sehr starkes Interesse daran, dass Bürgerbeteiligung ernst genommen und durchgeführt wird und dass nicht neue Modelle eingeführt werden, neue Anlaufstellen geschaffen werden, die im Folgejahr wieder um die Hälfte gekürzt werden. Das kann nicht funktionieren.

Die Ansprüche sind aber natürlich auch sehr hoch, was die Frage betrifft, in welcher Taktung man Dienstleistungen der Bezirke in Anspruch nehmen möchte. Da gab es heute schon das Thema Bürgerämter: Man möchte schnell einen Termin haben. Das Gleiche gilt aber im Grunde für Elterngeldstellen, für die Sozialämter und andere Bereiche, wo es einen hohen Kundenkontakt und auch ein Bedürfnis gibt, seine Anliegen möglichst schnell erledigt zu sehen. Wir stoßen an personelle Grenzen, wenn dort Stellen nicht besetzt werden können, wenn Personal in einer hohen Fluktuation woanders hingehht und wir die Dienstleistungen der Bürgerinnen und Bürger nicht so schnell erledigen können.

Das sind, wie Sie merken, im Grunde genommen ähnliche Themen wie in den anderen Bezirken. Ich habe versucht, Ihnen noch ein paar Dinge mit auf den Weg zu geben, zu denen ich mir Ihre Unterstützung wünsche, insbesondere bei den Bewirtschaftungsausgaben. Also nicht nur die Kostensteigerungen, die wir jetzt haben; die sollten nicht dazu führen, dass die Bezirke in den kommenden Jahren erheblich kürzen müssen, weil wir dann nur noch dabei sind, die Bewirtschaftungsausgaben in unseren Haushalten zu finanzieren. Ich bitte, dass die bauliche Unterhaltung im nichtschulischen Bereich unterstützt wird. Und die letzte Bitte lautet, beim Richtwert Personal keine Kürzungen der Bezirke vorzunehmen, die diesen Richtwert aus objektiven Gründen nicht erreichen können, denen dadurch aber Spielräume für die kommenden Jahre bei Schaffung und Finanzierung von Personalstellen genommen werden. – Vielen herzlichen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister! – Ich eröffne die Fragerunde und bitte um Wortmeldungen. – Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann haben Sie,

Herr Bezirksbürgermeister, relativ lang für einen relativ kurzen Auftritt gewartet. Ich wünsche Ihnen und Ihren Mitarbeitern einen schönen Tag.

Ich komme zum nächsten Bezirk.

10 - Marzahn-Hellersdorf

Ich begrüße die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Frau Zivkovic und ihre Mitarbeiterinnen. – Ich gebe Ihnen das Wort für Ihr fünfminütiges Eingangsstatement, bitte schön!

Stellv. Bezirksbürgermeisterin Nadja Zivkovic (BA Marzahn-Hellersdorf): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank, dass wir die Möglichkeit haben, hier zu sprechen! Als Erstes möchte ich Ihnen die Damen an meiner Seite vorstellen, wobei ich dachte, wir sitzen hier zu dritt. Frau Dr. Haupt, Steuerungsdienst, sitzt dort hinten. Frau Lutzke sitzt links von mir, zuständig für Finanzen, Frau Salti, für Personal zuständig, sitzt rechts von mir.

Vieles haben Sie schon gehört, vieles wäre redundant, aber Kommunikation lebt davon, dass diese redundant ist. So möchte ich mich einer Formulierung, die Herr Hikel genutzt hat, die ich sehr schön finde, anschließen, und das ist jene, dass die Bezirke das Fundament der Stadt sind. Natürlich sehen Sie bei dieser Formulierung, dieser Metapher jetzt auch vor sich: Das Fundament muss immer stabil sein, damit das Haus auch funktionieren kann, damit man darauf bauen kann. Genauso ist es. Wenn die Bezirksämter nicht gut funktionieren, funktioniert diese Stadt nicht. Damit die Bezirksämter gut funktionieren können, auch das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, müssen wir personell und finanziell gut ausgestattet sein. Die Kolleginnen und Kollegen vor mir haben es schon benannt, sei es die IT-Ausstattung, sei es die bauliche Unterhaltung – das sind alles Dinge, die es braucht, damit wir als Arbeitgeber attraktiv sind, damit wir junge Menschen dafür gewinnen können, bei uns zu arbeiten. Das ist entscheidend, damit wir die Dienstleistungen der Stadt erbringen können und die Bürgerinnen und Bürger, die bei uns als Erstes auflaufen, wirklich zufrieden mit der erhaltenen Dienstleistung bei uns herausgehen und diese auch schnell bekommen. Wie gesagt, es ist redundant, deshalb möchte ich mich an der Stelle nicht weiter damit aufhalten.

Wir haben natürlich auch, pandemiegeplagt wie wir als Bezirksamt waren, Sie kennen das alles selbst – wir hatten aufgrund von Corona sehr viele Ausfälle –, einen Haushalt aufgestellt. Im Schnitt benötigen wir 820 Mio. Euro pro Haushaltsjahr. Davon sind, genauso wie bei allen anderen Bezirken, ca. zwei Drittel für Transferausgaben veranschlagt. Der Bereich, wo wir flexibel sind, ist also ausgesprochen gering.

Wenn Sie schon länger dabei sind, kennen Sie vielleicht die Geschichte von Marzahn-Hellersdorf. Wir wissen, wie man spart. Das haben wir jahrelang bewiesen. Das haben wir auch in dem Haushalt wieder bewiesen. Wir waren ganz froh, dass wir mal keinen Konsolidierungshaushalt aufstellen mussten, vielmehr hatten wir ein bisschen zukunftsfröhlich nach vorne geblickt. Das hat sich aber aufgrund von Corona und der Krise, in der wir im Moment stecken, wieder ein wenig überholt. Natürlich ist unser Haushalt verfassungskonform; 1 Prozent PMA haben wir natürlich eingehalten. Um das zu erreichen, mussten wir leider auch das positive Ergebnis von 2018 und 2019 auflösen.

In beiden Jahren haben wir einen Personalaufbau von ca. 50 Stellen pro Jahr. Das ist, wie ich vorhin schon sagte, auch notwendig, um die Dienstleistungen zu erfüllen. Es wäre natürlich wünschenswert, wenn es noch mehr werden würde. – So weit von mir.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen herzlichen Dank! – Ich eröffne die Fragerunde. Herr Ziller – bitte!

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich habe zwei Nachfragen. Vielleicht können Sie noch ein paar Worte zur Personalakquise sagen. Ich weiß, dass Marzahn-Hellersdorf da auch immer Schwierigkeiten hat. Wenn man die Bürodienstgebäude sieht, dann überlegt man sich seine Bewerbung noch einmal. Wie ist da der aktuelle Stand? Klappt es gerade besser oder schlechter? – [Zuruf] – Das wurde mir zugetragen!

Meine zweite Frage: Wir hatten zum letzten Haushalt die Diskussion um die Mehrmittel Grünflächen. Im Rahmen der Nachschau kriegen wir da einen Bericht. Wie lief das in Marzahn-Hellersdorf im letzten Haushaltsjahr? Falls es da wieder Schwierigkeiten gab, die Mehrmittel Grün auszugeben: Vielleicht könnten Sie noch mal ausführen, wie die Planung in die Zukunft gerichtet ist – das dann gerne Richtung Nachschaubericht. Aber mich würde heute schon eine kurze Info interessieren, ob es dasselbe Problem gibt wie im Jahr davor oder ob es gelöst ist.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Dr. Schmidt, bitte!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank! – Ich gehe mal davon aus, dass das auf den Zustand der Gebäude gemünzt ist und nicht auf etwas anderes, denn natürlich hat Marzahn-Hellersdorf das Problem, dass der Durchschnitt der Beschäftigten der höchste in ganz Berlin ist. Viele Kolleginnen und Kollegen scheiden dadurch ganz regulär in den Ruhestand aus. Trotzdem fällt Marzahn-Hellersdorf seit geraumer Zeit immer wieder dadurch auf, dass Sie die höchsten nicht verbrauchten Personalmittel haben; eine bessere Formulierung andersherum fällt mir gerade nicht ein. Ich würde gerne noch mal hinterfragen, was der Bezirk hier macht, um Personal einzustellen. In dem Zusammenhang möchte ich auch fragen, wie lange die Bewerbungsverfahren inzwischen dauern.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Dann haben Sie, Frau Bezirksstadträtin, die Gelegenheit, zu antworten. Bitte schön!

Stellv. Bezirksbürgermeisterin Nadja Zivkovic (BA Marzahn-Hellersdorf): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich frage mich natürlich als Erstes, wo sich Herr Ziller herumtreibt. Wenn es vielleicht die Revierstützpunkte waren, dann könnte das stimmen; die sind teilweise wirklich in einem desolaten Zustand und bedürfen der baulichen Unterhaltung und Verbesserung, um auch da einen guten Arbeitsplatz zu gewährleisten.

Bezüglich der Personalakquise, Sie hatten es schon genannt, Frau Dr. Schmidt: Wir haben eine sehr hohe Altersdurchsetzung; die Mitarbeiter/-innen sind im Durchschnitt mehr als 50 Jahre alt. Das bringt natürlich eine hohe Fluktuation mit sich. Wir nutzen verschiedene Möglichkeiten, zum Beispiel mit dem dualen Studium. Der Kollege hat es vorhin schon dargestellt und auch darum geworben, dass man es wahrnimmt.

Bezüglich der Bewerbungsfristen kann man pauschal nicht sagen, wie lange es braucht, um eine Stelle zu besetzen. Wir haben ein sehr intensives Controlling; das wurde unter der ehemaligen Bezirksbürgermeisterin eingeführt. Da sitzen wir monatlich mit der Serviceeinheit Personal zusammen und schauen uns jede einzelne Stelle an: Wie lange ist sie schon da? Wo liegt sie gerade? Ist sie beim Personalrat oder woanders? Wo hakt es? – Da kommt es sehr auf die einzelne Stelle an, denn jede Stelle ist unterschiedlich. Sie kriegen die eine Stelle besser besetzt als eine andere. Wenn ich jetzt zum Beispiel im Gesundheitsbereich schaue, haben wir da starke Probleme. Ich bin sehr dankbar für die Fachkräftezulage, aber die müsste höher ausfallen. Da muss man sich einfach mal ehrlich machen: Wenn wir uns da mit der Wirtschaft vergleichen, sind wir kein attraktiver Arbeitgeber, weil wir einfach zu wenig zahlen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Gibt es weitere Wortmeldungen oder Berichtswünsche?

Stellv. Bezirksbürgermeisterin Nadja Zivkovic (BA Marzahn-Hellersdorf): Ich habe die Frage nach den Grünanlagen von Herrn Ziller vergessen. – Das muss ich Ihnen in der Nachschau nachreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Gibt es weitere Berichtswünsche oder Wortmeldungen, weiteren Fragebedarf? – Das ist nicht der Fall. – Dann bedanke ich mich bei Ihnen, Frau Stadträtin, und Ihren Mitarbeiterinnen und wünsche Ihnen noch einen schönen Tag.

Ich rufe den nächsten Bezirk auf.

11 – Lichtenberg

Ich begrüße Herrn Bezirksbürgermeister Grunst und seine Mitarbeiterin. – Für Ihr fünfminütiges Eingangsstatement gebe ich Ihnen gerne das Wort, bitte schön!

Bezirksbürgermeister Michael Grunst (BA Lichtenberg): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Links neben mir sitzt meine Finanzchefin, Frau Hänisch. Vielen Dank für die Möglichkeit, den Bezirkshaushaltsplan in Kürze vorzustellen!

Ich fange gleich mal mit einer anderen Zahl an: 300 000. In der letzten Woche haben wir den 300 000. Lichtenberger begrüßt. Das sind 50 000 Menschen mehr, als vor zehn Jahren in Lichtenberg gelebt haben. Das ist, glaube ich, auch exemplarisch dafür, wie die Wachstumsprozesse gerade ausfallen. Das ist aber eine schöne Aufgabe, die wir haben, denn dass das passiert – dass Menschen wieder nach Berlin ziehen, dass Menschen eine Familie gründen –, das wollten wir schon immer. Das hat natürlich auch die entsprechenden Folgen – dass wir Wohnungsbau bringen müssen; da erbringen wir die nötigen Zahlen, glaube ich, mit 2 000 neuen Wohnungen pro Jahr, die wir als Lichtenberg an den Start bringen. In der Folge wachsen natürlich auch die Infrastrukturbedarfe mit, was Kitas und Schulen betrifft. Hier wünschen wir uns durchaus, dass das Tempo beibehalten wird, gerade was die Kitaausbauprogramme, was die Schulbauoffensive betrifft – dass vielleicht doch nicht jede Maßnahme gestreckt wird, denn wir brauchen wirklich dringendst Schulplätze.

Das Zweite ist, dass natürlich auch der Bezirkshaushalt wächst, wenn auch nur um 3 Prozent, in Anführungsstrichen, im Vergleich zum vorherigen Doppelhaushalt. Wir haben derzeit ein Haushaltsvolumen von 928 Mio. Euro für 2022 und von 940 Mio. Euro für 2023. Darin eingeflossen sind natürlich die Jahresüberschüsse aus den Jahren 2018 und 2019. Das isolierte Jahresergebnis 2020, diese 1 Mio. Euro, die wir erwirtschaftet haben, ist nach § 12a einkassiert worden. Es war ja auch klar, dass dieser Solidarpakt zwischen den Bezirken und dem Senat – dass das auch ein Ergebnis sein wird, insofern waren das die Rahmenbedingungen.

Wenn wir über den Bezirkshaushalt reden, haben wir eine pauschale Minderausgabe in beiden Jahren von 7,7 Mio. Euro angesetzt, trotz der erwirtschafteten Überschüsse in den vergangenen Jahren. Das zeigt durchaus, was schon die Kolleginnen und Kollegen signalisiert haben, dass wir vor keinem einfachen Doppelhaushalt in den Bezirken stehen. Natürlich müssen auch die pauschalen Minderausgabe im Rahmen der Haushaltswirtschaft aufgelöst werden. Ob es uns gelingt, wird das Jahr und auch das kommende Jahr bei steigenden Aufgaben zeigen.

Wenn ich auf den Bezirkshaushalt eingehe, will ich zumindest auch das Signal setzen, dass dieser grundlegende Wechsel in der vergangenen Legislaturperiode im Umgang mit den Bezirken natürlich sehr wohltuend war, weil wir damit eine ganze Menge Aufgaben gemeinsam erfüllen konnten. Ob das Mittel für Familien waren – die Stärkung der Familienförderung gerade in einem Bezirk, wo wir 30 Prozent Kinderarmut haben, was ja immer auch Familienarmut ist –, ob das die Verstetigung von Mitteln für Straßenbäume betrifft, ob das die Tagesreinigung in Schulen betrifft – auch hier der Dank, dass da nachgelegt wurde –, ob es die Tarifmittelerhöhung für Zuwendungsempfänger und für die Leistungsverträge betrifft und natürlich auch die Plafonderhöhung.

Das weinende Auge ist dann, dass uns alleine vom Personalplafond am Ende 2,3 Mio. Euro weggenommen wurden, weil natürlich auch klar ist: Wenn man ein Schlachtschiff wie einen Bezirk mit 2 000 Beschäftigten umsteuert – 2016 haben wir noch Personalabbau gehabt, eine meiner ersten Amtshandlungen 2017 war, dass wir das gestoppt haben –, dann ist klar, dass wir große Herausforderungen haben, was die Besetzung von Stellen betrifft. Das haben die Kolleginnen und Kollegen schon dargelegt.

Wir haben auch noch diskutiert, dass wir natürlich finden, dass die Mehrmittel, die wir 2021 für die Grünanlagen hatten – die unseren Grünanlagen sehr gut getan haben –, gerne wieder im Doppelhaushalt sehen möchten. Dasselbe gilt, Frau Herrmann hat es gesagt: Das Thema Ukraine ist in dem Doppelhaushalt noch nicht eingepreist. Wir waren konfrontiert mit einer strukturellen Absenkung des Integrationsfonds ab 2023 von 25 Prozent. Auch das gestaltet sich angesichts der Herausforderungen, die die Volkshochschulen, aber auch andere haben, durchaus nicht ganz einfach.

Wo haben wir als Bezirk noch bestimmte Schwerpunkte gesetzt? – Ich will nicht verhehlen, dass es uns gelungen ist, uns einen Aufwuchs von über 40 Stellen in wichtigen Bereichen zu geben. Wir haben insbesondere unsere Bereiche Facility-Management gestärkt, aber auch Personal, Finanzen sowie Straßen- und Grünflächenamt. Wir haben auch den Bereich Tiefbau über die Leitlinie um 1 Mio. Euro jeweils in beiden Haushaltsjahren verstärkt, was angesichts der großen Investitionsstaus, die es natürlich gibt, wichtig ist. Andererseits gucken wir auch, wo wir Schwerpunkte setzen, welche Auswirkungen das perspektivisch auf kommende Haus-

haltsjahre hat, im Zweifel auch auf die Budgetierung oder die Kosten- und Leistungsrechnung.

Vielleicht belasse ich es dabei. Mein Wunsch ist, die Bezirke so zu nehmen, wie sie sind – als Fundament, wie es schon mehrfach gesagt wurde. Ich weiß, dass die Summe der Bezirke nicht Berlin allein ist, Berlin ist mehr. Die Bezirke sind aber durchaus wichtig, denn hier werden die Verwaltungsdienstleistungen erbracht, und eine funktionierende Verwaltung und funktionierende Bezirke gehören zum Grundrauschen der Demokratie, gerade hier in Berlin. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister! – Ich eröffne die Fragerunde und bitte um Wortmeldungen. – Frau Abgeordnete Klein, bitte schön!

Hendrikje Klein (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister! Lichtenberg hat ja vier tolle Bürgerämter und sogar jede Menge mobile Bürgerämter, die ich persönlich sehr klug finde, vor allem im Bereich – – Ach, ich brauche es jetzt nicht weiter auszuführen; nicht, dass ich noch etwas Falsches sage, wenn man von „Randbezirken“ spricht. Wie geht es denn den Lichtenberger Bürgerämtern? Welche Ideen haben Sie, wie das in der Stadt mit dem 14-Tage-Ziel besser funktionieren könnte?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. – Dann, bitte schön, Herr Bezirksbürgermeister, haben Sie das Wort zur Beantwortung.

Bezirksbürgermeister Michael Grunst (BA Lichtenberg): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Klein! Sehr geehrte Abgeordnete! Lichtenberg hat vier Bürgerämter. Wir haben ca. 9 Prozent der Bevölkerung, und in unseren Bürgerämtern erledigen wir 11 Prozent der Gesamtfälle. Das ist eine gute Zahl, und bevor Herr Ziller jetzt die Nachfrage stellt: Wir haben sieben unbesetzte Stellen in den Bürgerämtern. Ich habe die Zahl deswegen genannt, weil die unbesetzten Stellen nicht das alleinige Kriterium sind. Vielmehr müssen wir gucken: Wie werden die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger erfüllt? – Insofern ist es wichtig, dezentrale Standorte mit guten Öffnungszeiten zu haben.

Die anderen Punkte sind schon genannt worden: Natürlich ist die Digitalisierung eine große Hoffnung, aber machen Sie sich keine Illusionen: Die Bürgerämter, auch das ist, glaube ich, bekannt, schleppen einen riesigen Berg an Dingen vor sich her, die es nach zwei Jahren Pandemie abzuarbeiten gilt. Insgesamt muss man gucken: Die Formel „mehr Personal, mehr Termine“ glaube ich nicht. Ich glaube, man muss genau gucken, wo es notwendig ist. Wie gesagt, wir haben 9 Prozent der Bevölkerung in Lichtenberg, erledigen aber 11 Prozent der Fälle.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Frau Meister, bitte!

Sibylle Meister (FDP): Vielen herzlichen Dank! – Das war ja ein ausgesprochen positiver Vortrag. Das tut auch mal gut. Ich bin hängengeblieben, als Sie gesagt haben, Sie haben Ihre Stellen besetzt gekriegt. Auch das haben wir heute noch nicht aus jedem Bezirk gehört. Und Sie haben sogar Stellen im Tiefbau besetzt. Jetzt meine Frage: Wie viele Stellen, außer den 40, die Sie erwähnten, sind noch offen? –, bevor wir uns zu früh freuen. Was haben Sie an-

ders und besser hingekriegt als der eine oder andere, gerade im Bereich der technischen Stellen?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Bezirksbürgermeister, bitte schön!

Bezirksbürgermeister Michael Grunst (BA Lichtenberg): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich habe mich wahrscheinlich nicht richtig ausgedrückt. Wir haben zusätzlich in den Haushaltsplan weitere 47 Stellen reingenommen. Das heißt, sie sind noch nicht besetzt. Wir können sie erst besetzen, wenn es den Haushalt gibt, also, so hoffe ich, ab dem 23. Juni.

Wir haben eine ähnliche Nichtbesetzungsquote wie die anderen Bezirke. Das heißt aber nicht, dass sie liegen, sondern die sind einfach in der Luft. Die sind in Ausschreibungsverfahren, die manchmal zwei, drei Mal erfolgen, auch bei technischen Berufen. Wir sind, glaube ich, wenn ich es richtig im Kopf habe, auf jeden Fall unter 10 Prozent, bei 8 Prozent derzeit. Die Summe ist viel zu hoch. Ich glaube, was die Staatssekretärin gesagt hat: Die 5-Prozent-Quote, die Pankow hat, ist, glaube ich, ein wichtiges Ziel, das es anzustreben gilt. Ich will jetzt gar nicht die verschiedenen Gründe aufzählen, woran was liegen könnte. Ich glaube, dass die Dauer eines Stellenbesetzungsverfahrens nicht der Hauptgrund ist, warum das so ist, sondern es gibt gerade wie in Marzahn-Hellersdorf auch bei uns einen Generationswechsel in der Verwaltung. Das ist das eine. Das kann man natürlich langfristig im Auge haben, denn die Leute werden nicht von heute auf morgen 65. Das andere ist das große Problem der Fachkräftegewinnung; das ist durchaus ein Thema. Zudem haben wir eine hohe Fluktuation. Ich bin wirklich leidgeplagt, wie viele Kolleginnen und Kollegen – was ich ihnen herzlich wünsche – sich zu besseren Stellen Richtung Senatsverwaltung verabschiedet haben.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Gibt es weitere Wortmeldungen oder Berichtswünsche? – Das ist nicht der Fall. – Dann bedanke ich mich bei Ihnen, Herr Bezirksbürgermeister Grunst, und wünsche Ihnen und Ihrer Mitarbeiterin noch einen schönen Tag.

Wir kommen zum letzten Bezirk in der heutigen Anhörung, dem sehr schönen Bezirk Reinickendorf.

12 - Reinickendorf

Ich begrüße Herrn Bezirksbürgermeister Brockhausen mit Mitarbeiterin und Mitarbeitern und gebe Ihnen, Herr Bezirksbürgermeister, das Wort für das fünfminütige Eingangsstatement – bitte schön!

Bezirksbürgermeister Uwe Brockhausen (BA Reinickendorf): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! – Herr Vorsitzender! Sie haben es gerade angesprochen: der schöne Bezirk Reinickendorf. Sie kennen den Bezirk gut. Ich kann das nur bestätigen. Aber kommen wir lieber zu dem, weswegen wir heute hier sitzen.

Vielleicht erst mal allgemein zum Haushalt von Reinickendorf: Ich glaube, die wichtige Botschaft ist an der Stelle, erst einmal festzuhalten, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt haben und die Aufrechterhaltung der bezirklichen Angebote und Dienstleistungen mit diesem Haushalt gewährleistet worden ist. Darüber hinaus gab es auch kleinere – ich sage deutlich: kleinere –, gewisse Schwerpunkte, die man auch umsetzen konnte. Aber Sie haben in den Haushaltsberatungen auch von den Kolleginnen und Kollegen wahrgenommen, dass wir in einem Haushalt sind, der nicht alle Wünsche berücksichtigen können. Wir sind auch in einem hohen Maße von der pauschalen Minderausgabe in unserer Haushaltsplanung geprägt gewesen. Wir haben im Grunde genommen den Eckwertebeschluss aus Juni 2021 fortführen müssen. Wenn Sie die Höhe von 78 Millionen Euro pauschaler Mindereinnahme nehmen, bedeutet das für Reinickendorf eine Zahl von 5,6 Millionen Euro. Das ist schon an verschiedenen Stellen deutlich gemacht worden. Wir haben insgesamt, auch wenn es ein Haushalt von rund 743 Millionen Euro ist, natürlich nicht die Möglichkeit, völlig frei zu agieren. Wir haben viele gesetzliche Verpflichtungen – wir haben Verpflichtungen; da tun 5,6 Millionen Euro schon ganz schön weh. Die Kolleginnen und Kollegen haben mal analysiert: Wenn man alles so nimmt, hat man maximal einen Spielraum von rund 15 Millionen Euro. Dann können Sie schon erkennen, wie sehr man an der Stelle eingeschränkt ist.

Lassen Sie mich ein paar Zahlen, die auch schon nachgefragt wurden, kurz erwähnen. Bei der pauschalen Minderausgabe haben wir für 2022 rund 6 Millionen Euro vorgesehen. Bei den pauschalen Mehrausgaben haben wir rund 3 Millionen Euro für 2022 bzw. 2,9 Millionen Euro für 2023 im Rahmen der Risikovorsorge vorgesehen. Wir haben in unseren Haushalt für die Jahresergebnisse 2018 und 2019 13,8 Millionen Euro bzw. 12 Millionen Euro für 2022 und 2023 eingesetzt, damit wir den ausgeglichenen Haushalt auf den Weg bringen können. Wir sind selbstverständlich ausgesprochen dankbar, dass gerade bei den haushaltsmäßigen Auswirkungen der Pandemie die Bezirke auf null gestellt worden sind. Das war aber auch notwendig, um die Bezirksleistungen an der Stelle aufrechterhalten zu können.

Nun haben wir gerade bedauerlicherweise die nächste Krise in ganz Europa, die auch uns noch vor neue Herausforderungen stellen wird, die wir in diesem Haushaltsplan gar nicht berücksichtigen konnten, ähnlich wie die Stellen, über die noch in der weiteren Haushaltsberatung entschieden werden muss, für die wir auch dankbar sind als Unterstützung. Aber das alles hat natürlich noch keinen Niederschlag in dem hier vorliegenden Haushalt gefunden.

Insgesamt kann ich resümieren: Die Haushaltsaufstellung war im Vergleich zu den letzten Jahren nicht einfacher, sondern ist eher schwieriger geworden. Wir haben eigentlich schon aus dem Jahr 2021 sehr eng und sehr knapp die Haushaltsaufstellung vorgesehen, in einem engen Zeitrahmen unter schwierigen Rahmenbedingungen. Hier wurde schon von den Bezirken als Fundament von Berlin gesprochen. Lassen Sie mich, Herr Vorsitzender, in diesem Zusammenhang sagen, dass die Bezirke diejenigen Verwaltungen sind, die ganz eng an den Bürgerinnen und Bürgern sind. Und wenn wir unseren Bürgerinnen und Bürgern gute Leistungen bieten wollen, wenn wir an der Stelle besser werden wollen, dann brauchen wir natür-

lich auch die entsprechenden Ressourcen für die Bezirke. An dieser Stelle – ich habe schon die pauschale Minderausgabe als ein Beispiel angesprochen – werbe ich sehr gerne dafür, dass Sie in den weiteren Haushaltsberatungen vielleicht noch Schwerpunkte an dieser Stelle setzen können. Denn klar ist, und damit möchte ich schließen, besser werden und gestalten, das wollen wir für unsere Bezirke, für unsere Bürgerinnen und Bürger. Das bedeutet aber auch, dass wir die entsprechenden Ressourcen in der Haushaltsplanung vorsehen müssen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister! – Ich eröffne die Fragerunde und frage, ob es Wortmeldungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann wünsche ich Ihnen, Herr Bezirksbürgermeister, und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern noch einen schönen Tag. Damit ist die Anhörung der Bezirke beendet. Der mitberatende Bericht mit der roten Nummer 0177 wird zur Kenntnis genommen. Die heutigen Berichte werden, soweit sie die Bezirke betreffen, rechtzeitig zur Nachschau und Beratung der Bezirkshaushaltspläne am 23. Mai 2022, also spätestens zum 16. Mai 2022, erbeten.

Zur weiteren Protokollierung zu TOP 3 siehe Inhaltsprotokoll.

Kapitel 1320 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung –

Titel 54010 – Dienstleistungen

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Herr Schlüsselburg!

Sebastian Schlüsselburg (LINKE): Ich habe eine Frage zum Titel 54010 – Dienstleistungen – und hier dem Teilansatz 9 – Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Geldwäscheprävention. Da würde mich retrograd brennend interessieren, was konkret im Zusammenhang mit der Geldwäscheprävention in den Jahren 2021 finanziert wurde, und mich interessiert, was konkret – zumindest Stand jetzt – in den Jahren 2022 und 2023 geplant ist.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Frau Schmidberger hat sich auch noch zur Seite 48 gemeldet.

Katrin Schmidberger (GRÜNE): Vielen Dank! – Es geht um den gleichen Titel – Dienstleistungen. Bei Nr. 11 – Geschäftsbesorgung für das Förderprogramm „Kongressfonds Berlin“ – würde ich darum bitten, mal die geplanten Maßnahmen aufgelistet zu bekommen. Bei Nr. 12, dem Fonds „Ökologischer Tourismus“, würde ich auch darum bitten, mal dargestellt zu bekommen, welche Maßnahmen sich dahinter verbergen.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Herr Bauschke!

Tobias Bauschke (FDP): Danke, Herr Vorsitzender! – Es ging auch um Nr. 12 und wurde somit schon erledigt.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Vielen Dank! – Dann würde ich den Senat um Antwort bitten.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe): Ich würde zu den Nrn. 11 und 12 Stellung nehmen, und den anderen Part würde ich an die Verwaltung weitergeben, an Frau Dr. Hochreuter. Zum Thema „Kongressfonds Berlin“: Das ist ein wichtiges Konjunkturprogramm für Berlin, für die Kongressbranche, gestartet 2021. Aus dem Titel 54010 wird der Dienstleister, der die Fördermittel verwaltet, die Veranstalterinnen und Veranstalter bei der Beantragung begleitet, die Anträge selber bearbeitet und die Fördermittel auszahlt und abrechnet, finanziert. Im Titel 68316 – Förderung des Berlin-Marketing – sind die Fördermittel für die Veranstaltenden veranschlagt, und Ziel des Fonds ist es, den Restart und die Planung von Veranstaltungen zu unterstützen, soweit im Rahmen der Bekämpfung der Pandemie Kongresse und Veranstaltungen auch wieder möglich sein werden. Also Sinn und Zweck ist die unmittelbare Unterstützung der stark angeschlagenen und für Berlin sehr wichtigen Tagungs- und Kongresswirtschaft, damit sie sich gut weiterentwickeln kann. Die Veranstalter können einen Zuschuss von 25 Euro pro Präsenzteilnehmer erhalten, wenn sie Fachveranstaltungen in Berlin ab 50 Teilnehmenden durchführen, und bei Veranstaltungen, die hybrid stattfinden, erhöht sich der Zuschuss um 10 Euro auf 35 Euro pro Präsenzteilnehmer. Damit wollen wir ein Stück weit die Transformation dieser wichtigen Branche unterstützen und auch überhaupt erst ermöglichen.

Zum Unterpunkt 12 – Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Fonds „Ökologischer Tourismus“ –: Bei dem Fonds „Ökologischer Tourismus“ handelt es sich um ein neu aufzulegendes Förderprogramm, dessen Initiierung sich aus den Regierungsrichtlinien ergibt. Derzeit sind wir dabei, ein erstes Konzept für den Fonds „Ökologischer Tourismus“ zu entwickeln und abzustimmen. Ziel des Fonds wird es voraussichtlich sein, die Unternehmen der Tourismusbranche bei der Umstellung auf ökologische Praxis zu unterstützen und besonders innovative Geschäftsmodelle zu belohnen. Es wird dazu voraussichtlich im dritten Quartal ein Ausschreibungsverfahren für eine Dienstleisterin oder einen Dienstleister geben, was dieses Programm finalisiert, das dann voraussichtlich ab 2023 an den Start geht. Jetzt will ich kurz an Frau Dr. Hochreuter weitergeben zur Beantwortung der ersten Frage.

Dr. Anna Hochreuter (SenWiEnBe): Jetzt geht es um die Geldwäscheprävention. Da gibt es ja in unserem Haus eine sehr aktive Arbeitsgruppe. Wir sind zum einen gesetzlich verpflichtet, dass wir ein digitales Hinweisgebersystem aufbauen und natürlich auch pflegen, und überhaupt sind in diesem Dienstleistungstitel insbesondere Datenbankleistungen und Dienstleistungen, weil wir immer versuchen, mit neuen digitalen Instrumenten bessere Möglichkeiten zur Verwertung vorhandenen Datenmaterials zu finden. Das geht zum Beispiel in Richtung Immobilienbesitze. Was gibt es für Daten? Wir versuchen das mit Gewerbedaten. Es ist natürlich immer legale Datenverwendung, aber der Versuch, für die Geldwäscheprävention besser zu nutzen, was ohnehin da ist. Dafür sind die Lizenzen manchmal recht teuer, und wir probieren meinetwegen erst mal für ein Jahr, ob sich das lohnt, und gucken dann: Ist was Besseres auf dem Markt? – Also das sind Digitalisierungskosten zur Verbesserung der Geldwäscheprävention in unterschiedlichen Teilgebieten.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Jetzt haben Ihre Ausführungen eine Reihe von Nachfragen hervorgerufen. Ich fange mal mit Frau Meister an.

Sibylle Meister (FDP): Vielen herzlichen Dank! – Im wahrsten Sinne des Wortes gibt es noch ein paar Nachfragen dazu. Wenn ich mich richtig erinnere an die letzte Legislaturperiode, war der Kongressfonds für Berlin auch mit sehr vielen nachhaltigen Wünschen bis hin zur Auswahl des Caterers verbunden. Ist das nach wie vor so in dem Förderprogramm, oder gab es da eine Änderung?

Meine zweite Frage geht dahin – deswegen habe ich mich eigentlich gemeldet, weil ich mich echt gewundert habe –: Wir geben 8,2 Millionen Euro und 10 Millionen Euro für das Programm aus, und der Dienstleister kostet 900 000 Euro im Jahr. Ich kann mich erinnern, dass Lastenfahrräder im Verhältnis noch teurer waren. Ich muss ganz ehrlich gestehen, das kann ich jetzt wenig nachvollziehen.

Bei dem Fonds „Ökologischer Tourismus“ geben wir schon 200 000 Euro für den Geschäftsbesorger aus, ohne dass wir 1 Euro für Förderung ausgeben. Das scheint mir nur mäßig überzeugend zu sein, was wir da machen. Ich glaube, man muss darüber nachdenken, ob man nicht mal an den Strukturen irgendwas verändert. Ich weiß jetzt gar nicht, wer der Geschäftsbesorger ist, aber sonst war es ja immer die IBB. Die ist nicht ganz so fern gelegen.

Das mit der Geldwäsche habe ich auch noch nicht so ganz verstanden. Ich finde die Geldwäscheprävention extrem wichtig und habe neulich gesagt, ich glaube, dass wir da in Deutschland wirklich Nachholbedarf haben, aber Geldwäsche tritt ja dann ein, wenn Geld in Bewe-

gung kommt, also irgendeiner die Immobilie verlagern oder verkaufen oder was anderes kaufen möchte. Dann geht es ja um Geldwäsche. Insofern habe ich nicht so ganz verstanden, was Sie da jetzt wirklich speichern. Oder sammeln Sie die Anleger pro Unternehmen? Also was ist das, was Sie da digitalisieren? Ich finde es gar nicht falsch, es interessiert mich nur.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Herr Melzer!

Heiko Melzer (CDU): Vielen Dank! – Ich wollte auch hinsichtlich des Titels Dienstleistungen und dem Geschäftsbesorger Kongressfonds nachfragen. Im zurückliegenden Jahr hatten wir sogar einen Kongressfondsansatz von nur 7,5 Millionen Euro. Ich sage deswegen „nur“, weil er erfreulicherweise in den nächsten zwei Jahren steigt. Dafür waren die Kosten im Bereich der Dienstleistungen aber nicht bei „nur“ 900 000 Euro, sondern bei 1,35 Millionen Euro. Das hat ja damals schon Kritik hervorgerufen, Frau Meister hat es deutlich gemacht. Jetzt ist das Verhältnis ein wenig anders, aber es ist immer noch sehr teuer. Deswegen wollte ich auch fragen, ob hier neu sortiert wird, ob es vielleicht einen neuen Geschäftsbesorger geben kann oder ob weitergeführt wird und nur nachverhandelt wurde, und würde Sie bitten, dies vielleicht in einem Bericht, den wir noch schriftlich beantragen werden zum Kongressfonds insgesamt, dann aber bezüglich des Titels 68316 auszuführen.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Herr Bauschke!

Tobias Bauschke (FDP): Wir bleiben bei Nr. 12, dem Fonds „Ökologischer Tourismus“. Herr Senator! Ich habe verstanden, was Sie zum Fonds ausgeführt haben, aber mir ist nicht ganz klar, welche Dienstleistung dahintersteckt, denn hier finde ich das Verhältnis mit fast 30 Prozent der Fondshöhe durchaus noch spannender als Dienstleistungskosten. Vielleicht können Sie erhellen, was sich Grandioses dahinter verbirgt.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Herr Schlüsselburg!

Sebastian Schlüsselburg (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Senatsverwaltung für die Ausführungen zu meiner Nachfrage zum Punkt Geldwäscheprävention. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, investieren Sie jetzt für ein Jahr in bestimmte Software, Algorithmen, Lizenzen und Ähnliches, und wenn ich Sie richtig verstanden habe, dass Sie das jetzt für ein Jahr anschaffen und betreiben wollen, dann würde ich Sie wiederum bitten und einen Bericht auslösen wollen, dass Sie uns, wenn dieses Einsatzjahr – will ich es mal nennen, Sie müssen ja noch die Beschaffung tätigen – vorbei ist, einen Bericht dazu zusenden, wie Sie das aus Ihrer Sicht bewerten, was Sie gemacht haben, welche Erfolge das hatte, ob es weiterbetrieben, intensiviert werden soll etc., damit wir das nachhalten können.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Der Berichtsauftrag wäre dann für wann?

Sebastian Schlüsselburg (LINKE): Das müsste die Verwaltung sagen. Ich hatte Sie so verstanden, dass, wenn wir die Mittel gewähren, noch eine Beschaffung notwendig ist. Vielleicht determinieren Sie das, denn Sie stecken im Prozess drin und Sie hatten ein Jahr Einsatzzeitraum avisiert. Sie müssten jetzt sagen, zu wann der Bericht statthaft wäre.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Das können Sie vielleicht gleich in der Antwort noch mit ausführen, wann das am meisten Sinn macht. – Wir haben vorher noch drei Wort-

meldungen, die sich auf denselben Titel beziehen. Die würde ich noch abarbeiten. – Frau Schmidberger als Nächstes!

Katrin Schmidberger (GRÜNE): Im Grunde hat es Frau Meister schon richtig zugespitzt, was das Thema Kongressfonds betrifft. Ich finde das auch ziemlich absurd mit den 900 000 Euro. Ich würde darum bitten, dass wir mal genau aufgeschlüsselt bekommen, was sich dahinter verbirgt. Also wie teuer sind da die Briefmarken wirklich, oder was ist das Problem?

Dann würde ich gern wissen zu Nr. 7 – Erarbeitung eines Leitfadens für Sicherheitskonzepte bei Großveranstaltungen und der Grundlagen zur Entzerrung des touristischen Busverkehrs –: Da ist ja jetzt kein Geld eingestellt für 2022/23. Da war ja Geld eingestellt für 2021. Gibt es diesen Leitfaden jetzt schon? Ich würde auch kurz um Erläuterung bitten, was ein Sicherheitskonzept bei Großveranstaltungen mit der Entzerrung des touristischen Busverkehrs zu tun hat.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Herr Zillich!

Steffen Zillich (LINKE): Das Thema Geldwäsche ist in der Tat ein spannendes, und das, was Sie gesagt haben, hat mich zu Nachfragen veranlasst, um ein Verständnis davon zu bekommen. Gemeinhin – so stellt es sich uns zumindest dar – ist ein Problem bei der Verfolgung von Geldwäsche, dass wir insbesondere im Immobiliensektor keine öffentlich zugänglichen Informationen haben, die verlässlich Auskunft über die jeweiligen wirtschaftlich Berechtigten geben. Nun weiß ich von Menschen, die sich damit beschäftigen und gerne Sachen rausfinden wollen, dass sie in einer fast forensischen Art und Weise versuchen, diese Informationen aus Katasterinformationen mit Gewerberegisterinformationen, mit Geschäftsberichten, die öffentlich zugänglich sind, oder Ähnlichem zu matchen. Wenn es dafür jetzt Auswertungstools gäbe, wäre das hochspannend. Dann würde sich die Frage stellen, an welcher Stelle oder wie genau man den gesetzlichen Änderungsbedarf zumindest im Immobilienkatasterwesen, den wir jetzt erst mal sehen und festgestellt haben, ausgestalten müsste. Wenn Sie dazu schriftlich oder auch gern jetzt mündlich ein paar ergänzende Informationen geben könnten, wäre ich Ihnen dankbar.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Zum Abschluss Herr Hofer!

Torsten Hofer (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Die eine Frage zum besagten Titel 54010 hat mir gerade Frau Schmidberger weggeschnappt. Da wäre es auch um die Nr. 7 – Erarbeitung eines Leitfadens für Sicherheitskonzepte bei Großveranstaltungen und der Grundlagen zur Entzerrung des touristischen Busverkehrs – gegangen. Das ist aber alles ganz gut. Da hätte ich auch die Frage, ob dieser Leitfaden schon vorliegt, und, weil ja jetzt kein Geld mehr dafür vorgesehen ist, ob der Senat das so einschätzt, dass da keine Fortschreibung erforderlich ist. Also es könnte ja sein, dass man das jetzt vielleicht neu bewerten muss aufgrund geänderter Sicherheitslagen usw. Dazu würde ich gern einen Satz hören, da brauche ich auch nichts schriftlich, es reicht mir mündlich.

Nr. 6: Da steht etwas drin von Serviceleistungen, die das Amt für Statistik der Wirtschaftsverwaltung erbracht hat, um diesen Mindestabstand nach dem Spielhallengesetz umzusetzen. Ist das jetzt erledigt? Kommt da nie wieder was auf uns zu? Was für Dienstleistungen genau

hat das Amt für Statistik da erbracht? Diese Serviceleistung hört sich ja superkompliziert an. Vielleicht können Sie ein paar mündliche Erläuterungen dazu geben.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Dann würde ich an den Senat weitergeben für diesen bunten Strauß an Fragen, den wir jetzt zu diesem Einzeltitel bekommen haben. Für die Frage zum Kongressfonds hatte ich von Frau Schmidberger vernommen, dass es die Bitte um einen schriftlichen Bericht zur zweiten Lesung, die am 25. Mai stattfindet, gibt.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe): Dann würde ich vorschlagen, dass wir alle Fragen, die jetzt zum Thema Kongressfonds gestellt wurden, in unserem schriftlichen Bericht zusammenfassen. Wäre das so statthaft? – Ja. Danke!

Dann würde ich auf den Leitfaden für Sicherheitskonzepte eingehen. Das ist schlichtweg nicht in unserer Federführung. Die Sicherheitskonzepte liegen bei Inneres, und wenn wir da einen Leitfaden aufsetzen, dann müssen wir das darauf aufsetzen, und das ist nicht bei uns. Im Verständnis unseres Hauses haben wir da nicht die Federführung, insofern ist es hier auch nicht etatisiert.

Zum ökologischen Tourismus: Hier seien die Kosten zu hoch, wurde hier moniert. Das ist schwer einschätzbar, denn den gibt es noch nicht. Der wird jetzt erst aufgesetzt, und das wird ausgeschrieben. Wir gehen aber hier von Erfahrungswerten aus, auch aufgrund anderer Programme, die aufgrund der Marktgegebenheiten ja auch steigen. Wir haben vorhin beim Kongressfonds darüber gesprochen. Der ist gestartet. Da ist übrigens eine Begründung dafür, dass wir den Overhead noch relativ hoch haben, dass das Kongressgeschäft noch nicht so richtig angelaufen ist. Ich glaube, Herr Melzer sagte es vorhin: Von der Tendenz her wird das Verhältnis ja besser, und das ist auch Ausdruck der Erwartung, dass das Kongressgeschäft wieder anläuft.

Ansonsten haben wir natürlich auch noch ökologische Kriterien in einer Scorecard hinterlegt, und man kann die nachvollziehen. Dass man in der Transformation, in der sich unsere Wirtschaft befindet, auch auf ökologische Kriterien Rücksicht nehmen muss und die auch in einer Scorecard hinterlegt, ist, glaube ich, nachvollziehbar und entspricht den Leitlinien unserer Regierungspolitik. – Die detaillierten Informationen würden wir Ihnen schriftlich geben.

Dr. Anna Hochreuter (SenWiEnBe): Ich scheine mich etwas missverständlich ausgedrückt zu haben. Dafür entschuldige ich mich. Wir kaufen nicht Hardware oder so etwas, sondern wir versuchen, kostenpflichtige Datenbanken zu nutzen. Wir werden Ihnen sehr gerne berichten, wenn sich das als erfolgreich herausstellt, was wir fortsetzen und was nicht. Man muss das ja, wenn das Feld neu ist, auch ausprobieren, aber wir berichten sehr gerne über das, was wir machen und wie der Erfolg ist, wie wir das einschätzen.

Noch mal zu Ihrer Frage: Dieses Immobilienfeld ist extrem kompliziert. Wir sind allerdings bei der Nachverfolgung der Immobilienverkäufe stark im Bereich der Justizverwaltung, weil das natürlich die Notaraufsicht ist, und wir sind ja im Präventivbereich, aber wir arbeiten nicht umsonst eng zusammen in den ganzen Bereichen. Also es geht um die Grundbuchrechtsfrage – das ist eine Bundesrechtsfrage –, aber auch sehr stark um die Notaraufsicht, die bei der Justizverwaltung sitzt, und natürlich versuchen wir, in den Branchen, die wir im Gefährdungsbericht, den Sie ja kennen, als sehr gefährdet einschätzen im Sinne der Geldwäsche-

anfälligkeit, möglichst viel Aufklärung zu betreiben. Zum Beispiel suchen wir nach einer Software zur Analyse von Kassendaten, sodass man dort die Bargeldeingänge besser erfassen kann. Also solche Dinge versuchen wir permanent. Wir sind auf der Suche nach geeigneten Instrumenten, und darüber werden wir gern berichten in einem Jahr oder wann auch immer.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Ich stelle mal in den Raum: 31. Juli 2023, wenn das Sinn machen würde für Sie. – Sie nicken. – Dann fange ich mit Herrn Bauschke an, dann Herr Schlüsselburg.

Tobias Bauschke (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Verzeihen Sie, Herr Senator, aber ich komme noch mal zu Punkt 12 – Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Fonds „Ökologischer Tourismus“. Es liegt vielleicht auch daran, dass ich neu bin, ich will nur einfach mal verstehen, was diese Dienstleistungen dahinter sind. Sie können mir jetzt sagen, das ist ein Versanddienstleister, oder Sie brauchen noch mal juristische Expertise oder so etwas. Aber für mich ist dieses Verhältnis 2,5 Millionen Euro zu 700 000 Euro Dienstleistung etwas, was ich wirklich nicht nachvollziehen kann. Vielleicht können Sie zwei, drei Sätze dazu sagen, was es konkret ist.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Herr Schlüsselburg!

Sebastian Schlüsselburg (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Verwaltung für die Aufklärung des Geldwäschepräventionskomplexes. Vor dem Hintergrund würde ich bitten, den Bericht vielleicht per Jahresende vorzudatieren, wenn Sie da schon aussagekräftig sein sollten. Ich weise auch darauf hin, dass es vielleicht auch sinnvoll wäre, weil es ja ein ressortübergreifendes Zuständigkeitsthema ist. Sie haben die Justizverwaltung zu Recht angesprochen, insbesondere für den Bereich Notaraufsicht und den Immobilienbereich, der ja organisatorisch mit den Grundbüchern zusammenhängt. Wir haben aber logischerweise auch eine Teilzuständigkeit beim Finanzamt für Fahndung und Strafsachen. Ich weiß, dass die auch regelmäßig investieren und investieren müssen, zum Beispiel in Auslesegeräte und Software für die gängigen Kassensysteme, um einfache Umsatzsteuerbetrugstatbestände maschinell erkennbar und auslesbar zu machen. Deswegen bin ich gerade hellhörig geworden, als Sie sagten, bei Ihnen geht es letzten Endes zum Beispiel auch um Kassensysteme. Da wäre ja eine ressortübergreifende Abstimmung, die ja auch stattfindet, glaube ich, erforderlich, um Synergieeffekte zu schaffen.

Auch die Frage, die Herr Zillich angesprochen hat, stellt sich. Wenn Sie sagen, Sie brauchen Gelder, um möglicherweise – so hatte ich Sie jetzt verstanden – bestimmte Registerdaten zu beschaffen, dann würde uns an der Stelle auch interessieren, wie Sie vorgehen. Lange Rede, kurzer Sinn: Vielleicht wäre es möglich, den Bericht per Jahresende dieses Jahres vorzudatieren, mindestens als Zwischenbericht, und hier noch mal die verfahrensleitende Bitte, bei der Gelegenheit vielleicht auch Ihre Kooperationspartnerinnen und -partner bei den anderen Mitzuständigkeitsbereichen anzusprechen, damit wir es miteinfließen lassen können. Dann ergibt sich für uns sicherlich ein gutes Gesamtbild, jedenfalls was den Präventionsbereich angeht. Dass wir insgesamt Hausaufgaben zu machen haben auf der gesetzlichen Ebene, das haben Sie angedeutet, das ist klar.

Wir bedauern sehr, dass im Bundesrat die in diesem Hause ausgelöste und vom Senat vorbildhaft umgesetzte Bundesratsinitiative für die Einrichtung eines zentralen Immobilienregis-

ters auf Bundesebene keine Mehrheit gefunden hat. Das wäre dringend erforderlich gewesen, um die da bestehende Lücke zwischen bestehenden Registern zu schließen, insbesondere im Hinblick auf die tatsächliche wirtschaftliche Berechtigung. Dass wir da immer noch das Gegeneinanderausspielen von unterschiedlichen Jurisdiktionen, gerade bei länderübergreifenden Vorgängen, haben, wo kriminelle Energie dahintersteckt, ist klar, aber das, was wir in unserem Zuständigkeitsbereich machen können, wollen wir natürlich verfestigen. Das haben wir im Koalitionsvertrag auch so festgelegt.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Frau Meister!

Sibylle Meister (FDP): Ich würde mir auch einen Bericht wünschen, der ein bisschen eher datiert ist, zumal es ja auch schon 2020/21 100 000 Euro gab, die ausgegeben worden sind. Insofern ist das Feld jetzt nicht ganz neu, sodass man sagen müsste, wir sammeln dieses Jahr erst mal Erfahrungen und berichten nächstes Jahr. Es muss auch nicht so umfangreich sein. Wir brauchen kein 10-Seiten-Buch, aber dass Sie uns mitnehmen auf die Reise, was beim Thema Geldwäscheprävention passiert, würde ich gern zum Sommer lesen.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Herr Hofer!

Torsten Hofer (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Noch mal eine Frage zu Nr. 7 – Leitfaden Sicherheitskonzept bei Großveranstaltungen –: Habe ich es richtig verstanden? – Entweder liegt dieser Leitfaden schon vor, dann ist es sowieso erledigt, außer er müsste aktualisiert werden, oder es ist so, wie Sie gesagt haben, dass es aus Ihrer Sicht kein Wirtschafts-, sondern ein innenpolitisches Thema ist und wahrscheinlich das Geld, wenn der Leitfaden noch nicht erstellt sein sollte, dann eher in der Innenverwaltung etatisiert ist.

Dann hatte Frau Schmidberger noch etwas zu dieser Entzerrung des touristischen Busverkehrs gefragt. Das finde ich auch spannend.

Dann war noch meine Frage zu Nr. 6 offen, was das Amt für Statistik da genau gemacht hat, als es irgendwelche Dienstleistungen für diesen Mindestabstand nach dem Spielhallengesetz erbracht hat. Vielleicht kann man dazu noch drei Sätze sagen. Ich will es auch nicht schriftlich haben, ich bin mir sicher, Sie kriegen das mündlich hin. Aber zur Not nehmen wir es auch schriftlich.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Dann die Bitte um Beantwortung an den Senat. Es stand jetzt im Raum 31. Dezember für den Bericht zur Geldwäscheprävention, bzw. Frau Meister habe ich so verstanden, eher 30. Juni – wenn Sie es zum Sommer lesen wollen. Vielleicht können Sie uns eine Einschätzung geben, wann ein Bericht auch im Hinblick auf die Aktivitäten des letzten Jahres Sinn macht.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe): Ich würde die Fragen beantworten. Die Frage zu Nr. 7 – Leitfaden Sicherheitskonzepte Großveranstaltungen – da bin ich vorhin vielleicht nicht richtig verstanden worden. Pardon, nicht zu Nr. 7 – da waren wir schon –, sondern zu Nr. 12 – ökologischer Tourismus. Da war ja die Frage: Was macht der Dienstleister da? – Da geht es um ein neues Konzept. Das heißt, das Konzept wird erstellt, Kriterien werden festgelegt, und das gesamte Handling, das dahinterliegt und dann an den Start geht, also die Beantragung, die Unterstützung bei der Beantragung, die Verwaltung der Mittel, die Auszahlung,

die Auszahlungsbedingungen und die Prüfungen, das alles wird der Dienstleister machen. Dazu werden wir vermutlich im dritten Quartal ein Ausschreibungsverfahren durchführen. Das zeitliche Ziel ist, dass es Mitte nächsten Jahres an den Start geht. Insofern haben Sie natürlich am Anfang so eines Programms immer ein ungünstigeres Verhältnis, weil der Aufwand der Dienstleister logischerweise höher ist als das, was ausgezahlt wird. Das Verhältnis wird genauso wie beim Kongressfonds besser werden, denn das Programm gibt es noch nicht. Das ist ein Programm, das neu aufgesetzt wird. – Zu den technischen Dingen gebe ich weiter an Frau Dr. Hochreuter.

Dr. Anna Hochreuter (SenWiEnBe): Ich versuche es so gut ,wie ich es kann, aus dem Kopf. Die Dienstleistung des Amtes für Statistik bestand darin, für uns aus den vorhandenen Daten zu erarbeiten, wo die Spielhallen schon weit genug auseinander liegen. Also wir haben große Pläne von denen bekommen, und sie haben für uns auch ausgewertet: Wer gehört zu einer Kette? Wer hat die gleichen Betreiber? – Das galt für die auch, aber für uns war es dann absehbarer. Es gab natürlich ein paar Klagen von Betreibern, wo mehrere Standorte geschlossen werden mussten. Sie haben später die Sportwettenstellen hineingerechnet, weil wir die mit einbeziehen mussten aufgrund der Änderung des Glücksspielstaatsvertrages. Also solcherart waren die Dienstleistungen, sodass wir dann die Schließungen der Spielhallen verfügen konnten, wie sie gemäß des Gesetzes erforderlich waren.

Amtierender Vorsitzender André Schulze: Geldwäsche 30. Juni 2022 – haben Sie da schon Erkenntnisse aus dem letzten Jahr, die Sie uns im Bericht mitteilen könnten? – [Zuruf] – Gut! Dann machen wir 30. Juni 2022 und behandeln es in der ersten Sitzung nach der Sommerpause.

Dann ist die Seite 48 abgeschlossen. Hier sehe ich keine weiteren Wortmeldungen.